



BAYERISCHE

GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Die Kommunale in Nürnberg wirft ihre Schatten voraus.

Fachmesse und Kongress:

Kommunale wirft Blick in die Zukunft

Die achte Ausgabe der Fachmesse Kommunale steht bevor. Am 23. und 24. Oktober treffen sich wieder Bürgermeister und Entscheider aus Städten und Gemeinden zum Erfahrungsaustausch im Nürnberger Messezentrum.

In Bayern beheimatet, richtet sich die Kommunale an Vertreter aller Bundesländer. Sie bietet Besuchern Gelegenheit, neue Lösungen zu Themen wie Energiewende, Infrastruktur oder eGovernment zu diskutieren. Im Fokus dieses Jahr: die zukünftigen Herausforderungen der kommunalen Arbeit. Begleitet wird die Messe von einem umfangreichen Kongressprogramm, organisiert durch den Bayerischen Gemeindetag. Der IT-Talk der Kommunen rundet die zweitägige Veranstaltung ab.

Gebündelte Informationen

Kommunalbedarf: ein Wort, das man mit unzähligen Produkten und Dienstleistungen füllen kann und wozu Entscheider und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung nur wenig gebündelte Informationen und Unterstützung erhalten. Die Kommunale in Nürnberg versammelt alle zwei Jahre die unterschiedlichen Themengebiete kompakt und übersichtlich für ihre Besucher. Zur diesjährigen Ausgabe erwartet die Messe mehr als 250 Aussteller,

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Landkreis Freyung-Grafenau:

Kunst und Kultur

Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise

Kürzlich startete im Haus der bayerischen Landkreise in München eine neue Landkreisausstellung. Der Bayerwald-Landkreis Freyung-Grafenau präsentierte sich dabei aus einer bisher eher unbekannten Perspektive.

Der Schwerpunkt liegt bewusst auf Kunst und Kultur. „Ziel soll sein, den Besuchern der Ausstellung zu zeigen, dass die im Herzen Europas gelegene Region weit mehr zu bieten hat als die außergewöhnlichen Naturschönheiten, für die sie weit über die Grenzen bekannt ist“, betonte Landrat Ludwig Lankl bei der feierlichen Eröffnung.

Mannigfaltige Einblicke

Eine kleine aber feine Kunst- und Kulturszene sei es wert, entdeckt zu werden. Die vielfältige Museumslandschaft gewähre dem Besucher mannigfaltige Einblicke in Kunst, Kultur, Leben, Arbeiten und Brauchtum. Zahlreiche Veranstaltungen - von traditionell bis modern - zeugten vom Traditionsbewusstsein und der Weltoffenheit der Bürger. Viele Künstlerinnen und Künstler hätten den Landkreis zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht und ließen sich von der einmaligen Landschaft des Bayerischen Waldes inspirieren.

Ausgestellt werden verschiedene Werke regionaler Künstler, jedes davon mit einer ganz eigenen Handschrift. Bereits am Eingang werden die Besucher durch die Schaufensterdekoration in 3D-Optik (Brillen werden kostenfrei verteilt) darauf eingestellt, was sie bei der Ausstellung erwartet: Zu erleben ist u. a. ein im Maßstab 1:50 detailgetreu nachgebautes Modell des Baumturms im Nationalpark Bayerischer Wald, dem Wahrzeichen des Landkreises.

Appetit auf mehr

Wie Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistags, hervorhob, soll im Haus der bayerischen Landkreise demonstriert werden, dass die Region Freyung-Grafenau neben Naturschönheiten und innovativen Unternehmen auch über eine lebendige Kunst- und Kulturszene verfügt. Kreidl zeigte sich überzeugt davon, dass die Ausstellung „Ap-

petit auf mehr“ macht - etwa auf einen Besuch der Galerie Schloss Wolfstein in Freyung oder aber des Emerenz-Meier-Hauses mit dem Museum „Born in Schiefweg“, des Keltendorfes Gabreta in Ringelai, des Freilichtmuseums in Finsterau und nicht zuletzt der Glasarche am Lusen.

Helmut Brunner, Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, verwies darauf, dass im Herzen der Europaregion Donau-Moldau in den vergangenen Jahren eine Entwicklung eingesetzt habe, die sowohl von Arbeitgebern und -nehmern als auch von Erholungssuchenden, Natur-, Sport-, Kunst- und Kulturbesiegerten mehr Beachtung verdiene. Dies gelte vor allem für den Landkreis Freyung-Grafenau: Allein seit dem Jahr 2008 konnten dort 2.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, 650 neue Krippenplätze eingerichtet und drei von 14 bayerischen Technologiezentren gegründet werden.

Innovationsschub

Zudem konnte Brunner zufolge auch E-Wald, das größte der drei bayerischen Leuchtturmprojekte zur Elektromobilität, an den Start gehen. Gleichzeitig werde mit der touristischen Neustrukturierung der Nationalparkregion und mit neuen Ausbildungsmöglichkeiten für einen Innovationsschub in der gesamten Urlaubsregion Bayerischer Wald gesorgt. Aktuell betrage die Arbeitslosenquote 2,9 % und liege damit deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt von 3,8 %.

Nach Brunners Worten trägt das Konzept der Bildungs- und Innovationsregion Bayerischer Wald bereits Früchte. Richtung und Dynamik der Entwicklung stimmten, dennoch werde man auf diesem Weg künftig einen stärkeren Zuzug von Arbeitskräften benötigen.

Gleichzeitig biete die Region Standortvorteile, die Ballungsräume nicht bieten: So könnten sich auch Familien mit mittleren Einkommen (Fortsetzung auf Seite 4)



Eröffneten die Ausstellung „Kunst und Kultur“ des Landkreises Freyung-Grafenau (v. l.): Staatsminister Helmut Brunner, Künstlerin Gabi Haller, Landrat Ludwig Lankl (Freyung-Grafenau) und der Präsident des Bayerischen Landkreistags Jakob Kreidl.



Werner Bumedter (l.), Leiter Außenorganisation und Mitgliedermanagement in der CSU-Landesleitung, gemeinsam mit dem KPV-Landesvorsitzenden Stefan Rößle und KPV-Landesgeschäftsführerin Theresa Flotzinger (r.) in München.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

Nachlese zum „Goldenen September“

Bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München nahmen die Koalitionsverhandlungen im Bund sowie der bevorstehende CSU-Parteitag am 22. und 23. November in München breiten Raum ein. Eine detaillierte Wahlnachlese zur Landtags- und Bundestagswahl lieferte Werner Bumedter, Leiter Außenorganisation und Mitgliedermanagement in der CSU-Landesleitung.

Wie Bumedter erläuterte, sei das Ergebnis der Bundestagswahl ein großer Triumph für CDU und CSU. Hierzu habe die Christlich-Soziale Union einen bedeutsamen Anteil geleistet. Neben den 45 Direktkandidaten der CSU ziehen elf Abgeordnete über die Liste in den Deutschen Bundestag ein. Damit stelle die CSU für Bayern 165 Abgeordnete in Landtag, Bundestag und im Europaparlament. Keine andere Partei sei so in Bayern verankert wie die CSU. Die Union werde nunmehr versuchen, „so schnell wie möglich die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene zu Ende zu bringen“, betonte Bumedter und verwies darauf, dass für den Start in die Kommunalwahl 2014 eine hervorragende Basis geschaffen worden sei.

Kommunale Belange

KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle teilte diese Ansicht und machte deutlich, dass sich die CSU-Kommunalpolitiker „thematisch gut in die Wahlkämpfe einbringen“ konnten. Kommunale Belange seien ernst genommen worden. Vor allem aber habe sich die „Ruhe an der kommunalen Front“ ausgezahlt.

Da Rößle zufolge eine der wich-

tigsten Weichenstellungen in den kommenden Wochen die Koalitionsverhandlungen auf Landes- und Bundesebene sein werden, hat die KPV ihren Parteivorsitzenden, Ministerpräsident Horst Seehofer, schriftlich gebeten, die Belange (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Bei den letzten Bundestagswahlen haben sich die Meinungsforschungsinstitute geradezu eine eigene Form der Mutter aller Schlachten geliefert. Dabei zählt nach Ansicht des Bürgermeisters eh nur eine Umfrage wirklich: Das Ohr bei den Leuten - ob beim Friseur oder Sonntags beim Bäcker. S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Seehofer lenkt weiter CSU und Landespolitik	2
Deutscher Städtetag: 10-Punkte-Katalog für zukünftige Regierung	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Donau-Ries: Zukunftswerkstatt Gesundheitsversorgung	3
Bayerischer Bezirkstag: Schulgeld und Pflegeschlüssel	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiefragen	6-13
Kommunaler Bau · Spielplätze	14-15
Kommunale Friedhöfe · Gestaltung und Pflege	16
Kommunalfahrzeuge	17
Aus den bayerischen Kommunen	18-20

Seehofer lenkt weiter CSU und Landespolitik

Wieder Ministerpräsident mit klarer Mehrheit
Stamm bleibt Landtagspräsidentin - Kreuzer Fraktionschef

Der 17. Bayerische Landtag hat in seinen beiden konstituierenden Sitzungen Ministerpräsident Horst Seehofer und Landtagspräsidentin Barbara Stamm in ihren jeweiligen Ämtern bestätigt. Der Regierungschef erhielt exakt 100 Stimmen. Mit dem politisch wichtigen Auftrag, die nun allein regierende CSU-Fraktion zu lenken, wurde der bisherige Staatskanzleiminister Thomas Kreuzer betraut.

Es gehe darum, erläuterte Seehofer als Regierungs- und CSU-Chef, die nach der Landtagswahl klaren Verhältnisse zu nutzen, das Erreichte ohne Überschwang auszubauen. Dementsprechend sei auch das Kabinett neu bestellt. Politische Schwerpunkte bleiben Bildung, Infrastruktur mit Energiewende, Schuldenabbau und Stärkung der Kommunen.

Kreuzer folgt auf Christa Stebens, die die Fraktion in den letzten zwei Monaten der vergangenen Legislaturperiode führte und nicht wieder für den Landtag kandidierte. Ratgeber und Kontrollorgan solle die CSU-Fraktion sein, hatte der Ministerpräsident gefordert und erhielt vom neuen Fraktionsvorsitzenden entsprechende Zusicherungen. Seehofer hatte die personellen Neuaufstellungen in Fraktion und Kabinett weitgehend in persönlichen Zwiegesprächen seit der Wahl zur Entscheidung geführt. Mit der aus Berlin zurückgekehrten Bundesministerin Ilse Aigner und Finanzminister Markus Söder einigte er sich darauf, dass beide auf eine Kandidatur für den Fraktionsvorsitz verzichten und als Wirtschafts- bzw. Finanzminister in aufgewerteten Ämtern agieren. Beide stellten sich nach der zuvor nicht unterrichteten Fraktion demonstrierend zu Seehofer. Sein Vorschlag Thomas Kreuzer erhielt 96 von 99 Stimmen.

Konstruktive Opposition

Im Plenum gab es keinen Gegenkandidaten für Stamm, die mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde. Der Regierung Seehofer kündigten SPD, Freie Wähler und Grüne erwartungsgemäß eine harte, konstruktive Opposition an. Die Generalthemen sind laut Beschlüssen in den Fraktions-Klausuren die gleichen wie für Staatsregierung und Mehrheitsfraktion. „Wir brauchen mehr Regionalität statt Zentralität“, umriss Markus Rinderspacher (SPD) seine Position. Sinngemäß gleich äußerten sich Freie Wähler und Grüne.

Zur Wahl der stellvertretenden Landtagspräsidenten gab es bereits die erste Kontroverse zwischen CSU und SPD nebst Grünen. Sie beantragten, der CSU den Vizepräsidenten zu streichen, um ein Übergewicht der Mehrheitspartei im Gesamtpräsidium zu verhindern. CSU und Freie Wähler lehnten ab. Jeder Fraktion steht unverändert ein Vize zu. CSU und Grüne fügten sich und Reinhold Bocklet wurde im Amt bestätigt. Die SPD entsendet neu Inge Aures, die Grünen Ulrike Gote. Die Freien Wähler bleiben bei Peter Meyer. Stamm bedankte sich und sicherte eine überparteiliche Amtsführung zu.

Mehr Regionalität schaffen

Bezüglich der Fraktionsvorsitzenden war es in den konstituierenden Klausuren bei den Freien Wählern ebenso. Hubert Aiwanger wurde mit 18 von 19 Stimmen als Chef bestätigt. Die Grünen bestimmten Ludwig Hartmann mit 16 von 18 statt des nicht wiedergewählten Martin Runge zum männlichen Vorsitzenden. Für die weibliche Position hatte Claudia Stamm Interesse gezeigt, verzichtete aber dann zugunsten von Margarete Bause, die 15 Stimmen erhielt.

Für die kommenden Wochen und Monate steht bei allen vier Fraktionen und Parteien der Wegweiser auf Veränderungen. Seehofer will das gestiegene Gewicht der CSU in den gerade begonnenen Berliner Koalitionsverhandlungen zur Geltung bringen. Die „klaren Verhältnisse in Bayern“ müssten im Ringen um jede Position ihre Rolle spielen. Für SPD, Grüne und Freie Wähler geht es darum, ihre Verluste aus der Landtagswahl wett zu machen. Der wiedergewählte SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher bilanzierte, Opposition habe seiner Partei noch nie genutzt. Es gelte, im Lande mehr Regionalität zu zeigen. Aiwanger forderte eine „Schärfung

des Profils“. So sehen es auch die Grünen und gleichfalls die gescheiterte FDP. Für alle - einschließlich der CSU, diese aus Sorge vor Verlusten - sind die Kommunalwahl am 16. März und die Europawahl im Juni nächsten Jahres Prüfsteine für die Stimmung im Land.

Sondierungsgespräche

Die für November vorgesehene Regierungserklärung Seehofers wird ganz im Zeichen Berlins stehen. Er ist mit einer siebenköpfigen Verhandlungsdelegation zu den Sondierungsgesprächen nach Berlin gestartet. Auch Kreuzer und Stamm gehören dazu. Ob es im November schon Klarheit gibt, wagt derzeit niemand zu sagen. Es könne erst im Dezember oder noch später dazu kommen.

Die landesbezogene Arbeit des neuen Landtags wird nicht nur die Zukunftsschwerpunkte betreffen, sondern auch die großen Ärgernisse des alten Parlaments in der Beschäftigungsfähigkeit. Da geht es um Vorwürfe, bis zu fünfstelligen Summen zur Alimentierung von Familienmitgliedern oder persönlichen Anschaffungen aus der Staatskasse bezahlt zu haben. Im Plenum und in den noch zu konstituierenden Landtagsausschüssen wird das Thema voraussichtlich ab Ende November auf der Tagesordnung stehen. **rm**

Deutscher Städtetag:

Zehn-Punkte-Katalog für künftige Regierung

Vor Beginn der Koalitionsverhandlungen haben die deutschen Städte eine Milliardenentlastung bei den Sozialausgaben und mehr Geld für den Erhalt ihrer maroden Straßen gefordert. Bei einer Pressekonferenz in Berlin legte der Deutsche Städtetag seine Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung vor. Der Verband appellierte an die Parteien, trotz der schwierigen Ausgangslage nach der Bundestagswahl rasch eine stabile Regierung für die kommenden vier Jahre zu bilden.

Nach Darstellung von Verbandspräsident Dr. Ulrich Maly sicherten die Städte mit ihren Leistungen der Daseinsvorsorge und ihren Investitionen in die Infrastruktur zentrale Grundlagen für das städtische Leben und Wirtschaften und damit für einen großen Teil der Bevölkerung in Deutschland. „Wir können Bund und Ländern daher mit Selbstbewusstsein gegenüberreten. Wir appellieren an die künftige Bundesregierung, ihre Politik kommunalfreundlich auszurichten und so der Rolle der Kommunen für die Menschen in unserem Land gerecht zu werden. Die Städte sind zu einer partnerschaftlichen und konstruktiven Zusammenarbeit bereit“, so Nürnbergs OB.

Der Forderungskatalog des Deutschen Städtetages enthält folgende zehn Hauptforderungen:

1. Stärkere Entlastung der Kommunen

Die anhaltend schwierige Situation strukturschwacher Städte ist nicht mehr hinnehmbar. Der Bund trägt zusätzlich zu den jeweiligen Ländern die Verantwortung dafür, dass die besonderen Ausgabenbelastungen strukturschwacher Städte aufgefangen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch in den strukturschwachen Städten die sozialen und auf Teilhabe und Integration ausgerichteten Leistungen und Infrastrukturen erhalten und ausgebaut werden können, ohne diese Städte in die

GZ

Kolumne

Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

kommt Ihr Hausarzt im Notfall zu Ihnen? Bekommen Sie nächste Woche einen Termin beim Augenarzt? Wie lange sitzen Sie im Wartezimmer? Wie weit ist der nächste Kreißaal entfernt?

Der demographische Wandel und seine Folgen stellen unser Gesundheitssystem vor immense Herausforderungen. Die Konzentration der Gesundheitsversorgung auf die Städte gefährdet einen wesentlichen Bereich der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Die Anzahl der niedergelassenen Haus- und Fachärzte sowie der Apotheken droht in wenigen Jahren drastisch zu sinken, wenn die aktu-



heitsbereich, Beteiligte und Betroffene sowie unsere Bürgerinnen und Bürger einladen. Die Zukunftswerkstatt soll in den kommenden sechs Monaten auf Grundlage der verschiedenen Bedürfnisse, Kapazitäten, Belastungen und Potenziale neue, auf unsere Region abgestimmte Versorgungskonzepte entwickeln und Schritte zu deren Umsetzung in die Wege leiten. Dabei müssen wir uns auch mit folgender Frage auseinandersetzen: Was ist uns unsere Gesundheit wert?

Als erstes haben wir uns zur Aufgabe gemacht, folgende Themenbereiche in Arbeitsgruppen zu beleuchten:

- Chancen und Grenzen des Gesundheitssystems aus Sicht der Versorger vor Ort
- Die Arbeitswelt der Gesundheitsversorgung und Pflege zwischen Idealismus und Realität
- Herausforderungen der Kliniken, Seniorenheime und ambulanten Einrichtungen im Landkreis
- Ehrenamtliches Engagement in der Gesundheits- und Seniorenversorgung
- Aktueller Versorgungsbedarf aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger
- Zukünftiger Versorgungsbedarf vor dem Hintergrund der prognostizierten Altersstruktur im Jahre 2030.

Die aus den sechs Arbeitsgruppen resultierenden Ergebnisse werden wir genau analysieren und dann überlegen, welche Maßnahmen wir Kommunalpolitiker ergreifen können, um unseren Versorgungsauftrag bestmöglich zu erfüllen. Es ist und bleibt Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Menschen medizinisch gut versorgt sind und in Würde alt werden können. Daran arbeiten wir.

In sechs Monaten werde ich Ihnen gerne von den ersten Ergebnissen unserer Zukunftswerkstatt berichten.

Zukunftswerkstatt
Gesundheitsversorgung
im Donau-Ries

elle Entwicklung anhält. In Deutschland ist heute fast jedes zweite Krankenhaus und jedes siebte Seniorenheim unterfinanziert. Ambulante Pflegedienste können längst nicht mehr kostendeckend helfen und niedergelassene Hausärzte finden keine Nachfolger.

In vielen Regionen unseres Landes und so auch bei uns im Landkreis Donau-Ries wird es immer schwieriger, die bisherige, wohnortnahe und hochwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Wie können wir dieser Entwicklung entgegen-treten? Wir haben überlegt, uns im Rahmen einer Zukunftswerkstatt diesen Fragen zu stellen und uns mit den Notwendigkeiten, aber auch mit den Wünschen und Ideen zum Thema Gesundheitsversorgung auseinanderzusetzen.

Dazu haben wir Experten aus dem Gesund-

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender KPV

werden. Dies gilt uneingeschränkt auch für entsprechende europarechtliche Rahmenregelungen. Nur der Bund kann die notwendige Änderung der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie und des Umsatzsteuergesetzes herbeiführen, damit interkommunale Kooperationen auch weiterhin nicht durch Umsatzsteuer belastet werden.

4. Eigenes Leistungsgesetz des Bundes für Menschen mit Behinderungen schaffen

Die Städte in Deutschland begrüßen, dass die langjährige Forderung des Deutschen Städtetages, die Leistungen für Menschen mit Behinderungen aus dem Fürsorgegesetz der Sozialhilfe in ein eigenes Bundesleistungsgesetz zu überführen, in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden soll. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Förderung von Menschen mit Behinderung keine kommunale, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Verbunden sein muss mit einem eigenen Bundesleistungsgesetz eine inhaltlich fachliche Weiterentwicklung, die den Gedanken der personenzentrierten Leistungen und der verbesserten Steuerungsfunktion der Träger der Sozialhilfe Rechnung trägt.

Steigende Kosten

Die Kommunen müssen von den stetig steigenden Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen entlastet werden, diese Entlastungen müssen unmittelbar bei den Kommunen ankommen. Allein zwischen 2007 und 2011 sind die gesamten Nettoausgaben der Eingliederungshilfe von 10,6 Milliarden Euro auf 12,9 Milliarden Euro gestiegen, während die Zahl der Empfänger lediglich von 672.339 auf 788.298 Personen gewachsen ist. Diese Steigerungsraten sind von der kommunalen Ebene nicht mehr ohne spürbare Leistungseinschnitte in anderen Bereichen finanzierbar. (Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hubert Gschwendtner
84533 Marktl
am 14.10.

Bürgermeister Hans-Peter Koch
87463 Dietmannsried
am 18.10.

Oberbürgermeister Hans Rampf
84028 Landshut
am 19.10.

Bürgermeister Johann Spiel
83132 Pittenhart
am 22.10.

Bürgermeister Werner Himmer
87616 Marktoberdorf
am 23.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Wengbauer
84561 Mehring
am 10.10.

Bürgermeister Friedrich Wieth
91583 Schillingsfürst
am 10.10.

Bürgermeister Johann Maurer
92697 Georgenberg
am 21.10.

Landrat Hermann Hübner
95448 Bayreuth
am 22.10.

Bürgermeister Franz Schmidtlein
91077 Hetzles
am 23.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Stegmair
85411 Hohenkammer
am 17.10.

Bürgermeister Wilhelm Lehmann
82269 Geltendorf
am 18.10.

Landrat Thomas Schiebel
97753 Karlstadt
am 19.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Schneider
95502 Himmelkron
am 10.10.

Bürgermeister Thomas Hafner
86497 Horgau
am 11.10.

Landrat Josef Niedermaier
83646 Bad Tölz
am 14.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

DSTGB-Positionen:

Energiewende mit Augenmaß!

Fördersystem reformieren, Netzausbau beschleunigen, Versorgungssicherheit gewährleisten

„Die Energiewende kann nur mit den Kommunen, ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft gemeinsam umgesetzt werden. Alle Akteure müssen zusammenarbeiten: Die Stadtwerke, die großen Energieversorger, die Kommunen und die Bürger.“ Darauf verweist der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) in einem soeben vorgelegten Positionspapier.

Die Erneuerbaren Energien werden künftig die tragende Säule unserer Energieversorgung sein. Notwendig sei eine grundlegende Überarbeitung des Fördersystems, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, so der Kommunalverband.

„Bei der künftigen Förderung ist mehr Markt- und weniger Planwirtschaft geboten“, heißt es weiter. Es mache keinen Sinn, wirtschaftliche und unwirtschaftliche Standorte gleichermaßen zu fördern; „erst Recht nicht solche Standorte, an denen die Energie nicht abtransportiert werden kann, weil der Netzanschluss nicht steht“. Ein sinnvoller Ansatz wäre stattdessen, eine staatlich definierte Menge an Erneuerbaren Energien über ein spezielles Auktionsverfahren zu fördern, das nach Technologien und Regionen unterscheidet. So komme das wirtschaftlichste Angebot zum Zuge.

Auch ein Quotenmodell, bei dem den Energieversorgern ge-

setzlich vorgegeben wird, eine bestimmte Menge an EE-Strom zu liefern, kommt für den DStGB in Betracht. Eine Kontrolle könnte hierbei durch Zertifizierung des Ökostroms, verbunden mit Strafzahlungen bei Nichteinhaltung erfolgen.

Transparenz

In der Debatte um Mehrkosten seien Transparenz und Ehrlichkeit erforderlich. Vor einer „Strompreishysterie“ müsse gewarnt werden. Da die fossilen Brennstoffe wie Öl und Gas endlich sind, stiegen die Strompreise seit Jahren völlig unabhängig von der Energiewende. Der Fokus sollte vielmehr stärker darauf gerichtet werden, Anreize für Energieeinspar- und Effizienzmaßnahmen zu setzen, betont der Verband.

Immer wieder müsse in der Öffentlichkeit auch verdeutlicht werden, „dass die Energiewende ohne erfolgreichen Netzausbau

scheitern wird“. Bei den Höchstspannungstrassen sei ein Bedarf von insgesamt 2.800 km neuen Leitungen und die Ertüchtigung von 2.900 km bereits vorhandenen Leitungen errechnet worden. Bei den wichtigen Verteilnetzen seien ca. 200.000 km neue Leitungen notwendig. Um die Projekte auch verwirklichen zu können, bedürfe es der Schaffung von Investitionsanreizen, vor allem für den Aus- und Umbaubedarf der Verteilnetze. Wie auch im Bereich der Höchst- und Hochspannungstrassen müssten bei den Verteilnetzen Investitionsbudgets anerkannt werden, um für den Netzbetreiber eine Refinanzierung zu ermöglichen.

„Bezüglich der Höchstspannungsstromleitungen sowie damit verbundener Fragen der Erdverkabelung, der landschaftlichen Beeinträchtigungen und Kosten für Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen brauchen wir eine gesellschaftliche Diskussion, was geleistet werden kann, was gewünscht und was akzeptiert wird“, macht der Deutsche Städte- und Gemeindebund deutlich. Eine beschleunigte Planung könne nur gelingen, wenn die Planungshoheit der Städte und Gemeinden als bürgernächste Ebene auch beim Netzausbau umfassend gewährleistet ist und die kommunalen Belange inhaltlich berücksichtigt werden.

Das immer wieder geforderte „neue Marktdesign“ müsse mit Inhalten gefüllt und implementiert werden. Dabei sei Sorge dafür zu tragen, dass sowohl die Erneuerbaren Energien als auch die daneben benötigten konventionellen Kraftwerke in einem gemeinsamen Markt bestehen können und ihre Finanzierung wirtschaftlich bleibt. Zusätzlich sollte nach Ansicht des DStGB ein unabhängiger Sachverständigenrat Energiewende eingerichtet werden. Dieses Gremium sollte jährlich über den Sachstand der Umsetzung berichten und Vorschläge zur Beseitigung von Hemmnissen unterbreiten.

Bürger und Kommunen sollten beim Netzausbau nicht nur durch frühzeitige Mitsprache bei der Planung neuer Trassen einbezogen werden. Auch finanzielle Beteiligungsmodelle, die möglichst viele zu ökonomischen Gewinnern machen, könnten auch beim Netzausbau zu mehr Akzeptanz und damit für eine Beschleunigung sorgen.

„Die Städte und Gemeinden müssen an der Wertschöpfung der Energieerzeugung und des Netzausbaus beteiligt werden“, heißt es weiter. Den Bürgern werde schwer zu vermitteln sein, warum sie Einschnitte in ihrer Landschaft durch Stromtrassen, Biogasanlagen und Windräder hinnehmen sollen, aber ihrer Stadt das Geld für den Kita-Ausbau und zum Stopfen der Schlaglöcher fehlt.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende bedürfe es der Bereitschaft in den Städten und Gemeinden, neue Standorte für Erneuerbare Energien-Anlagen auszuweisen. Um einen entsprechenden wirtschaftlichen Anreiz zu setzen, müssten nicht nur die Gemeinden, in denen das Unternehmen seinen Sitz hat, einen Anteil an der Gewerbesteuer erhalten. Der Vorschlag, den bereits geltenden besonderen Maßstab für die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages zwischen Standort- und Betriebsgemeinde, wie er bislang nur für Windkraftanlagen gilt, auf alle

Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien auszuweiten, sei hier ein richtiger Schritt, der nun durch Gesetz umgesetzt werden muss. Darüber hinaus sollte auch im Zuge einer Reform der Grundsteuer eine bessere Beteiligung der Gemeinden erreicht werden.

Zudem muss der Netzausbau laut DStGB zwingend mit einer gesetzlich vorgeschriebenen Akzeptanzzahlung verbunden werden. Die derzeitige Regelung, wonach eine freiwillige Zahlung nach Ermessen des Netzausbau-betreibers sich auf lediglich 40.000 Euro pro Kilometer bemisst, sei nicht ausreichend. Erforderlich sei vielmehr eine verbindliche Zahlung eines Betrages in angemessener Höhe, um die Akzeptanz zu steigern und so den Ausbau zu beschleunigen.

Bürgerwindparks

Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften stellten dabei einen sinnvollen Ansatz dar, auch die Bürger in dem Prozess mitzunehmen und zu beteiligen. Auch hier seien Kooperationsformen mit Kommunen und ihren Unternehmen wichtig. Die Umstellung auf Erneuerbare Energien und das Abschalten der Atomkraftwerke führe notwendigerweise zu Stromschwankungen im Netz. Um die Stabilität der Netze langfristig zu sichern, seien Reservekraftwerke notwendig, die bei Bedarf aktiviert werden können, um die sogenannte Grundlast zu garantieren.

Alle EEG-Anlagenbetreiber müssten künftig dazu beitragen, dass eine verlässliche Stromproduktion - trotz Schwankungen - garantiert wird. Ein Lösungsansatz könnte sein, dass Betreiber von Wind- oder Photovoltaikanlagen eine bestimmte Menge an Strom garantieren und – für den Fall, dass sie dies nicht können – sich durch den Zukauf von Zertifikaten an der Finanzierung an den Kraftwerken beteiligen, die für die Versorgungssicherheit notwendig sind. Für die Finanzierung dieser Kraftwerke sollte vom Grundsatz her gelten: „Wer Strom erzeugt, hat auch Verantwortung für die Sicherstellung der Grundlast.“

Die Speicherinfrastruktur werde künftig ein wichtiger Teil der systemischen Bereitstellung von Energie sein. Speicherungsmöglichkeiten seien insbesondere die Umwandlung von Strom in Gas oder der Zubau weiterer Pumpspeicherkraftwerke.

Die beste Energie ist freilich diejenige, die eingespart und gar nicht erst produziert wird. Auf diesem Weg kann nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes jeder einen eigenen Beitrag leisten, um die Kosten der Energiewende zu senken. Sozialtarife, wie sie von einigen Stellen gefordert werden, seien hierbei abzulehnen.

Der Einsatz stromsparender Geräte und die Fortentwicklung technologischer Anwendungen, die den Stromverbrauch intelligent steuern („Smart Meter“) stellen wichtige Instrumente dar. Bereits heute unternähmen die Städte und Gemeinden immense Anstrengungen, ihren Gebäudebestand energetisch zu sanieren, um so den Energieverbrauch weiter einschränken zu können. Die energetische Sanierung des Gebäudebestands werde jedoch nicht allein über Steuererleichterungen, sondern insbesondere über eine direkte finanzielle Unterstützung erreichbar sein.

Erforderlich ist dem DStGB zufolge eine Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms von derzeit 1,5 Milliarden Euro auf jährlich mindestens 5 Milliarden Euro. Zudem sollte die Einführung eines eigenen Kommunalprogramms zur Gebäudesanierung in Erwägung gezogen werden. Vorbild könnte hier das Konjunkturpaket II sein. **DK**

NÜRNBERG 2013 KOMMUNALE

8. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF



MESSEZENTRUM NÜRNBERG

23.–24.10.2013

HIER TRIFFT SICH DEUTSCHLAND!

Städte und Gemeinden aus der gesamten Bundesrepublik nutzen die Kommunale um sich zu informieren, Kontakte zu knüpfen und Investitionsentscheidungen vorzubereiten. Diese Fachmesse ist nicht nur Deutschlands größte Veranstaltung ihrer Art, sie ist

- **Ihr Partner** – seit 14 Jahren erfolgreich am Markt
- **Ihr Branchenspiegel** – mit allem, was Kommunen brauchen und wissen müssen
- **Ihr Wegweiser** – für Zukunftsthemen und fundierten Erfahrungsaustausch

BESUCHERSERVICE

NürnbergMesse GmbH

Messezentrum Nürnberg

Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 36

KOMMUNALE.DE

 **Folgen Sie uns auf Twitter!**

MEDIENFACHLICHE PARTNER

Behörden Spiegel

GemeindeZeitung



IN ZUSAMMENARBEIT MIT



VERANSTALTER KONGRESS



VERANSTALTER FACHMESSE



Die Themen Schulgeld für Schüler mit Behinderung, die in Bayern private Förder- oder Regelschulen besuchen, sowie die Verbesserung der Personalschlüssel im Bereich der Pflege standen im Zentrum der Beratungen des Hauptausschusses des Bayerischen Bezikretags im oberpfälzischen Roding (Landkreis Cham).

So weit für den Besuch der privaten Schule behinderungsbedingte Gründe vorliegen, haben die Bezirke bisher das Schulgeld als Eingliederungshilfeleistung übernommen. Im Jahr 2012 zahlten sie bayernweit insgesamt rund 15 Millionen Euro, wobei ca. 700.000 Euro auf private Regelschulen entfielen. Die Spanne des Schulgeldes reichte von 13 Euro bis 160 Euro, in Einzelfällen auch bis zu 1.000 Euro, es umfasste Personalkosten, Sachkosten und andere Aufwendungen.

Mit Blick auf den steten Anstieg des Schulgeldes hatten alle Kommunalen Spitzenverbände den Freistaat Bayern in der Vergangenheit wiederholt aufgefordert, einen 100-prozentigen Personalkostenersatz bei den privaten Förderschulen zu leisten. Der Freistaat Bayern ist dieser Aufforderung aber nicht nachgekommen.

Mit Urteil vom 15. November 2012 hat das Bundessozialgericht nun folgenden Leitsatz formuliert: „Die Übernahme von Schulgeld für eine private Ersatzschule ist als eine vom Kernbereich der pädagogischen Arbeit umfasste Leistung keine im Rahmen der Eingliederungshilfe vom Sozialhilfeträger zu erbringende Hilfe für eine angemessene Schulbildung.“

Nach längeren Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern erzielte Verbandspräsident Manfred Hölzlein für die sieben bayerischen Bezirke folgendes Ergebnis: Diese werden für das Schuljahr 2013/2014 als Übergangslösung das Schulgeld an privaten Regelschulen übernehmen, der Freistaat Bayern an privaten Förderschulen.

Wie Hölzlein in Roding hervorhob, sei aber noch nicht geklärt, wie nach der Übergangslösung für das Schuljahr 2013/2014

weiter verfahren werden soll. Deshalb werde die Zukunft des Schulgeldes zusammen mit Vertretern des Kultus- und des Sozialministeriums sowie der Regierungen in Kürze diskutiert.

Was den Pflegebereich angeht, so verwies Verbandschef Hölzlein darauf, dass die Landespflegesatzkommission eine Arbeitsgruppe angeregt hatte, die sich aus Vertretern der Kostenträger und der Leistungserbringer zusammensetzte. Diese hatte sich auf Eckpunkte hinsichtlich einer Verbesserung der Personalausstattung in der stationären Pflege verständigt. Danach soll die Erhöhung der Personalschlüssel in zwei Stufen umgesetzt werden. In der ersten, die ab dem Jahr 2014 in Kraft treten soll, wird ein pflegestufenunabhängiger Zusatzschlüssel (sonstige Dienste) eingeführt - in der Höhe von 1:40. Darüber hinaus können die Einrichtungsträger als zusätzliches Personal sowohl Fachkräfte als auch Hilfskräfte einsetzen.

In der zweiten Stufe ab dem Jahr 2016 soll eine weitere Verbesserung des Personalschlüssels von 1:40 auf dann 1:26,4 in Kraft treten. Hölzlein zufolge werden diese Ergebnisse in der nächsten Sitzung der Landespflegesatzkommission im Oktober vorgestellt und abgestimmt. Ohne Berücksichtigung der künftigen tariflichen Steigerungen führe die vorgesehene Verbesserung des Personalschlüssels zu Mehrkosten in der ersten Stufe von etwa plus 5 Prozent und in der zweiten Stufe von etwa plus 7 Prozent. Vor diesem Hintergrund empfahl der Hauptausschuss den Bezirken, dem von der Arbeitsgruppe der Landespflegesatzkommission erarbeiteten Gesamtpaket beim Personalschlüssel in der Pflege zuzustimmen. **DK**

Kommunale Spitzenverbände:

Versorgung durch kommunale Krankenhäuser sichern

Der Bayerische Städtetag erstellt gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landkreistag und dem Bayerischen Bezirktetag ein Positionspapier zur Stärkung der kommunalen Krankenhäuser in Bayern.

Als oberste Devise halten die kommunalen Spitzenverbände an der kommunalen Trägerschaft fest. Die Kommunen in Bayern bekennen sich zu ihrem Sicherstellungsauftrag, bedarfsgerechte Krankenhäuser vorzuhalten. Sie sind sich ihrer Verantwortung bewusst, Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft weiterzuentwickeln, um den Erfordernissen des medizinischen Fortschritts und der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in der Fläche gerecht zu werden.

Rahmenbedingungen

Dafür bedarf es jedoch der Unterstützung durch den Bund und das Land. Eine flächendeckende Krankenversorgung kann nur gewährleistet werden, wenn die Rahmenbedingungen

stimmen, daher sind Bund und Land aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten. Sie müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit die kreisfreien Städte und Landkreise ihrem Sicherstellungsauftrag nachkommen können.

Flächendeckende Versorgung

Zu einer flächendeckenden medizinischen Versorgung gehört es auch, dass die Strukturen nach Versorgungsstufen gegliederter, möglichst wohnortnaher akutstationärer Krankenhäuser aufrecht erhalten und Maßnahmen zur Vermeidung des Ärzte- und Fachkräftemangels ergriffen werden.

Das DRG-System muss als Festpreissystem unter stärkerer Berücksichtigung der Vorhaltekosten ausgebaut werden. Se-

lektivverträge der Krankenkasse werden abgelehnt. Der zukünftige Orientierungswert zur Abbildung von Kostenentwicklungen im Krankenhausbereich darf nicht politisch bemessen werden, sondern muss die realen Preissteigerungsraten berücksichtigen.

Weiterentwicklung

Die doppelte Degression zum Ausgleich von Mehrmengen muss vollständig aufgehoben werden, wie es die Bayerische Staatsregierung mit ihrem Initiativantrag im Bundesrat im vergangenen Jahr gefordert hatte. Die Landesplanung auf Landesebene muss stärker an den Erfordernissen einer strukturellen Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der notfallmedizinischen Versorgung in der Fläche ausgerichtet werden.

Sicherstellungsauftrag

Nur wenn diese Rahmenbedingungen vorhanden sind, können die Kommunen ihren Sicherstellungsauftrag nach einer flächendeckenden medizinischen Versorgung erfüllen. Sowohl die Bayerische Staatsregierung als auch die Bundesregierung sind aufgefordert, die Kommunen hierbei zu unterstützen. □

Zehn-Punkte-Katalog...

(Fortsetzung von Seite 2)

5. Ausbau der Kindertagesbetreuung weiter unterstützen

Der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs nicht abgeschlossen, vielmehr stellen die Städte eine stetig zunehmende Nachfrage fest. Zur Bewältigung dieser Aufgabe ist weiterhin ein langfristiges Engagement bei den Investitions- und Betriebskosten von Bund und Ländern zur Unterstützung der Kommunen erforderlich.

6. Ganztagsbetreuung in den Schulen ausbauen

Der Ganztagsbetreuung kommt künftig eine immer größere Rolle zu. Der Deutsche Städtetag sieht die Notwendigkeit, flächendeckende Ganztagsangebote für Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Kindertagesbetreuung zu schaffen. Allerdings bedarf es einer für die Kommunen tragfähigen Klärung der Verantwortungs- und Finanzierungszuständigkeit, bevor kurz nach Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kleinkinder ein weiterer Rechtsanspruch geschaffen wird.

Die Städte haben großes Verständnis dafür, dass sich immer mehr Eltern Ganztagsschulangebote wünschen. Die Städte unterstützen dies bereits heute im Rahmen ihrer Jugendhilfe (z. B. Horte) und durch kommunale Finanzzuweisungen, die Länder durch den Ausbau von Ganztagschulen. Ein Rechtsanspruch, wie er von verschiedenen Seiten jetzt gefordert wird, wäre finanziell gründlich abzuschern. Die Länder müssen dann gegenüber den Kommunen die Mehrkosten nach dem Konnexitätsprinzip ausgleichen. Auch der Bund sollte sich wegen der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung finanziell engagieren.

7. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auskömmlich gestalten

Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland und seinen Städten ist an vielen Stellen notleidend. Die Neujustierung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung muss daher ein zentrales Reformprojekt in der 18. Legislaturperiode werden, um das Finanzierungsdefizit von Städten und Gemeinden allein zur Erneuerung der Infrastruktur in Höhe von 2,75 Milliarden Euro wirksam zu beheben. Der Deutsche Städtetag for-

dert den Bund und die Länder auf, dem Kollaps maßgeblicher Verkehrsverbindungen unverzüglich durch ein Notprogramm zu begegnen und schnellstmöglich Verantwortung für den bedarfsgerechten Ausbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur in den Städten und Gemeinden zu übernehmen.

Anschlussregelung

Weil das Gemeindeverkehrsfinanzierungs- bzw. das Entflechtungsgesetz Ende 2019 auslaufen, sind dringend die Weichen für eine Anschlussregelung zu stellen. Nur dann lassen sich wichtige Verkehrsprojekte, die jetzt begonnen werden müssen, finanziell abschern. Zudem müssen die GVFG- bzw. Entflechtungsmittel ab 2014 auf den nachgewiesenen Bedarf von rund 1,960 Milliarden Euro jährlich aufstockt werden. Notwendig ist bis 2020 zudem, das Bundesprogramm für Großvorhaben im ÖPNV zur Finanzierung des Grundsanierungsbedarfs zu erhöhen sowie innerhalb der neuen Legislaturperiode die Grundlagen zur Fortführung eines entsprechenden Bundesprogramms über 2019 hinaus zu schaffen.

8. Wohnungspolitik umsteuern

Die Rahmenbedingungen für den sozialen Wohnungsneubau auf angespannten Wohnungsmärkten und für die Sanierung des Wohnungsbestandes müssen verbessert werden. Anreize für den frei finanzierten Wohnungsneubau im mittleren Preissegment können unter anderem durch steuerliche Impulse in Form einer regional differenzierten Investitionszulage gesetzt werden.

Zudem muss das seit 2008 nicht mehr erhöhte Wohngeld an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst und die im Jahr 2011 gestrichene Heizkostenpauschale wieder eingeführt werden. Der teilweise unangemessene Anstieg von Mieten für wieder vermietete Wohnungen im Bestand erfordert den Einsatz ordnungsrechtlicher Instrumente. Der Bund wird aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Mieterhöhungen bei Wiedervermietung durch Rechtsverordnungen der Länder lokal differenziert auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichs-

miete zunächst für fünf Jahre beschränkt werden können. Zudem muss § 5 Wirtschaftsstrafgesetz so geändert werden, dass er wieder zu einem praxistauglichen Instrument für die Bekämpfung von Mietpreisüberhöhungen wird. So soll sichergestellt werden, dass Vermieter ein Ordnungsgeld zahlen müssen, die 20 Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen.

9. Klimaschutz und Energie-wende aktiv gestalten

Die Städte unterstützen die europäischen und nationalen Emissionsreduktionsziele bis zum Jahre 2020 sowie die mit der Energiewende und dem Ausstieg aus der Atomenergie verfolgten Ziele. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine bessere Koordinierung der Energiepolitik von Bund und Ländern dringend notwendig. Die Bundesregierung sollte in enger Abstimmung mit den Ländern und den Kommunen sowie den energiewirtschaftlichen Akteuren einen Aktionsplan zur Umsetzung der Energiewende erarbeiten.

Neues Energiemarktdesign

Ein zu gestaltendes neues Energiemarktdesign sollte die Umsetzung der energiepolitischen Ziele wirtschaftlich und ökologisch vertretbar ermöglichen, die Versorgungssicherheit gewährleisten und die Verbraucherinteressen berücksichtigen.

Zudem müssen die Förderprogramme des Bundes zur energetischen Gebäudesanierung und zum energieeffizienten Neubau deutlich aufgestockt und an die veränderten Erfordernisse angepasst werden. Die Förderprogramme für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude sind ebenfalls zu verstärken und so zu gestalten, dass insbesondere auch finanzschwache Städte hiervon profitieren können.

10. Städte in Europa stärken

Kommunale Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip sind auch bei fortschreitender europäischer Integration besonders zu schützen. Die Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge als wesentliches Element kommunaler Selbstverwaltung in Deutschland ist, wie im Vertrag von Lissabon festgeschrieben, auch im grenzüberschreitenden Wettbewerb zu beachten. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

der kommunalen Ebenen, wie Sie bereits im Bayernplan und auch im gemeinsamen Regierungsprogramm mit der CDU festgeschrieben sind, in die Koalitionsverhandlungen einzubringen. Die wichtigsten Forderungen der KPV lauten:

Forderungen der KPV

1. Entlastung der Kommunalhaushalte von den rasant steigenden Sozialausgaben, insbesondere durch die Übernahme der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung: Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe sind in Bayern zwischen dem Jahr 2000 und 2011 um ca. 70 % auf 2.155 Mrd. Euro gestiegen und belasten die Kommunalhaushalte enorm. Da die Eingliederungshilfe keine rein örtliche Angelegenheit ist, sondern vielmehr der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung unterliegt, muss sich der Bund durch die Einführung eines neuen Bundesleistungsgesetzes dieser Aufgabe stellen. Der Bund soll sich schrittweise an den Kosten beteiligen und die Kommunen so dauerhaft entlasten.

2. Nachhaltige Verbesserung der Krankenhausfinanzierung: Dem zunehmenden Missverhältnis zwischen Kosten- und Einnahmentwicklung in den Krankenhäusern muss entgegengewirkt werden. Die vom Bund im Juli 2013 bewilligten zusätzlichen 1,1 Mrd. Euro für 2013/2014 waren ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Langfristig muss das Vergütungssystem für Krankenhäuser allerdings so verbessert werden, dass unsere Kliniken dauerhaft schwarze Zahlen schreiben können.

3. Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur: Leistungsfähige Verkehrswege, kommunale Einrichtungen und Breitbandnetze sind für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Regionen von entscheidender Bedeutung. Die kommunalen Ebenen sind bereit, für eine hohe Leistungsfähigkeit ihrer Infrastruktur zu sorgen, benötigen dafür allerdings eine stärkere finanzielle Unterstützung des Staates, da der vorhandene Finanzrahmen nicht ausreichend ist.

4. Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs: Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wurde in den vergangenen Jahren erfreulicherweise auf 12,75 % erhöht. Eine kontinuierliche Steigerung des Kommunalanteils gilt es auch künftig zu verfolgen, damit die Kommunen all ihre Aufgaben adäquat erfüllen können. Darüber hinaus soll der kommunale Finanzausgleich zielgenauer die bedürftigen Kommunen unterstützen, damit insbesondere die Herausforderungen des demographischen Wandels gelöst und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns geschaffen werden können.

Planungssicherheit

Mit Blick auf den CSU-Parteitag am 22. und 23. November in München wurden die u. a. an die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU überwiesenen Anträge B 7 „Flächendeckende Ferienbetreuung“ und F 2 „Teilzeitbeschäftigung in Führungspositionen“ erörtert.

In ersterem wird die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag aufgefordert, sich für eine flächendeckende Ferienbetreuung für Kinder einzusetzen, um berufstätigen Eltern Planungssicherheit zu geben. Begründung: „Die KITA- bzw. Schul-Ferienzeiten von Kindern mit eigenen Urlaubstagen in Einklang zu bringen, ist für Eltern nach wie vor eine große Herausforderung.“

Folgende KPV-Stellungnahme wurde hierzu verabschiedet:

Nachlese zum...

„Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die flächendeckende Ferienbetreuung für Kinder ein wichtiger Aspekt. Nur wenn Eltern ihre Kinder in guten Händen wissen, können sie ihrem Beruf uneingeschränkt nachgehen und vor allem lange Ferienzeiten überbrücken, ohne bei der Betreuungsfrage in Not zu geraten. Dieser Verantwortung sind sich die bayerischen Kommunen durchaus bewusst.“

Und weiter: „Aus diesem Grund bemühen sich unsere Kommunen bereits seit vielen Jahren im Rahmen Ihrer Möglichkeiten um eine angemessene Kinderbetreuung in der Ferienzeit. Der Freistaat unterstützt die Kommunen bei dieser Aufgabenerfüllung im Rahmen der Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) und der Investitionskostenförderung von Horten nach dem FAG. Dadurch konnte bisher schon eine relativ gute Situation bei der Kinderbetreuung in Ferienzeiten herbeigeführt werden. Der Wunsch nach einer weiteren Verbesserung und flächendeckenden Betreuung wird unterstützt, allerdings kann dies nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Kommunen und bei entsprechender Mitfinanzierung durch den Freistaat Bayern erfolgen.“

Potential gezielt fördern

Im Antrag F2 fordert der Parteitag die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag auf, sich gezielt für die Übertragung von Führungsverantwortlichkeit an Teilzeitbeschäftigte einzusetzen und entsprechende Fortbildungsangebote zu fördern. Begründung: „In Führungspositionen in Deutschland sind teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Dadurch gehen Potential und Wettbewerbsvorteile verloren, die Wirtschaftskraft wird geschwächt. Eine der Ursachen ist darin zu sehen, dass Teilzeitbeschäftigte nicht als Führungspersönlichkeiten erkannt und gefördert werden. Teilzeitbeschäftigung und Führungsverantwortung schließen sich aber nicht aus. Gerade Teilzeitbeschäftigte haben oftmals ‚soft skills‘ entwickelt, die sie für Aufgaben mit Führungsverantwortung besonders qualifizieren. Es gilt, das Potential zu erkennen und gezielt zu fördern.“

Kommunale wirft...

(Fortsetzung von Seite 1)

Beiträgen in die Diskussion einbringen. „Wir freuen uns sehr auf diese neue Form des Austausches und eine rege Beteiligung unter den Besuchern“, erklärt Werner Richthammer vom Projektteam der Kommunale.

Feuerwehr-Informationstag

Zum festen Bestandteil der Fachmesse zählt erneut der Feuerwehr-Informationstag, der sich an Führungskräfte von Feuerwehren bundesweit richtet und von der Feuerwehr der Stadt Nürnberg organisiert wird. Im Mittelpunkt der fünften Ausgabe stehen ungewöhnliche Einsätze, genauso wie

Die Stellungnahme der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU hierzu lautet wie folgt: „Die Kommunalpolitische Vereinigung stimmt zu, dass durch gezielte Förderung von Teilzeitbeschäftigten für Führungspositionen ein großes Potenzial gehoben werden kann und setzt sich dafür ein, dass dies insbesondere auf kommunaler Ebene verstärkt berücksichtigt wird. Ausschlaggebender Maßstab für die Besetzung einer Führungsposition muss dennoch die fachliche Kompetenz bleiben. Diese Einschätzung obliegt nach wie vor der Unternehmensführung bzw. der Amtsleitung einer Behörde.“

Bürgerbeteiligung durch E-Voting

In einem weiteren überwiesenen Antrag C 25 „Bürgerbeteiligung durch E-Voting“ hatten der Vorsitzende der Zukunftskommission MdEP Manfred Weber sowie die Landräte Matthias Dießl (Fürth) und Stefan Rößle (Donau-Ries) die Staatsregierung aufgefordert, neue Formen der Bürgerbeteiligung wie das E-Voting zu unterstützen und dafür die rechtlichen sowie technischen Möglichkeiten zu schaffen. Auf kommunaler Ebene sollte es künftig möglich sein, „dass zum Beispiel ein Gemeinderat nach eigenem Ermessen ein von ihm diskutiertes Thema zum E-Voting freigibt und so ein Stimmungsbild zur weiteren Entscheidungsfindung erhält“.

Dass diesem Ansinnen nichts entgegensteht, hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in ihrer Stellungnahme zum Ausdruck gebracht. Dort heißt es unter anderem: „Die Durchführung von E-Votings ist bereits heute rechtlich möglich. Eine Änderung der kommunalrechtlichen Vorschriften ist hierfür nicht erforderlich. Letztlich entscheiden jedoch die Kommunen im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts, ob und wie sie neben förmlichen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten onlinebasierte Meinungsabfragen durchführen wollen.“

Um E-Votings durchführen zu können, bedürfte es einer geeigneten IT-Infrastruktur, die insbesondere den Anforderungen an die IT-Sicherheit, den Datenschutz und die Barrierefreiheit genügen muss. „Ob und gegebenenfalls wie die Kommunen beim Aufbau entsprechender IT-Strukturen unterstützt werden können, bedarf noch weiterer Prüfungen.“ **DK**

„Dauerbrenner“-Themen, unter anderem „Sicherheit bei Großveranstaltungen“. Eine Premiere feiert die parallel zur Kommunale stattfindende Deutsch-Griechische Versammlung. Sie ist zum ersten Mal in Deutschland zu Gast und versammelt zahlreiche Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie Experten aus Griechenland und Deutschland. Das Forum für die Zusammenarbeit von Kommunen, Regionen und Bürgern beider Länder geht auf eine Vereinbarung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem früheren Ministerpräsidenten Griechenlands, Giorgos Papandreu, zurück. Weitere Informationen unter: www.kommunale.de □

Kunst und...

(Fortsetzung von Seite 1)

kommen Wohneigentum schaffen. Darüber hinaus lasse sich Arbeit mit sehr hoher Lebensqualität verbinden. Auf dieser Lebensqualität gründe sich auch die lebendige Kunst- und

Kulturszene im Bayerischen Wald. Die Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise ist bis Mitte Januar 2014 (Montag bis Donnerstag 8–16 Uhr, Freitag 8–12 Uhr) kostenlos zu besichtigen. **DK**

Ökonomische Herausforderungen des neuen Strommarktdesigns

Von Dipl.-Kfm. Maximilian Faltlhauser, Faltlhauser Energie GmbH

Es besteht Einigkeit: Das bestehende EEG muss umfassenden neu geregelt werden. Mit seiner Preis- und Abnahmegarantie hat es als planwirtschaftliches Element das bestehende Strommarktgefüge aus dem Gleichgewicht gebracht. Als gelungene Technologieförderung war es zwar überaus erfolgreich. Vor allem Windenergie und Photovoltaik haben jedoch die größten Entwicklungsschritte hinter sich. Heute gilt es diese inzwischen etablierten, erneuerbaren Techniken ins Strommarktsystem einzubinden. Dieser nächste Schritt der Energiewende ist weniger eine technische als vielmehr eine ökonomisch-volkswirtschaftliche Herausforderung.

Aktuell bestehen erhebliche Verwerfungen im Strommarkt. Notwendig wäre der Zubau neuer Gaskraftwerke um abzuschalten die Kernkraftwerke zu ersetzen und Versorgungssicherheit bei Windstille und Dunkelheit zu gewährleisten. Jedoch werden weder die bevorzugten Gaskraftwerke noch andere Kraftwerke, die gesicherte Leistung erzeugen, in Deutschland gebaut.

Auslastungsproblematik

Sogar das Gegenteil ist der Fall. Wäre mit Tennet keine vertragliche Sonderregelung getroffen worden, wäre das neue Gaskraftwerk Irsching 5 mangels Auslastung inzwischen abgeschaltet worden. Mit der gleichen Auslastungsproblematik haben gegenwärtig nahezu alle konventionellen Kraftwerke in Deutschland zu kämpfen. Alle Kraftwerke also, die vor allem die Versorgungssicherheit gewährleisten.

Bemerkenswerter Weise trifft es nicht nur die konventionellen Kraftwerke, sondern auch viele Wasserkraftwerke. Sie müssen ihre Produktion drosseln, um Platz

für Wind- und Sonnenstrom zu machen, der als EEG-Strom Netzvorrang hat. Selbst Pumpspei-



Maximilian Faltlhauser. □

cherkraftwerke sind von dieser Auslastungsproblematik betroffen. Die Unberechenbarkeit des Wetters wirkt sich über Wind- und Photovoltaikstrom, negativ auf das auf Konstanz aufbauende Geschäftsmodell aus.

Alle Schuld für dieses einset-

zende Marktversagen auf das EEG zu schieben, würde jedoch zu kurz greifen. Vielmehr macht es Sinn sich die strukturellen Unterschiede des Strommarktes in Deutschland vor und nach der Energiewende vor Augen zu führen (siehe Kasten rechts).

Marktneuordnung

Die direkte Gegenüberstellung lässt erkennen, dass es sich bei der Energiewende um eine komplette Marktneuordnung handelt. Das Marktsystem muss nicht nur reformiert, sondern revolutioniert werden. Welchen ökonomisch-volkswirtschaftlichen Anforderungen muss also ein neues Marktdesign vor allem gerecht werden?

Dreh- und Angelpunkt ist dabei die diskontinuierliche Stromerzeugung der leistungsstärksten erneuerbaren Stromerzeugungsanlagen; Wind und Sonne. Auf die beiden folgenden Extremzustände muss das neue System reagieren können:

1. Dunkelheit und Windstille

Um bei Dunkelheit und Windstille eine Stromknappheit zu vermeiden müssen so genannte Schattenkraftwerke die entstehenden Bedarfslücken auffüllen. Geregelt wird dies über einen Kapazitätsmarkt in dem gesicherte Stromleistung eine Zusatzvergütung für die bloße Bereitstellung

Stromerzeugung VOR der Energiewende	Stromerzeugung NACH der Energiewende
• Der Kraftwerkspark wird von Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken dominiert. • In unterschiedlichem Maße sind alle konventionellen Kraftwerke grundsätzlich steuer- und regelbar. Das Strommarktdesign von 1998 geht von konventionellen, und damit regelbaren Kraftwerken aus. • Die Netzsteuerung orientiert sich ausschließlich am Strombedarf. Dieser schwankt zwischen 30 - 85 GW. • Im Fokus einer günstigen Stromerzeugung steht der optimierte Einsatz von kostenintensiven, variablen Brennstoffen (Merit-Order-Prinzip). Strom ist damit automatisch ein knappes Gut. Ein Stromüberangebot ist folglich ausgeschlossen.	• Gemessen an der installierten Leistung dominieren Windenergie und Photovoltaik den Kraftwerkspark. (2017: < 100 GW)* • Wind und Photovoltaik erzeugen diskontinuierlich Strom. Das Stromangebot ist primär wetterbedingt und führt zu einer sehr hohen Volatilität. • Variable Brennstoffkosten spielen bei der Masse der Erzeugungsleistung keine Rolle. • Die Netzsteuerung muss neben dem Strombedarf auch die „unkontrollierte“ Stromerzeugung durch Wind und Sonne regeln. • Es besteht ein erheblicher Bedarf an Schatenkraftwerken. • Zeitweise herrscht ein großes Stromüberangebot. *) BDEW Prognose Übertragungsnetzbetreiber

erhält. Neben Biomasseanlagen sind dies alle konventionellen, fossilen Stromerzeugungsanlagen. Kurz: konventionelle Kraftwerke werden subventioniert, damit sie nicht mangels Auslastung still gelegt werden.

2. Sonnenschein und Starkwind => Stromüberangebot

Im Falle von Sonnenschein und Starkwind entsteht das neue Phänomen des Stromüberangebotes. Es ist bislang noch wenig thematisiert. Ein finales Lösungskonzept ist noch nicht erkennbar. Will man jedoch den Strom nicht einfach ungenutzt wegwerfen, so muss man im Markt Anreize schaffen, dass zu Zeiten des Stromüberangebotes mehr Strom verbraucht wird. - Eine unge wohnte Situation, wenn man eigentlich auf Stromsparen eingestellt ist. - Der Strom muss bei Überangebot also billiger werden um den Verbrauch anzuregen.

Und zwar nicht nur, wie bisher auf der Zwischenhandelsebene und der Strombörse, sondern auch direkt beim Endverbraucher. Denn nicht der Handel kann seinen Stromverbrauch regeln, sondern nur der Stromendkunde.

Übergangslösung

Um dies umzusetzen sind kostenintensive, flexible Strommessgeräte nötig. Zudem ist umfangreiche Kommunikationstechnik erforderlich, damit jeder Endverbraucher auch weiß, wann der Strom besonders günstig ist. Als pragmatische Übergangslösung wäre daher ein Zweitarifsystem denkbar. Neben dem aktuell bestehenden System, indem der Verbraucher darüber bestimmt, wann er eine kWh verbraucht, wird ein zweites System etabliert. Der Verbraucher „bestellt“ zwar unverändert eine kWh. Wann diese jedoch „geliefert“ wird, bestimmt der Stromnetzbetreiber. Dieser liefert eben dann, wenn durch Wind und

Sonne ein Stromüberangebot besteht. Der Preis diese kWh ist dafür deutlich günstiger als die bisherige, selbst schaltbare kWh.

Smart-Grid Anwendungen

Erst eine solche Preisdifferenzierung ermöglicht den Einsatz von so genannten Smart-Grid-Anwendungen. Am wichtigsten wäre jedoch, dass auf diese Weise die Grundlage für ein System der Strom- und Energiespeicherung ermöglicht werden würde. Vor allem Zukunftsanwendungen wie Batterien von Elektroautos, Wärmepumpen bei Passivhäusern und unzählige Formen von industrieller Prozesswärme und Prozesskälte könnten hiervon erheblich profitieren. Vielleicht muss man noch einmal einen Schritt zurück treten und sich dieses „Problem“ in Ruhe zu betrachten. Wir sprechen davon, dass wir zu viel Energie haben. Eigentlich keine schlechten Aussichten in Zeiten knapper werdender Rohstoffe. □



DB Mobility Networks Logistics

Planen Sie die Wirklichkeit!



Infos unter www.dbsystem.de

WorldInsight schafft neue Perspektiven. Denn diese innovative Gesamtlösung erlaubt das realitätsgetreue und dreidimensionale Visualisieren von Geo- und Infrastrukturdaten. Das Ergebnis: Sie können sich am Rechner durch ein geplantes Gebäude hindurch bewegen, als wäre es bereits real. Oder Sie simulieren an Ihrem PC veränderte oder neue betriebliche Abläufe – so exakt wie in der Realität. In Summe lassen sich dadurch nicht nur Fehlplanungen vermeiden, auch Kommunikation und Abstimmungsprozesse werden erleichtert.

WorldInsight ist eine Entwicklung der DB System GmbH, einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn und einer der führenden ICT-Dienstleister in Deutschland. Das Leistungsspektrum reicht von Analyse und Konzeption über Softwareentwicklung bis hin zum Betrieb hoch verfügbarer produktiver ICT-Anwendungen. Interessiert? Wir freuen uns darauf, Sie kennen zu lernen.

DB System. ICT For Your Success.

erdgas schwaben unterstützt Kinderkrippe

Im Juli wurde in Burgheim die Kinderkrippe feierlich eröffnet. An diesem Tag der offenen Tür konnten sich Besucher und interessierte Bürger informieren und die Räume besichtigen.

Im Vorfeld der Eröffnung überreichte Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, an Albin Kaufmann, 1. Bürgermeister Markt Burgheim, und Kathrin Schmid, Leiterin der Kinderkrippe Markt Burgheim, einen Scheck in Höhe von 500 Euro, der der Krippe zu Gute kommt. „Zukunft ist unser Thema, denn Zukunft beginnt immer heute. Da war die Unterstützung der Krippe für uns naheliegend – geht es doch auch hier um ein Zukunftsprojekt für die Gemeinde, genauso wie beim Anschluss ans Erdgasnetz vor drei Jahren!“, so Kaumeier.

Zukunft Burgheim, Zukunft Erdgas

„In den 17 Jahren, die ich Bürgermeister bin, war es immer mein Bestreben, Erdgas nach Burgheim zu holen. Neben der Städtebauförderung und neuen Wohn- und Gewerbegebieten war das für mich eines der wichtigsten Projekte. Ich bin glücklich, dass das geklappt hat“, so der Bürgermeister.

Versorgungsnetz über Nacht

Kaufmann sieht Erdgas als Zukunftsprojekt: „Wenn man in die Zukunft schaut, können wir uns glücklich schätzen. Wir haben hier, quasi über Nacht, ein Versorgungsnetz bekommen. Diese können wir heute für Erdgas, später

vielleicht auch zum Transport anderer Energieträger nutzen, zum Beispiel für Bio-Erdgas.“

Erdgas-Zeitalter erst 2010 begonnen

Im November 2010, fand die offizielle Inbetriebnahme der Erdgasversorgung der Marktgemeinde Burgheim statt. Die symbolische Flamme wurde entzündet, Dutzende Luftballons starteten zum Weitflugwettbewerb in die Dunkelheit. Bis heute wurden rund 11 Kilometer Leitungen mit 129 Erdgasanschlüssen im Ort verlegt.

Historie

Bereits 1976/77 hatte sich Burgheim erstmals für den Anschluss ans Erdgas-Netz engagiert. Die Gemeinde war eine der ersten, die während der Großoffensive zur Erschließung von Nordschwaben mit Erdgas Interesse anmeldete. 2005 wurde der Ortsteil Straß ans Erdgasnetz angeschlossen. Die Versorgung erfolgte über das Ortsnetz Sinning.

Seitdem gab es mehrere Anläufe, auch die Marktgemeinde Burgheim über eine vier Kilometer lange Zuleitung von Rain aus zu versorgen. Doch erst die Netzerweiterung Nordschwaben 2009 von erdgas schwaben brachte den Durchbruch. 2009 wurde die Kerngemeinde Burgheim angeschlossen.



Bio-Erdgasanlagen legen schon heute den Grundstein für die sichere Energieversorgung von morgen.

Dezentral und grün

Öffentliche Einrichtungen und private Haushalte nutzen die Leistungen der erdgas schwaben gmbh, die das komplette Spektrum der Energieversorgung abdecken - Erdgas und Bio-Erdgas, Strom und Bio-Strom. Derzeit sind 185 Städte und Gemeinden an gut 6.000 km Rohrleitungen angeschlossen.

Erdgas kann heute viel mehr als Heizen und ist als Partner der erneuerbaren Energien so aktuell wie nie zuvor. Es ist

langfristig verfügbar und kann mit allen regenerativen Energien, wie Solar- oder Windenergie, flexibel kombiniert werden.

Wie sieht die Energie von morgen aus und wie wird sie effizient genutzt? Beispielsweise indem der Verbraucher Strom und Wärme dezentral erzeugt, selber, unabhängig, zuhause. Effizienter geht es derzeit nicht.

Ein Blockheizkraftwerk, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, macht Konsumenten zu Produzenten. Es ermöglicht eine dezentrale Erzeugung von Strom und Wärme – immer genau da, wo die Energie auch gebraucht wird.

Das funktioniert im Eigenheim genau wie im Gewerbebetrieb ganz einfach und maximal effizient nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung: Ein Motor betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas erzeugt Strom, dabei wird die Abwärme des Motors für Heizung und Warmwasser genutzt. Wird mehr Strom erzeugt als verbraucht, wird er ins öffentliche Netz eingespeist und vergütet.

Schwabenkraftwerk

Für eine regionale nachhaltige Energieerzeugung und -versorgung erprobt erdgas schwaben derzeit die Vernetzung zahlreicher kleiner BHKW zu einem „virtuellen Kraftwerk“. Mit diesem Projekt „Schwabenkraftwerk“ hat die Zukunft schon begonnen. Eine von erdgas schwaben in Auftrag gegebene Untersuchung ergab: Wäre in jedem dritten Haus in Bayern ein BHKW installiert, könnte eine Stromleistung bereitgestellt werden, die drei Isar-1-Reaktoren ersetzt.

Der Wunsch nach sauberer Energie ist vorhanden und erdgas schwaben investiert bereits seit Jahren gezielt in den Ausbau erneuerbarer Energien. In vier regionalen Anlagen wird aus heimischen Roh- oder Reststoffen 100 % umweltschonendes Bio-Erdgas für Bayerisch-Schwaben produziert. Bio-Erdgas ist CO₂-neutral und kann Erdgas 1:1 ersetzen. Ideal, weil besonders umweltschonend, ist die Kombi BHKW und Bio-Erdgas.

Info auch unter www.erdgas-schwaben.de

Energie Südbayern:

Günstige Fördermittelrecherche

Die Energie Südbayern GmbH recherchiert ab sofort Fördermöglichkeiten für Kunden. Das günstige Beratungsangebot lohnt sich, denn erfahrungsgemäß bleiben die zahlreichen Fördergeld-Angebote der öffentlichen Hand oftmals ungenutzt.

Energiesparen wird in Deutschland belohnt: Über 1,5 Milliarden Euro verteilt auf mehr als 6.000 bundesweite und regionale Förderprogramme stehen für Privat- und Geschäftskunden sowie für Kommunen jedes Jahr zur Verfügung. Dennoch werden viele Modernisierungs- und Bauvorhaben nicht realisiert, vorhandene Förderpöfle werden nicht ausgeschöpft.

„Das hat vor allem damit zu tun, dass die Fördermöglichkeiten für die Kunden größtenteils nicht sonderlich transparent sind. Viele Investitionen rechnen sich jedoch in der Regel schon nach wenigen Jahren“, resümiert Jürgen Hitz, Hauptabteilungsleiter Handel/Vertrieb der Energie Südbayern GmbH, die Situation. Hier setzt das neue Angebot von Energie Südbayern an.

Für die Fördermittelberatung wurde eigens ein neues Online-Portal entwickelt. Wenn ein Kunde sein Vorhaben – zum Beispiel eine neue Heizungsanlage, neue Fenster oder eine Dämmung – geplant und einen Kostenvoranschlag vom Fachhandwerker erhalten hat, schickt er diesen zusammen mit einer Checkliste an Energie Südbayern. „Tagesaktuell wird nun für das geplante Moder-

nisierungs- oder Bauvorhaben das bestmögliche Förderpaket recherchiert. Im Anschluss erhält der Kunde bereits vorbereitete Unterlagen und Förderanträge, die er nur noch unterschreiben und versenden muss“, erläutert Jürgen Hitz das Verfahren, „außerdem werden bei Bedarf Empfehlungen abgegeben, wie Baumaßnahmen bezuschusst werden können oder sich durch weitere Optimierungen eine noch höhere Förderung erzielen lässt.“ Ist die Fördermaßnahme beantragt, kann der Bauherr seinen Dienstleister mit der Ausführung beauftragen.

Mit diesen Leistungen baut das regional verwurzelte Unternehmen sein Angebot an zeitgemäßen und kundenfreundlichen Dienstleistungen im Bereich Energieeffizienz weiter aus. Das vorhandene energiewirtschaftliche und technische Wissen wird auf diese Weise für den Kunden gewinnbringend eingesetzt und ermöglicht einen an der hohen Nachfrage orientierten Ausbau des Service-Portfolios. Die Broschüre „Fördermittel: Mehr Geld für Modernisierer und Bauherren“ kann unter foerdermittel@esb.de angefragt werden. Mehr Informationen hierzu finden sich auch im Internet unter: www.esb.plusfoerdermittel.de

Vorteile einer Umrüstung öffentlicher Straßenleuchten auf LED

WiRE Umwelttechnik beim Umweltforum der Deutschen Umweltstiftung

Großes Interesse fand das 1. Umweltforum der Regionalgruppe Süd des Wirtschaftsrats der Deutschen Umweltstiftung in München. Der stellvertretende Vorsitzende und Geschäftsführer der Stiftung, Erich Weber, konnte bei Gastgeber Tesla München neben zwei weiteren Referenten auch Martin Reh, Geschäftsführer der WiRE Umwelttechnik, Oberhaching, begrüßen.

Als erfahrener Spezialist für LED Straßenbeleuchtung stellte Martin Reh in seinem Vortrag „Vorteile einer energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung anhand eines best practise Beispiels“ die finanziellen und ökologischen Vorteile einer Umrüstung von öffentlichen Straßenleuchten auf LED vor.

„Auch wenn sich die Umstellung in den Kommunen aufgrund von „Testeritis“ und „Aufschieberitis“ zurzeit noch als zäh erweist“, so Martin Reh, „ist doch damit zu rechnen, dass hier bald ein steigernder Erkenntnisprozess in Richtung Wechsel einsetzt.“

Anhand von praktischen Beispielen machte der Straßenlicht-Profi klar, dass LED-Straßenleuchten nach dem Einschalten nicht nur die volle Helligkeit bieten, sondern bis zu 80 Prozent weniger Energie verbrauchen. Dies verhilft den von WiRE Umwelttechnik umgerüsteten Gemeinden schon heute zu einer Kostenredu-

zierung ihrer Straßenbeleuchtung von ebenfalls bis zu 80 Prozent. Martin Reh: „Ohne schädliche Blei- und Quecksilberbelastung und ohne ultraviolette und Infrarotstrahlung sind LEDs im Vergleich zu herkömmlichen Straßenleuchten damit schlichtweg die Umweltschoner Nummer eins.“

Ein besonderes Augenmerk richtete der WiRE Geschäftsführer auf die gemeinsame mit dem Partner Lunato vertriebene nahezu konkurrenzlose intelligente Straßenlichtsteuerung HeLEDios. Mit ihr können Gemeinden einzelne Leuchten oder ganze Straßenzüge per Computer zu individuell festgelegten Zeiten an- und ausschalten und in ihrer Lichtintensität dimmen, was gerade in verkehrsarmen Zeiten oder reinen Wohnergebieten durchaus sinnvoll ist. Alles mit einer einfachen Steuerung über das bereits vorhandene Netz, ohne zusätzlichen Aufwand.

Rüdiger Lehmann

Neue Broschüre des Landkreises Mühldorf a. Inn:

„Energetisches Bauen und Sanieren“

Bereits zum dritten Mal gibt der Landkreis Mühldorf a. Inn in Zusammenarbeit mit dem mediaprint infoverlag die Broschüre „Energetisches Bauen und Sanieren“ heraus. Die Publikation richtet sich an alle Bau- und Sanierungswilligen, denen der effektive Einsatz von Energie verbunden mit Umweltfreundlichkeit am Herzen liegt. Konkrete Beispiele aus dem Landkreis runden die Publikation ab.

Im Vorwort der Broschüre erklärt Landrat Georg Huber: „Egal, ob beim Neubau oder bei bestehenden Gebäuden: Jeder kann etwas zur Energieeffizienz beitragen und dabei auch noch Geld sparen. Informieren Sie sich über Baubiologie und über das Heizen mit innovativer Technik. Wie Sie die Sonnenkraft zur Wärme- und Stromgewinnung nutzen können, erfahren Sie ebenfalls in dieser Broschüre.“

Die Broschüre liegt ab sofort kostenlos im Landratsamt und in den Rathäusern der Städte, Märkte und Gemeinden des Landkreises aus.

Der stärkste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen –
unser Mix macht's möglich

**erdgas
schwaben**

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Bayerngas bereitet Bestätigungsbohrung vor

Energieversorger legt Begleitgremium zur Erdgassuche in der Lizenz Reudnitz aktuelle Pläne vor

Die Bayerngas GmbH hat das vom Beeskower Bürgermeister Frank Steffen initiierte Begleitgremium zum Vorhaben Erdgassuche in der Lizenz Reudnitz über die Wahl des Standortes für die Anfang 2014 geplante Bestätigungsbohrung informiert. Ziel der Nachweisbohrung ist die weitere Erkundung der Erdgaslagerstätte Reudnitz. Die Mitglieder des Begleitausschusses repräsentieren die regionale Wasserwirtschaft, die Untere Naturschutzbehörde und die Kommunalpolitik.

Bei der dritten Sitzung des Begleitgremiums legten die Vertreter des kommunalen Unternehmens ihre aktuellen Pläne vor: Der Bohrplatz befindet sich in einem landwirtschaftlich genutzten Areal ca. drei Kilometer östlich von Beeskow im Gemeindegebiet Schneeberg.

Die Bayerngas GmbH erklärte, dass sie dem Wunsch des Grundstückseigners entsprochen habe, vertraglich zu bestätigen, dass es sich beim geologischen Zielhorizont um eine klassische, konventionelle Erdgaslagerstätte handelt. Bei der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens im Juli hatte der Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, Günter Bauer, nochmals deutlich gemacht, dass sich das Unternehmen nicht an der Förderung aus unkonventionellen Erdgaslagerstätten, wie sie in den USA erschlossen werden, beteiligt.

Der ausgewählte Bohrstandort in der Lizenz Reudnitz bietet für das Unternehmen mehrere Vorteile:

le: Zum einen ist die Fläche weit weg von Naturschutzgebieten und Bebauungen, zum anderen kann die Zufahrt über bestehende und befestigte Wege unter Umgehung von Wohngebieten erfolgen.

Zeitlicher Rahmen

Zu den ersten Arbeiten im Zusammenhang mit der Bestätigungsbohrung gehört die Aufnahme der ökologischen Gegebenheiten des Bohrplatzes. Der eigentliche Bohrplatzbau soll im vierten Quartal 2013 erfolgen. Die Zeitspanne für die Vorbereitung und Durchführung der Bohrung beträgt ca. vier bis sechs Monate. Davon sind ungefähr acht Wochen für das Bohren und Testen eingeplant. Ausschließlich in der Bohr- und Testphase wird der Bohrturm zu sehen sein. Ob die Bestätigungsbohrung auch als spätere Produktionsbohrung genutzt wird, ist nach Aussage der Bayerngas GmbH noch offen.

Sämtliche Planungsarbeiten und operativen Arbeiten im Zusammenhang mit der Erkundung und der Erschließung der Erdgaslagerstätte werden im Auftrag der Bayerngas GmbH durch ein umwelttechnisches Fachbüro ökologisch begleitet. Die Bayerngas GmbH weist darauf hin, dass alle in Anspruch genommenen Flächen im Untersuchungsgebiet nach Beendigung der Erkundungs- und Förderaktivitäten renaturiert werden und wieder ihrem ursprünglichen Nutzungszweck zur Verfügung stehen. Als Beispiel hierfür kann die Bohrung Reudnitz aus dem Jahr 1989 angeführt werden, deren Standort heute wieder landwirtschaftlich genutzt wird.

Das kommunale Unternehmen beabsichtigt, im Falle einer Erschließung der Gaslagerstätte viel Geld in der Region zu investieren. Deshalb sind umfangreiche geologische Vorerkundungen der Erdgaslagerstätte zur Absicherung der Investitionsentscheidung erforderlich. Die im Februar/März 2013 durchgeführten seismischen Messungen, die auf große Akzeptanz bei Grundstückseigentümern und -pächtern trafen, sind ebenso Teil dieser Vorerkundungen wie die Ergebnisse der für Anfang 2014 geplanten Bestätigungsbohrung. □

Energiewende per Mausklick erleben

Neues kostenloses Online-Spiel zur Energiewende gestartet

Moderne Elemente der Umweltbildung machen die Energiewende interaktiv erlebbar. Das Bayerische Umweltministerium hat jetzt das neue, kostenlose Online-Strategiespiel „Ich schaffe die Energiewende“ gestartet.

Der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber betonte: „Das Spiel ist der virtuelle Aufbruch in ein neues Energiezeitalter. Jeder kann mitmachen und am Bildschirm zeigen, wie der Umstieg auf Ökoenergien gelingt. Um hohe Punktzahlen zu erreichen, muss die Stromversorgung nachhaltig sein: also sicher, bezahlbar und umweltverträglich. Die Energiewende ist ein spannendes Projekt - das Spiel zeigt, wie man mit

Geschick und der richtigen Strategie erfolgreich ist.“

Fiktives Szenario

Ziel des Spiels ist es, in einem fiktiven Szenario die Umstellung der Energieversorgung auf Ökoenergien mit allen damit verbundenen Auswirkungen zu simulieren. Dabei gilt es, eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten, indem man zum

Beispiel den Stromverbrauch reduziert, neue Kraftwerke für erneuerbare Energieträger errichtet und geschickt in Forschung und Informationskampagnen investiert. Auch die Finanzierung der Maßnahmen muss im Blick behalten werden.

Begleitendes Portal

Das Energiespiel Bayern ist ein vielschichtiges Browser-Spiel im Stil der populären Siedlungsspiele. Es kann auf allen handelsüblichen PCs und Laptops gespielt werden. Dabei steht ein begleitendes Portal im Internet zur Verfügung, das altersgerecht aufbereitete Informationen zur Energiewende bereit hält. Durch die Gestaltung des Spiels und die begleitenden pädagogisch wertvollen Informationen ist das Spiel gerade auch für den Einsatz in Bildungseinrichtungen gut geeignet.

Jugend im Visier

Huber: „Mit dem Energiespiel wollen wir gezielt Jugendliche ansprechen und ihnen die Herausforderungen der Energiewende per Mausklick näher bringen. Je mehr man über die Energiewende lernt, desto eher lässt man sich im richtigen Leben davon begeistern.“ Der Freistaat Bayern investiert jährlich 3,2 Millionen Euro in die Umweltbildung. „Umweltbildungsprojekte zeigen anschaulich, was jeder Einzelne als Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten kann. Mit innovativen Ideen werden auf diesem Weg jährlich 600.000 Menschen aller Altersstufen erreicht“, sagte Huber.

Systemanforderungen: Internet-Browser (z.B. Microsoft Internet Explorer oder Mozilla Firefox) mit aktuellem Adobe Flash Player.

Mehr Informationen unter: www.energiespiel.bayern.de und <http://www.stmug.bayern.de/kinderseiten/index.htm>. □

Pumpspeicherwerk Jochberg:

Stadtwerkebündnis fordert klare Signale aus der Politik

Die Projektteilnehmer der Energieallianz Bayern haben auf ihrer Versammlung in Hallbergmoos beschlossen, die Planungsarbeiten zum Pumpspeicherwerk Jochberg zu intensivieren, sobald wesentliche Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

Um die derzeit ruhenden Vorbereitungen für das Raumordnungsverfahren wieder aufzunehmen, ist neben der noch nicht abgeschlossenen Sicherung der erforderlichen Flächen vor allem ein klares Bekenntnis der Landes- und Bundespolitik zur Energiewende und den damit verbundenen Eingriffen in das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger erforderlich. Insbesondere soll die Bewertung der Pumpspeicherstudie der bayerischen Staatsregierung abgewartet werden. Sich daraus ergebende alternative Standorte im Umfeld des Walchensees und ggf. darüber hinaus können so in die weitere Projektplanung einbezogen werden.

Ein energiewirtschaftliches Gesamtkonzept und zumindest Grundzüge des zukünftigen Energiemarktdesigns würden den Projektpartner die notwendige Sicherheit geben, um in größerem Um-

fang Investitionen in die Planung zu tätigen. Bis dahin wird auch der finanzielle Rahmen des Projekts nicht aufgestockt.

Die Projektteilnehmer sind weiterhin der Überzeugung, dass spätestens Mitte der zwanziger Jahre ein großer Bedarf an Speicherkapazitäten in Deutschland bestehen wird, dass Pumpspeicherwerke hierfür die beste Technologie bieten und dass der Standort am Jochberg die erste Priorität darstellt. Daher wird noch in diesem Jahr die Pumpspeicherwerk Oberbayern GmbH als Projektgesellschaft gegründet.

Auch wenn derzeit keine konkreten Projektergebnisse erarbeitet werden, wird der derzeitige Projektträger, die Energieallianz Bayern, den Dialog mit den betroffenen Gemeinden und ihren Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen. Für den 23. Oktober 2013 ist eine weitere Bürgerinformation vor Ort geplant. □



Die Energiewende ist bei uns in guten Händen.

Als Partner der erneuerbaren Energien ist Erdgas fester Bestandteil der Energiewende 2.0. Um die Voraussetzungen für eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energieversorgung der Zukunft zu schaffen, übernimmt die Bayerngas heute schon Verantwortung für ihre Kunden und Gesellschafter auf allen Stufen der Wertschöpfung.



bayerngas

www.bayerngas.de

Kompakte Strommasten für schmale Leitungstrassen:

Eine umweltfreundliche Alternative

Der neue Netzentwicklungsplan zum Netzausbau in Deutschland ist beschlossene Sache. Die Zahlen und vor allem die zu überquerenden Kilometer liegen damit vor. Jetzt sind die Betreiber gefordert, in einer polarisierenden Diskussion Lösungen zu finden.

Diskutiert werden aktuell vor allem die klassischen Hochleitungstrassen, die von unterirdischen Erdkabeln abgelöst werden sollen. Beide Varianten bieten Vor- und Nachteile, die von den Betroffenen mit Bedacht abgewägt werden müssen. Jedoch scheint eine Annäherung der Parteien und damit eine Einigung zwischen Betreiber und Bürger nicht in Sicht. Eine konstruktive Alternative und im Resultat ein zufriedenstellendes Ergebnis für beide Parteien wurde vor Kurzem in Neumarkt in der Oberpfalz entwickelt und vorgestellt: der umweltfreundliche und dennoch leistungsstarke Kompaktmasten.

Geschlossene Bauform

Besonderer Vorteil dieser Kompaktmasten ist die geschlossene und schlanke Bauform, die eine äußerst platzsparende Anordnung der Leitungen ermöglicht. Erstmals ist man in der Lage, durch die moderne Technik bei gleicher Leistung, eine weitaus geringere Masthöhe und -breite zu garantieren. So benötigt ein Kompaktmast rund 95 % weniger Platz am Boden als ein konventioneller Gittermast.

Quintessenz ist, dass durch die schlanke Silhouette das Landschaftsbild weniger belastet und die für die Leitung benötigte

Schneise um bis zu 50 % verkleinert wird. Eine Umweltstudie belegt, dass dieser Schonungsgrad bei konventionellen Freileitungen bisher unerreicht blieb.

Die Betroffenen leiden jedoch nicht nur unter den optischen Einbußen gewaltiger Stromautobahnen. Deshalb legten die Wissenschaftler ein besonderes Augenmerk darauf, das elektromagnetische Feld möglichst gering zu halten und damit den aktuellen Stand der Technik wiederzugeben.

Schutz der Tierwelt

Aber auch die Umwelt muss bei der Planung des Netzausbaus in Betracht gezogen werden. Deshalb wurde der Vogelschutz mit anerkannten wissenschaftlichen Methoden optimal berücksichtigt, so dass ein Schutz der Tierwelt garantiert werden kann.

Die Kompaktmasten haben nicht zuletzt Vorteile bei der Durchquerung von Waldgebieten und bei landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Waldschneisen können begrenzt und die Felder ohne große Einschränkungen bestellt werden. Bei der Schutzgüterabwägung schneidet der Kompaktmast deshalb überdurchschnittlich ab. Im Zuge der aufgeführten Punkte wurde der Kompaktmast selbst auf seinen ökologischen Footprint hin analysiert.

Hier belegt die Studie eine deutlich besser Ökobilanz als bei herkömmlichen Masten und gestaltet sich damit als zukunftsweisende Alternative zu den bisher diskutierten Lösungsansätzen.

Man könnte denken, dass durch die umweltschonende Bauweise die Wirtschaftlichkeit der Masten leidet. Allerdings bedingen eine

Deutscher Energiekongress in München:

Energiewirtschaft im Wandel

Beim Deutschen Energiekongress in München, veranstaltet von Süddeutscher Verlag Veranstaltungen GmbH, diskutierten Experten aus Politik und Wirtschaft über aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen in der Energiewirtschaft.

Bundesumweltminister Peter Altmaier sprach über die Zukunft der Energiewende, der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, referierte über die Voraussetzungen für eine sichere Stromversorgung der Zukunft. Zudem waren u. a. Hildegard Müller (BDEW), Andreas Mundt (Bundeskartellamt) und Michael Feist (Stadtwerke Hannover AG) ebenso von der Partie wie Dr. Ingo Luge (E.ON Deutschland), Thorsten Herdan (VDMA), Dr. Joachim Rauhut (Wacker-Chemie AG), Ewald Woste (Thüga AG) und die energiepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen.

Die Energiewende muss volkswirtschaftlich finanzierbar und bezahlbar sein. Diese These ist so einfach wie richtig“, konstatierte Bundesumweltminister Peter Alt-

maier. Deshalb sei eine zügige Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nötig, die man allerdings nicht angehen könne ohne eine Reform des Strommarktdesigns.

Das Grundproblem besteht laut Altmaier darin, „dass die Gaskraftwerke in die strategische Reserve oder als Regelkraftwerk in den Kapazitätsmarkt gehen und die abgeschriebenen und wenig effizienten CO₂-intensiven, älteren Kraftwerke immer mehr zu Grundlastkraftwerken werden“. Umweltpolitisch sei dies eine problematische Entwicklung. Deshalb müsse man sich auch darüber unterhalten, „ob und wie man ein Strommarktdesign hinbekommen kann, das dazu führt, dass diese älteren, nicht so umweltfreundlichen Kraftwerke verstärkt in die strategische Reserve gehen und dass die Gaskraftwerke und die regelbaren Kohlekraft- und Braunkohlekraftwerke verstärkt für die residuale Grundlast eingesetzt werden, soweit es diese in Zukunft noch gibt“.

Mehr Informationen unter: www.europoles.de

Paradigmenwechsel

„Wir werden am Ende nur eine bezahlbare Energiewende hinbekommen, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien untereinander über die Grenzen von Bundesländern hinweg abgestimmt ist auf den Ausbau der Netze, wenn er abgestimmt ist mit der notwendigen Regenergie aus konventionellen Kraftwerken, die wir noch viele Jahrzehnte brauchen werden“, fuhr der Minister fort. Damit gehe ein Paradigmenwechsel einher.

Auch der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, und der Vorstand der Leipziger Strombörse EEX, Peter Reitz, mahnten rasche EEG-Reformen sowie eine rasche Klärung des künftigen Strommarktdesigns an. „Keines der bisher vorgelegten Modelle löst das Problem bisher wirklich“, betonte Homann. Dabei müsse auch eine sinnvolle Mengensteuerung des Stroms diskutiert werden.

Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft sowie Thorsten Herdan, Geschäftsführer der VDMA Power Systems, kündigten konkrete Vorschläge zu Marktdesign und EEG-Reform an. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) müsse schnellstmöglich reformiert werden, um den weitgehend ungesteuerten Zubau von Stromerzeugungsanlagen mit dem Netzausbau zu synchronisieren und die Kostenbelastung zu minimieren, so die gemeinsame Forderung.

Der Energiemarkt bedürfe zudem einer Reform, die der unverzichtbaren Rolle der steuerbaren Kraftwerke für die Versorgungssicherheit im zukünftigen Energiesystem Rechnung trägt. Insbesondere die Offshore-Windenergie könne zudem einen wichtigen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten. **DK**

Günzburg und Lechwerke:

Gemeinsame Stromnetzgesellschaft

Die Stadt und die Stadtwerke Günzburg sowie die Lechwerke AG (LEW) verlängern ihre langjährige Strompartnerschaft und gehen gemeinsam neue Wege: Der Stadtrat Günzburg hatte im November 2012 beschlossen, den Konzessionsvertrag über 20 Jahre an ein gemeinsames Unternehmen der Stadtwerke Günzburg KU und der Lechwerke AG zu vergeben. Dazu haben die beiden Partner die Stromnetzgesellschaft „Stromnetz Günzburg GmbH & Co. KG“ (SNG) gegründet.

Oberbürgermeister Gerhard Jauernig sagte: „Die Gründung der gemeinsamen Netzgesellschaft ist ein wichtiger Schritt für die Stadt Günzburg. Durch die Kooperation können die kommunalen Belange beim Thema Stromnetze zukünftig noch stärker berücksichtigt werden. Zugleich haben wir mit den Lechwerken weiterhin einen verlässlichen Partner an unserer Seite.“

„Seit über 110 Jahren sind wir in der Region als Energieversorger und Netzbetreiber tätig. Wir freuen uns, dass die Stadt Günzburg unserer langjährigen Erfahrung und Kompetenz im Netzbetrieb auch weiterhin vertraut. Für die Netzkunden bleibt damit das hohe Versorgungsniveau erhalten“, sagte Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied von LEW.

Das Modell für die gemeinsame Stromnetzgesellschaft sieht vor, dass die Stromnetz Günzburg GmbH & Co. KG das Mittelspannungs-, Niederspannungs- und Straßenbeleuchtungsnetz in Günzburg von der Lechwerke AG kauft. Der Netzbetrieb wird auch künftig von der LEW Verteilnetz

GmbH (LVN) durchgeführt. Für die rund 10.800 Netzkunden in der Stadt Günzburg ist somit auch in Zukunft eine sichere Stromversorgung garantiert.

An der Stromnetzgesellschaft sind die Stadtwerke Günzburg KU mit 51 Prozent beteiligt. LEW hält die verbleibenden 49 Prozent der Anteile. Die Geschäftsleitung für die Stromnetz Günzburg GmbH & Co. KG übernehmen Lothar Böck, Stadtwerke Günzburg KU, und Thomas Miller, LEW Verteilnetz GmbH.

Bereits seit 1910 besteht die Netzpartnerschaft der Lechwerke mit der Stadt Günzburg. Über das Stromnetz in Günzburg werden jährlich rund 151 Millionen Kilowattstunden verteilt. Der Konzessionsvertrag wird von der Stadt Günzburg an die neu gegründete Stromnetzgesellschaft vergeben und erlaubt dieser, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Für die Kunden ändert sich durch die neue Netzgesellschaft nichts. Sie werden weiterhin von ihren bisherigen Stromlieferanten versorgt. **□**



Freuen sich über die Verlängerung ihrer langjährigen Strompartnerschaft: Thomas Miller, LEW Verteilnetz GmbH, Dr. Markus Litpher, LEW-Vorstandsmitglied, Johann Stelze, Vorstand der Stadtwerke Günzburg, Oberbürgermeister Gerhard Jauernig und Lothar Böck, Stadtwerke Günzburg KU (v. l.). Bild: LEW/Bleier

Nachwachsende Rohstoffe :

Anbaufläche liegt knapp unter Vorjahresniveau

Nach Erhebungen der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) liegt die Anbaufläche nachwachsender Rohstoffe in Deutschland im Jahr 2013 bei 2,4 Millionen Hektar und damit knapp unter Vorjahresniveau. Die mit Abstand wichtigste Nutzungsrichtung ist der Anbau von Energiepflanzen mit einem Anteil von 88 % der Fläche (2,1 Millionen Hektar). Pflanzen zur stofflichen Nutzung werden auf den verbleibenden 12 % (knapp 0,3 Millionen Hektar) angebaut. Insgesamt wachsen nachwachsende Rohstoffe auf einem Fünftel der deutschen Ackerfläche.

Energieträger aus der heimischen Land- und Forstwirtschaft stellen den weitaus größten Anteil erneuerbarer Energien. Neben dem Holz bleibt der Raps die wichtigste Rohstoff-Pflanze, die in diesem Jahr auf 871.500 Hektar wuchs. 746.500 Hektar entfallen auf die Erzeugung von Biokraftstoffen, im Wesentlichen auf Biodiesel.

Im Vergleich zum Vorjahr ging die Fläche um 5 % zurück, was der Stagnation im Biodieselverbrauch, einem verstärkten Einsatz anderer Rohstoffe (Sojaöl, Altschrotte aus der Lebensmittelindustrie) und Importen geschuldet ist. 125.000 Hektar der wichtigsten heimischen Ölpflanze dienen der Produktion von Bioschmierstoffen und verschiedenen chemischen Zwischen- und Vorprodukten.

Mais zur Herstellung von Mais-

silage für Biogasanlagen wächst aktuell auf 832.000 Hektar und bleibt damit im Vorjahresvergleich nahezu konstant. Silomais macht knapp drei Viertel der zur Biogasproduktion eingesetzten Pflanzen aus. Das verbleibende Viertel verteilt sich zu nahezu gleichen Anteilen auf Getreideganzpflanzen und auf die Produktion von Grassilage. Kleine Flächenanteile entfallen auf „neue“ Energiepflanzen wie die Durchwachsene Silphie.

Der Anbau von Energiepflanzen sowohl für die Biokraftstoffe als auch für Biogas hat nach den Steigerungsraten in den letzten Jahren ein Plateau erreicht. Die Nutzung von Festbrennstoffen von landwirtschaftlichen Nutzflächen entwickelt sich bislang nur sehr zögerlich. **□**



e21.klimakongress süd
vom 19. bis 20. November 2013 in Ulm

SCHWERPUNKTE

- Strom- und Wärmeversorgung
- Intelligente Netztechnik
- Gebäudeeffizienz



Eröffnungsrede:
Thomas Bareiß,
MdB des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen, Energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Energiewende ist in den Kommunen angekommen.

Klimaschutzpläne wurden lanciert, der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert und Fördermaßnahmen initiiert. Diese Entwicklungen gehen mit vielen Herausforderungen einher, für die der e21.klimakongress süd eine exklusive Diskussionsplattform bietet. Jede Region zeigt hierbei besondere politische, geowissenschaftliche und demographische Charakteristika.

Die Veranstaltung richtet sich an energiewirtschaftliche Akteure aus den Kommunen und insbesondere auch an öffentliche Vertreter.

VERANSTALTER

agentur
con|energy

PARTNER

nymoen | strategieberatung
kon|energy group

MEDIENPARTNER

e21 .info

DER NEUE
KÄMMERER
Zeitung für öffentliches Haushalts-
budgeting, Personal- und
Praxismanagement

KOMMUNAL
topinform

Wilken

Kommunalwirtschaft

GemeindeZeitung

SONNE
WIND & WÄRME

N-ERGIE entwickelt und testet innovative Ladeinfrastruktur

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft hat zusammen mit BELECTRIC Drive eine innovative Ladesäule für den öffentlichen Raum entwickelt: Ein Webportal sorgt dafür, dass die Ladesäulen online bedient, beobachtet und gesteuert werden können. Zur Entwicklung der Ladesäule beigesteuert hat die N-ERGIE das Konzept der integrierten Hausanschlusstechnik mit Sicherungen und geeichtem Zähler.

Dadurch kann die Ladesäule im öffentlichen Raum direkt an das Verteilnetz angeschlossen werden. Die N-ERGIE testet die innovative Ladeinfrastruktur mit insgesamt 19 Ladepunkten seit Juli 2013 an ihren Nürnberger Standorten am Plärrer und in Sandreuth. Dabei kommen unterschiedliche Varianten zum Einsatz, angefangen bei der Ladung mit Schukostecker oder mit einem speziellen Schnellladestecker (Drehstrom) für Elektroautos, über den an den neuen Ladesäulen bis zu 22 Kilowatt (kW) Ladeleistung möglich ist. Erste Ergebnisse: Die Kommunikation zwischen Fahr-

zeug und Ladesäule sowie die Ladevorgänge funktionieren problemlos, die Installation der Ladesäule an das Netz kann schnell erfolgen.

Weiterer Kundenkontakt

„Wir freuen uns, mit BELECTRIC die Praxistauglichkeit eines innovativen Prototyps testen zu können und den richtigen Umgang damit kennenzulernen. Letztendlich ist eine Ladesäule für uns als Energieversorger ein weiterer Kundenkontakt“, so Rainer Kleedörfer, Leiter der Unternehmensentwicklung bei der N-ERGIE.

Die N-ERGIE investiert seit 2009 bereits in eine bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Bisher können Elektrofahrzeuge an acht Ladesäulen im Stadtgebiet Nürnberg mit Ökostrom geladen werden – bisher kostenlos. „Wir wollen Elektrofahrzeugen in Zukunft eine schnelle Beladung ermöglichen. Attraktive und vor allem mobile Zugangsmöglichkeiten z. B. über Smartphones sind da eine logische Konsequenz“, so Kleedörfer weiter. „Zudem können wir uns eine Erweiterung des Ladenetzes auch in den privaten Bereich wie Garagen vorstellen.“

Einjähriger Testlauf

Wo im öffentlichen Raum in Zukunft Ladesäulen benötigt werden und ob Elektrofahrzeuge herkömmliche Fahrzeuge in einem

Unternehmensfuhrpark ersetzen können, wird gerade im Rahmen des Projekts e-NUE des Schaufensters Bayern-Sachsen ELEKTROMOBILITÄT VERBUNDET in einem einjährigen Test untersucht. Dazu sind N-ERGIE Mitarbeiter mit fünf Audi A1 e-tron geschäftlich und privat unterwegs und testen die Kommunikationsfähigkeiten der Fahrzeuge sowie die Möglichkeiten von Elektromobilität im Alltag. Mit BELECTRIC Drive hat die N-ERGIE einen Partner zur Seite, der bisher insgesamt über 200 der intelligenten Ladepunkte europaweit installiert hat.

Starke Partner

„Elektromobilität bedeutet Infrastruktur und Fahrzeuge neu zu denken. Für BELECTRIC Drive sind starke Partner wie die N-ERGIE Vorreiter in Sachen E-Mobilität. Dank unserer Innovationsstärke und langjährigen Erfahrung im Bereich der intelligenten Ladeinfrastruktur sind wir in der Branche hervorragend aufgestellt. Der Durchbruch der Elektromobilität gelingt nur, wenn wir dem Kunden eine ähnliche Freiheit und Individualität bei der Nutzung erlauben, wie er dies bisher gewohnt ist. Hierbei ist neben dem Fahrzeug die Ladeinfrastruktur ein entscheidender Faktor“, sagt Sebastian Bachmann, Geschäftsführer BELECTRIC Drive.

BELECTRIC Drive ist ein Unternehmen der BELECTRIC Gruppe mit Sitz im Innopark Kitzingen. Ziel von BELECTRIC Drive ist es, Photovoltaik und Elektromobilität miteinander zu verknüpfen, um so umweltfreundliche Mobilität zu ermöglichen. BELECTRIC Drive entwickelt und produziert die hierfür benötigte Ladeinfrastruktur. □

Konkrete Leitprojekte im Landkreis Günzburg

Die Mitnahme der Bürger und eine Fülle von Daten rund um das Thema Energie, dazu die Ergebnisse aus mehreren Veranstaltungen bilden die Grundlage für die zukünftige Marschrichtung der Energiepolitik des Landkreises Günzburg.

Ende Juli haben das „Energie-Team“ und der „Energiebeirat“ des Landkreises konkrete Projekte und Maßnahmen diskutiert. Es gibt mit übergeordneten Aufgaben wie „Nachhaltig Bauen und Sanieren“, „Energieeffizienz“, „Erneuerbare Energien“ und „Mobilität“ große

Stromsparkampagne, die Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises zum Thema Energie und die Umstellung von herkömmlichen Fahrzeugen auf effizientere Bioerdgasfahrzeuge.

Ganz besondere Bedeutung messen die Mitglieder des Energieteams aber den Rahmenbedingungen für die Umsetzung zu. Hierzu gehören das Personal, das die Maßnahmen umsetzen muss, sowie ein Controlling mit der rückblickenden Wirkungskontrolle, der vorausschauenden Steuerung und dem Verständnis von Situationen und Prozessen, was man auch „Evaluation“ nennen kann. Dazu plant das Energieteam eine Informationsfahrt zum Landkreis Ravensburg, um sich über die Erfahrungen im Rahmen des energiepolitischen Qualitätsmanagementsystems „European-Energy-Award“ zu informieren. Die dort gewonnenen Erkenntnisse dienen der konkreten Umsetzung, denn „Das Klimaschutzkonzept soll kein Papiertiger werden“, so Landrat Hubert Hafner.

Die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen sieht auch der Sprecher des Energiepaktes, Winterbachs Bürgermeister Karl Oberschmid äußerst positiv: „Die Energiewende kann nur in den Kommunen umgesetzt werden. Dazu brauchen wir die Nähe zum Bürger. Wenn hier die Kommunen und der Landkreis an einem Strang ziehen, dann werden wir auch etwas bewegen.“ □



Karl Oberschmid. □

Themenfelder, auf denen der Landkreis Projekte zur Umsetzung bringen will.

Für jeden Themenbereich wurden eine strategische Ausrichtung und ganz konkrete Maßnahmen ausgewählt. So finden sich darin beispielsweise ein Generalsanierungsplan für Landkreisliegenschaften, Richtlinien zur nachhaltigen Beschaffung und der Energiepakt, bei dem es um die enge Zusammenarbeit des Landkreises mit den Kommunen geht. Außerdem gehören dazu eine landkreisweite

Biogasanlagen:

Gesicherte Leistung und bedarfsgerechte Stromeinspeisung

EEG 2012 bietet Chancen zum Neuanlagenbau

Freising. Bei der Umstellung der Stromversorgung auf Erneuerbare Energien (EE) werden zunehmend auch Systemdienstleistungen aus regenerativen Anlagen benötigt. Bislang übernehmen die Bereitstellung von Regelernergie und Blindstromkompensation beispielsweise Braunkohlekraftwerke. „Viele der rund 7.500 Biogasanlagen in Deutschland können in den nächsten Jahren auf die Erbringung von Systemdienstleistungen für die Stabilität des Stromnetzes ausgerichtet werden“, macht Horst Seide, Präsident des Fachverbandes Biogas, deutlich. Dies erfolgt vor allem durch eine Erhöhung der installierten elektrischen Leistung bei den einzelnen Anlagen.

„Mit einem zweiten Blockheizkraftwerk (BHKW) und einem Biogasspeicher können Biogasanlagen sogar positive Regelernergie anbieten oder den Strom nicht 24, sondern flexibel an acht Stunden des Tages ins Netz einspeisen“, erklärt Seide. Dies erfolge ohne eine Erhöhung des Bedarfs an Einsatzstoffen oder Fläche, da dieselbe Strommenge lediglich in kürzerer Zeit produziert und eingespeist werde. „Biogasanlagen bringen ihren Strom dann verstärkt ins Netz, wenn Wind und Sonne nicht liefern können. Biogas ist mit seiner Flexibilität ein Problemlöser in der Energiewende“, so der Verbandspräsident.

„Mit der Flexibilitätsprämie des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012 hat der Gesetzgeber einen wichtigen Impuls für die Flexibilisierung von Bestands- und neuen Biogasanlagen gesetzt“, erläutert Claus Rückert, Sprecher des Firmenbeirates im Fachverband Biogas.

„Die Unternehmen der Biogasbranche haben innerhalb kürzester Zeit, die technischen und logistischen Lösungen für Systemdienstleistungen und bedarfsgerechte Stromeinspeisung aus Biogas entwickelt“, beschreibt Rückert die Aufbruchstimmung in der Biogas-Unternehmenssicht. „Was wir brauchen, sind verlässliche Rahmenbedingungen und das klare politische Signal für Biogas als wichtiger erneuerbarer Systemdienstleister“, betont der Firmenbeiratssprecher. Dass dieses Signal bisher nicht deutlich genug ausgefallen ist, beweisen Mitarbeiterentlassungen und Insolvenzen namhafter Firmen in den vergangenen Wochen und Monaten.

Das EEG 2012 hat Fehlentwicklungen des Vorläufergesetzes korrigiert, nahezu alle Boni abgeschafft und Bedingungen hinsichtlich des Energiepflanzenaneinsatzes und der Wärmenutzung eingeführt. Gepaart mit hohen Agrarpreisen haben die neuen Rahmenbedingungen dazu geführt, dass der Biogasanlagenzubauplan 2012 im Vergleich zum Vorjahr um

70 Prozent zurückgegangen war.

Innovationskraft

Auf die neuen Herausforderungen hat sich die Biogasbranche mit Innovationskraft eingestellt. Nochmals gesteigerte Wirkungsgrade

Fernwärmeprojekt mit Überraschungen

Mennicke baut Leitungsnetz in München weiter aus

München ist im Moment die am schnellsten wachsende Stadt in Deutschland. Die Nachfrage nach neuem Wohnraum ist groß und damit auch der Bedarf am Ausbau einer effizienten und zugleich klimafreundlichen Energieversorgung. Die Mennicke Rohrbau GmbH ist aufgrund ihrer Expertise und fundierten Erfahrung auf dem Gebiet der Fernwärmetechnik seit Jahren fester Bestandteil dieses Ausbaus. Die Rohrleitungsbauspezialisten setzen bereits eine Vielzahl an Fernwärmeprojekten im Auftrag der Stadtwerke München (SWM) um. Das erste Projekt in diesem Jahr in der Ernsbergerstraße in München Pasing-Oberrnmenzing.

Die Baustelle am Ufer des Flüsschens Würm hielt für das Team der Mennicke Rohrbau GmbH gleich mehrere Herausforderungen bereit. Beim Ausheben des Rohrgrabens waren diesmal nicht nur Mennicke Mitarbeiter auf der Baustelle, sondern auch zwei Spezialisten ganz anderer Fachrichtungen.

Unerwartetes unter dem Asphalt

Eine Archäologin und ein Kampfmittelräumspezialist überwachten die Grabung, da im Baustellenbereich sowohl Relikte eines antiken Siedlungsgebietes als auch Blindgänger aus dem zweiten Weltkrieg vermutet wurden. „Unter dem Asphalt kamen letztlich zwar keine archäologischen Fundstücke oder Munition zum Vorschein“, berichtet Christian Nölz, Bauleiter bei Mennicke. „Dafür aber mehrere alte Gussleitungen und ein altes Großsteinpflaster, das unser Team unter viel Krafteinsatz von Hand aufbrechen und abtragen musste.“ Das an-

schließende Verlegen, Schweißen, Röntgen und Muffen der rund 250 Trassenmeter Kunststoffmantelrohrleitung DN 80 sowie die Verlegung von zwei neuen Hausanschlüssen gingen den Mennicke Mitarbeitern routiniert von der Hand, obwohl auch dieser Bauabschnitt unter besonderen Umständen stattfand.

„Da in der Ernsbergerstraße aktuell auch neue Wohnhäuser entstehen, war der Arbeitsbereich extrem beengt“, sagt Christian Nölz. Für den 25-Jährigen und sein Team bedeutete diese Koordination zwar mehr Aufwand, aber nicht weniger Effizienz. Mitte Mai, nach zwei Monaten Bauzeit, konnten die neuen Fernwärmeleitungen und Hausanschlüsse problemlos in Betrieb genommen werden. Parallel zu den Arbeiten in Pasing realisierte eine zweite Kolonne im Rahmen des Jahresvertrags mit den Stadtwerken mehrere Hausanschlüsse im gesamten Münchner Stadtgebiet. In der bevorstehenden Heizperiode wird Münchens Energieversorgung wieder ein Stück klimafreundlicher sein. □

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ► Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

Tiefengeothermie-Unternehmen:

Plädoyer für rechtliche Gleichstellung

Die rechtliche Gleichstellung mit allen anderen Energieformen fordert das Wirtschaftsforum Geothermie e.V., der Branchenverband der Tiefengeothermie-Unternehmen, mit seinem aktuellen Positionspapier. Außerdem sind Rechts- sowie Investitionsschutz für die konsequente Umsetzung der Energiewende nötig.

Bereits jetzt ist ein eklatanter Unterschied zwischen stromverbrauchenden und stromerzeugenden Gebieten in Deutschland vorzusehen. Während im Jahr 2030 im Norden viel Strom produziert wird, ist die Lage in Süddeutschland prekär: Trotz vieler energieintensiver Unternehmen wird hier wenig Strom erzeugt. Dieser Lücke wirkt die Tiefengeothermie als regionale, planbare und CO₂-freie Energieform entgegen. Damit sie ihr Potential entfalten kann, sind Reformmaßnahmen nötig, beispielsweise im Baugesetzbuch.

Positionspapier

Zwar sieht das Baugesetzbuch vor, dass Kraft- und Heizwerke im Außenbereich gebaut werden dürfen. Momentan gilt dies noch nicht für Strom- und Wärmeanlagen der Tiefengeothermie. In seinem aktuellen Positionspapier fordert das Wirtschaftsforum Geothermie e.V. (WFG) daher die Gleichstellung aller Energiearten.

„Schon im Februar diesen Jahres hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass ein Geothermie-Projekt auch im Außenbereich gebaut werden darf. Vor wenigen Tagen hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe in Brühl eine ähnliche Entscheidung getroffen. Der Bundestag muss nun diesen Urteilen mit einer Veränderung des Paragraph 35 Baugesetzbuch unverzüglich nachkommen und die Energien gleichbe-

handeln,“ betont Dr. Erwin Knappek, Vorsitzender des WFG. Dadurch erwartet die Tiefengeothermie schnellere Genehmigungsverfahren und deutlich kürzere Planungs- und Bauzeiten. Momentan liegen diese bei bis zu sieben Jahren.

Aufgrund dieser langen Laufzeiten ist es notwendig, Unternehmen möglichst frühzeitig Investitionsperspektiven zu bieten. „Allein in den vergangenen neun Jahren gab es drei Novellen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Das bedeutete für jeden Tiefengeothermie-Unternehmer laufende Änderungen des Geschäfts- und Finanzplans. Aus unserer Sicht ist das unnötiger Mehraufwand“, macht Knappek deutlich.

Sicherheiten bieten

Das WFG schlägt daher vor, Unternehmen zu einem früheren Zeitpunkt Sicherheiten zu bieten. Bevor Millionenbeträge in die Seismik, die Untergunderforschung durch Schallwellen, investiert werden, sollten Investoren sicher wissen, zu welchem Preis sie später Strom einspeisen können.

„Sobald das Bergamt die Genehmigung zur Seismik erteilt, sollten die Unternehmen sich die dann geltenden Vergütungssätze sichern dürfen“, äußert sich Knappek. Diese klaren Regeln fördern den Investitionsschutz und tragen dazu bei, dass die Tiefengeothermie als dezen-

trale und grundlastfähige Energieform eine größere Rolle bei der Strom- und Wärmeversorgung spielt. Übrigens nicht nur national, sondern auch international: neben Neuseeland sind auch Länder aus Südamerika, Afrika und Asien an der hochinnovativen deutschen Technologie interessiert.

Neuordnung der Märkte

Nicht bloß auf gesetzlicher Ebene besteht Handlungsbedarf, vielmehr auch die Märkte müssen neu geordnet werden, beispielsweise im Wärmebereich. „Das Thema erneuerbar erzeugte Wärme ist das Stiefkind der deutschen Energiewende. Hier wird die Bundesregierung ihre selbstgesetzten Ziele nicht erreichen,“ unterstreicht Knappek die Notwendigkeit neue Wege zu beschreiben. Eine Deregulierung des Wärmemarktes, verbunden mit einem Einspeisevorrang für erneuerbar erzeugte Wärme, schafft die Möglichkeit für mehr Wettbewerb. Gleichzeitig werden die Klimaschutzziele der Bundesregierung erfolgreich vorangetrieben.

Im Moment sind über 70 tiefengeothermische Anlagen in Deutschland in Betrieb, Bau oder Planung. Diese Projekte konzentrieren sich vorwiegend auf das Norddeutsche Becken, den Oberrhein und Südbayern. In diesen Regionen kann über 100 Grad Celsius heißes Wasser aus 3.000 bis 5.000 Metern Tiefe gefördert und für die CO₂-freie, bedarfsgerechte Wärme- oder Stromerzeugung genutzt werden. □



Bunte Lichteffekte erzeugten eine außergewöhnliche Atmosphäre. Bild: Kremp/Platschek

4. Geiselhöringer Lichternacht:

Leuchtende Innenstadt mit besonderem Flair

Ganz im Zeichen von Tanz, Rhythmus und Musik stand einmal mehr die Geiselhöringer Lichternacht. Lichtilluminationen machten die Auftritte für insgesamt 6.000 Besucher zu einem besonderen Erlebnis.

Jeder dieser Auftritte war auch heuer umfängen von den Lichtilluminationen am Stadtplatz, von den bunten Lichteffekten an den Häusern und Kirchen. Gebäude erstrahlten erneut in bunten Farben.

Musik und Feuershows

Für Rhythmus sorgten Stepp-Tanz, orientalischer Tanz, Hip Hop, Pole Dance und Bühnenshows sowie unter anderem ein Kung Fu-Auftritt. Live-Musik von Rock über Pop bis Jazz war in den Hinterhöfen zu hören. Gaukler und Zauberer zogen in bewährter Manier die Blicke ebenso auf sich wie artistische Einlagen, Clownerie und Feuershows.

Ein Höhepunkt der Geisel-

höringer Lichternacht war die Abseilaktion am Bürgerhaus von Bürgermeister Bernhard Kremp. Um den Drahtseilakt nicht alleine vorführen zu müssen, ließ sich der Leiter der Gäubodenbahn, Anton Stiebler, ebenfalls abseilen.

Oasen der Stille

Im Gegensatz dazu fanden die Besucher abends Oasen der Stille und Meditation, die mit Kerzenlicht eindrucksvoll untermalt wurden, wie beispielsweise in der geöffneten Pfarrkirche. In der Stadt- und Pfarrbücherei im Bürgerhaus organisierte das Bücherteam eine Büchernacht. Zudem bestand im Bürgerhaus Gelegenheit, die Bilderausstellung einer

Geiselhöringer Künstlerin zu besuchen.

Fruchtbares Miteinander

Der Stadtmarketingverein ließ nichts unversucht, auch im vierten Jahr einen einmaligen Event zu organisieren. Unterstützt vom städtischen Bauhof und den Sponsoren Sparkasse, Raiffeisenbank, Volksbank, Bayernwerk AG und Philipps Lichttechnik stellte das Team ein abwechslungsreiches Programm auf die Beine. Kräftig unterstützt wurden sie dabei auch von den Anwohnern, die ihre Eingänge und Fenster u. a. mit Kerzen, Windlichtern und Teelichtern beleuchteten.

„Dieses Miteinander hat zu einer wunderschönen Atmosphäre beigetragen“, waren sich Vorstand Bernhard Kremp und Hauptorganisatorin Christine Reitingen einig. **DK**

Traunreut:

Kaufvertrag für Kraftwerk bereits unterzeichnet

Die Geothermische Kraftwerksgesellschaft Traunreut mbH hat wenige Monate nach dem erfolgreichen Abschluss der Bohrarbeiten den Kaufvertrag für eine Kraftwerksanlage des Herstellers Turboden unterzeichnet. Voraussichtlich Mitte 2015 wird das Kraftwerk fertiggestellt sein. Es wird aus dem 118 Grad Celsius heißen Thermalwasser Strom für bis zu 10.000 Haushalte erzeugen.

Am 29. April 2013 wurden die Arbeiten für die zweite Bohrung in Traunreut erfolgreich abgeschlossen, am 20. Juni 2013 erfolgte der Baubeginn für das Fernwärme-Übergabebauwerk, und nun wurde der Kaufvertrag für das Kraftwerk unterzeichnet, das voraussichtlich ab Mitte 2015 Strom aus dem Traunreuter Thermalwasser erzeugen wird.

„Dieser straffe Zeitplan ist in der Tiefengeothermie-Branche noch eher ungewöhnlich. Dabei stehen einem solch effizienten Ablauf keinerlei technische Gründe entgegen“, erklärt Dipl.-Ing. Thorsten Weimann, MBA, Geschäftsführer der mit der Planerstellung für den Kraftwerksbau beauftragten gec-co Global Engineering & Consulting - Company GmbH in Augsburg. Der Auftrag zur Errichtung eines Kraftwerks wurde bereits ein Vierteljahr nach dem erfolgreichen Abschluss der Bohrarbeiten erteilt. Das Ziel der Geothermischen Kraftwerksgesellschaft Traunreut mbH (GKT) war es, möglichst früh mit potenziellen Kraftwerks-Partnern in Kontakt zu treten. „Die Tatsache, dass parallel zu den Bohrarbeiten be-

reits intensiv verhandelt wurde, ermöglicht nun einen zügigen Projektfortschritt“, freut sich Maximilian von Grundherr, kaufmännischer Geschäftsführer der GKT.

Hohe Vorgaben an die Hersteller

Mit ein Grund, sich für das Turboden-Kraftwerk zu entscheiden, war die umfangreiche Erfahrung des Unternehmens mit Thermalwasser aus der Bayerischen Molasse, ergänzt Thorsten Weimann: „Noch in diesem Jahr werden mindestens drei Turboden-Strom- und Heizkraftwerke in Bayern in Betrieb genommen.“ Maximilian von Grundherr betont: „Wichtig war uns beim Anbieter-Vergleich auch der Blick auf den Schallschutz. Da wir in Traunreut auf eine bestehende Bebauung Rücksicht nehmen, waren unsere Vorgaben an die Hersteller sehr hoch.“

Das Kraftwerk hat eine installierte Leistung von 4,1 Megawatt und erzeugt damit jährlich etwa 30.000 bis 35.000 Megawattstunden regenerativen Strom. Damit können bis zu 10.000 Haushalte versorgt wer-

den. Es arbeitet auf Basis der nach dem schottischen Ingenieur und Physiker William John Macquorn Rankine (1820 bis 1872) benannten „Organic-Rankine-Cycle“-Technik, kurz: ORC. Das bedeutet, dass der Wärmeaustausch im Kraftwerk mit Hilfe von organischen Flüssigkeiten erfolgt, den sogenannten „Arbeitsmitteln“. Diese „Arbeitsmittel“ sind in der Kälte- und Klimatechnik erprobt und treiben die Turbine an. Es besteht somit kein direkter Kontakt mit dem mineralhaltigen Thermalwasser. Dieses fließt abgekühlt in einem geschlossenen Rohrsystem zurück in das über 5.000 Meter tiefe Gestein, wo es sich erneut aufheizt.

Das Kraftwerks-Konsortium bilden die Turboden s.r.l. (Brescia), und die Th. Arens Anlagenbau GmbH (Twist). Turboden agiert als Konsortialführer. Th. Arens Anlagenbau GmbH ist in Traunreut bestens bekannt – das Unternehmen erstellt momentan im Auftrag der GKT den Thermalwasserkreislauf und die Fernwärmeauskopplung. Ziel der GKT ist es, noch in diesem Jahr mit der Fernwärmelieferung zu beginnen. Das Ingenieurs- und Projektplanungsunternehmen gec-co aus Augsburg begleitet die GKT bei allen technischen Fragen rund um den Kraftwerksbau, nimmt die Ausschreibung der Werke vor und überwacht den Baufortschritt. □



„Von unseren Ideen profitieren später alle.“

LEW erprobt im Pilotprojekt „Smart Operator“ intelligente Stromnetze

In Wertachau bauen die Lechwerke im Rahmen des Pilotprojekts „Smart Operator“ das Stromnetz der Zukunft. Es hält Stromerzeugung und -verbrauch selbstständig im Gleichgewicht. Mitarbeiter wie Stefan Meyer von LEW Verteilnetz (LVN) installieren dafür intelligente Stromzähler in über 100 Haushalten.



Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie



LVBW-Generalversammlung 2013 in Regensburg:

Unverzichtbare Wasserkraft

Dass die Wasserkraft nicht nur einfach eine regenerative Energie ist, wie z. B. Wind und Photovoltaik, die ausschließlich Strom erzeugen können, sondern unverzichtbar ist für den Erhalt der bayerischen Kulturlandschaft, darauf verwies der Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke eG, Hans-Peter Lang, bei der LVBW-Generalversammlung 2013 in Regensburg. Mit Blick auf das Jahrhunderthochwasser im Sommer hob Lang die Bedeutung der Wasserkraft „zur Sicherung von Gesundheit und Eigentum der Flusssanrainer durch Hochwasserschutz“ hervor.

Wie Lang ausführte, „wird von unseren Gegnern vielfach verkannt oder einfach ignoriert, dass die tatsächlich in Bayern vorhandenen Querbauwerke, und das sind nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Umwelt immerhin 30.000 Stück, nicht vorrangig für uns Wasserkraftbetreiber errichtet wurden, sondern erst einmal zur Wasserregulierung, also rein aus wasserwirtschaftlichen Gründen“.

Großes Potenzial

Die Betreiber nutzen von diesen 30.000 Stück nur 4.200, „das heißt es ist noch genügend Potential vorhanden, an weiteren Querbauwerken, die ja bereits vorhanden sind, weitere Wasserkraftanlagen zu errichten. Wenn wir davon nur 1.000 Querbauwerke weiter nutzen könnten, wäre dies schon ein gewaltiger Ausbau für die Wasserkraft“, stellte der Vorstandsvorsitzende fest.

Den Worten müssen Taten folgen

Wohltuend, so Lang, habe der LVBW die Worte der Bayerischen Staatsregierung aufgenommen, wonach die Wasserkraft in Bayern ausgebaut werden soll und sie dort auch eine Vorreiterstellung in der Energiewende

einnehmen will. Jedoch müssten diesen Worten auch Taten folgen. Nach Aussage des Vereins Deutscher Ingenieure dauerten in Deutschland die Genehmigungen für Wasserkraftwerke im Durchschnitt bis zu sieben Jahre. Nach Langs Ansicht ist dies „untragbar und viel zu lang“.

Weichen für die Energiewende stellen

Jetzt gelte es, die Weichen für die Energiewende zu stellen. Dazu sei es erforderlich, die bürokratischen Hindernisse zu beseitigen. Insbesondere müsse die Politik aber auch die Fachministerien, die Vollzugsbehörden an den Landratsämtern, etc. anweisen, die Verfahren nicht liegen zu lassen, sondern beschleunigt und im Interesse des Ausbaus der Wasserkraft zu arbeiten. Entscheidend sei auch, „dass sie angewiesen werden, was im Wege von Dienstbesprechungen und Verwaltungsvorschriften jederzeit möglich ist, die vorhandenen Ermessensspielräume zu Gunsten der Energieerzeugung auszuüben“.

„Ich möchte glatt die Forderung aufstellen, dass neben dem Naturschutz auch die Energiewende, d. h. die Erzeugung von regenerativen Energien in die Verfassung mit aufgenommen

wird, um ein stärkeres, rechtliches Gewicht zu erhalten“, fuhr Lang fort. „Das bedeutet, dass auch unsere Belange auf der gleichen Stufe wie die Belange des Naturschutzes und der Fischerei gewürdigt werden.“ Es gebe ja nicht nur die Europäische Wasserrahmenrichtlinie, sondern auch die EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

Fischwanderhilfen

Betrachte man sich die Wasserkraftwerke, „so sind bereits 70 Prozent mit Fischwanderhilfen ausgerüstet – bezahlt von uns Triebwerksbetreibern“. Damit leisteten gerade sie einen immensen Beitrag zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, immer vor dem Hintergrund, „dass die vorhandenen Querbauwerke nicht nur wegen uns erhalten werden müssen, sondern eben auch zur Regulierung des Wassers, zum Erhalt des Grundwasserspiegels und zum Schutz unserer Landschaften“.

Unerträgliche Polemisierung

„Von unseren Gegnern wird immer auch das Argument gebracht, gerade die kleine Wasserkraft hätte keinen Nutzen für die Energiewende“, betonte der Vorstand. „Dies ist eine unerträgliche Polemisierung und entspricht gerade nicht den Tatsachen.“ Sehe man sich die EEG-Vergütungen im Vergleich zur Stromerzeugung und der installierten Leistung an, so sei die kleine Wasserkraft die mit

Abstand effizienteste, regenerative Stromerzeugung bundesweit.

„Ohne eine angemessene Anhebung der Wasserkraftvergütung werden wir kaum die Potenziale der Wasserkraft wesentlich ausbauen können. Dies kann nur durch die Genehmigung von weiteren Anlagen, durch Modernisierung oder durch Stauerhöhungen und Verringerung der Restwassermengen erfolgen“, machte Lang deutlich.

Durch eine Anhebung der Vergütung könnten jedoch die wasserwirtschaftlichen Ziele des Staates finanziert und somit ein effizienterer Einsatz der finanziellen Mittel für den Umweltschutz gewährleistet werden. Die Chance bestehe darin, Klimaschutz und konkreten Umweltschutz an den Gewässern mit einem ökologisch sinnvollen und ökonomisch tragbaren Förderinstrument sicher zu stellen.

Neue Denk- und Arbeitsweisen unabdingbar

Zur Lösung des Zielkonfliktes - Verbesserung des ökologischen Gewässerzustandes einerseits sowie Erhalt und Ausbau der regenerativen Stromerzeugung und des Hochwasserschutzes andererseits - seien daher neue Denk- und Arbeitsweisen sowie Kooperationen mit verschiedenen Partnern innerhalb und außerhalb der klassischen Wasserwirtschaftsverwaltung unabdingbar.

Ziel müsse es sein, nicht nur einseitig auf die Verbesserung des ökologischen Zustandes zu setzen, sondern im Sinne von flussgebietsbezogenen Betrachtungen mit Paketlösungen möglichst vielen Interessen gerecht

zu werden. Dies setze Kompromissbereitschaft voraus, um mit den beschränkt vorhandenen finanziellen Mitteln Win-win-Situationen für viele Interessensgruppen zu schaffen.

„Der Staat hat in der Vergangenheit viele hoheitliche Aufgaben an die Wasserkraft-Betreiber übertragen, deshalb müssen wir uns alle an einen Tisch setzen“, forderte Lang. Er äußerte sein Unverständnis darüber, „dass immer nur der Landesfischereiverband - zum Beispiel beim Bayerischen Landesamt für Umwelt - für Beratungen herangezogen wird“.

Renaissance

Wie Manfred Weber, Mitglied des Europäischen Parlaments und Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern, erläuterte, erfahre die Wasserkraft durch die Energiewende eine Renaissance. Wasserkraft sei sinnvoll und bestehende Anlagen müssten auch modernisiert werden können. Zum Ausgleich der hohen Investitionen für naturschutzbegleitende Maßnahmen wäre bei der zukünftigen europäischen Gesetzgebung eine „Mittelstandsklausel oder Kleinunternehmerklausel“ unabdingbar.

Grundkonflikt lösen

Da es auf europäischer Ebene keine eigenständige Gesetzgebung für Energieversorgung gibt, müssten sich Verbände und Kraftwerksbetreiber mit guten Argumenten und aufgrund jahrzehntelanger Erfahrung an die Entscheidungsträger wenden, um sinnvolle Gesetze zu erwirken. Um den Grundkonflikt Schutz von Menschen – ökologische Energieversorgung effizient lösen zu können, seien ne-

ben einer grenz- und länderübergreifenden Zusammenarbeit eine vernünftige Abwägung bei der Erstellung von Maßnahmenkatalogen, der Vollzug vor Ort und Einzelfallentscheidungen notwendig. Hier könnten die Verbände ihre Erfahrungen und Ideen einbringen.

Tobias Reiß, Energiepolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, erklärte: „Verhandlungen müssen möglich sein und stattfinden, eine intensive Diskussion über die kleine Wasserkraft und deren Belange muss erfolgen, die Belange der direkt betroffenen Wasserkraftwerksbetreiber müssen auch ernst genommen und in der politischen Diskussion berücksichtigt werden.“

Wichtige Themenbereiche

Zu prüfen sei, „ob die überwiegend bestehenden Querverbauungen für die Wasserkraft nutzbar sind, hier wären Vorzeigeprojekte notwendig“. Weitere Themenbereiche wären die Speicherfrage und der Netzausbau. Die erneuerbaren Energien sollten die Führung der Stromerzeugung übernehmen.

Zudem forderte Reiß eine Änderung des EEG. Über ein Drittel der Energie sei in Bayern aus erneuerbarer Energie – „es sollte aber sachte reformiert werden, wobei in den Bestandschutz nicht rückwirkend eingegriffen werden sollte und mehr Verantwortung der Betreiber möglich sein müsste“.

Reiß abschließend: „Bayern muss Industriestandort bleiben, daraus folgt, die Energiekosten müssen im Rahmen bleiben, Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein und hierzu kann die Wasserkraft einen entscheidenden Beitrag leisten.“ **DK**

Wir laden Sie auf!

Gemeinden im Achenal setzen auf sanften Tourismus und bauen ein Netz an Ladestationen für E-Mobilität auf

Dieses Jahr wurde der Grundstein für die Elektromobilität im Achenal durch den Gesamtvorstand des Ökomodells Achenal gelegt. Der Ausbau der E-Mobilität soll durch das Ökomodell Achenal e.V. stärker forciert und in Zusammenarbeit mit den Gaststätten, Verbänden und Gemeinden ein breites Angebot an Elektro-Ladestationen zum Aufladen von Elektro-Fahrrädern und Elektroautos im Achenal geschaffen werden.

Die Gemeinden Reit im Winkl, Unterwössen, Schleching und Marquartstein haben nun eine Ladestelle für E-Bikes oder für E-Autos ausgewiesen. An der Tourist-Information oder beim Rathaus können ab sofort Fahrräder oder Autos aufgeladen werden. „Wir freuen uns sehr, dass die Gemeinden diese Vorbildfunktion wahrnehmen und einen wichtigen Impuls für die Region setzen“, so Regionalmanager Robert Wojcik, „ein rascher Ausbau funktioniert aber nur, wenn alle mitmachen.“

Mehr Touristen

Die Ausweisung einer Ladestelle ist tatsächlich kinderleicht. Bestehende 230V-Haushaltsanschlüsse können für Fahrräder sofort genutzt werden. Bei PKWs sollte noch eine Sicherung in den Stromkreis zwischengeschaltet werden. „Besonders das Angebot für die Gäste in der Region auszubauen liegt uns sehr am Herzen“, stellt ILE-Managerin Stephanie Hennes klar. Und tatsächlich steigen die Zahlen der Touristen mit E-Bikes in der Region.

Schon jetzt sind laut ZIV (Zweirad-Industrie-Verband) mehr als 1,3 Millionen E-Bikes auf Deutschlands Straßen unterwegs. Nach und nach erkennen einige Gewerbetreibende in der Region dieses Potential und weisen E-Ladestellen aus. Dies bewirkt, dass die Gäste länger am Ort verweilen und die touristischen sowie gastronomischen Angebote im Achenal nutzen können. Ziel ist es, dass

von der Winkelmoosalm bis zum Chiemsee ein lückenloses Netz von Ladestationen entsteht, das den



Ein Logo mit besonderem Wiedererkennungswert. □

Touristen und der Region zu Gute kommt. Unterstützt wird der Ausbau der E-Mobilität auch durch das Landratsamt Traunstein und den Chiemgau Tourismus. Hierfür wurde ein Logo mit besonderem Wiedererkennungsmerkmal gestaltet, das flächendeckend im Landkreis Traunstein installiert wird.

Vorbildregion

Das Ökomodell Achenal hat die Gunst der Stunde genutzt und den Start frühzeitig begonnen. „Wir sind im Landkreis eine Vorbildregion und möchten dies auch bleiben. Das liegt wohl daran, dass die Gemeinden im Achenal sich

sehr für die Region engagieren“, erklärt Wolfgang Wimmer, Geschäftsführer des Ökomodells Achenal. Aufgrund des Ausbaus der E-Mobilität entsteht aber nicht nur ein touristischer Mehrwert, sondern auch eine Weiterentwicklung der regionalen Infrastruktur. Besonders in ländlichen Regionen ist Mobilität für die Bevölkerung sehr wichtig und was liegt näher als die Alternative einer umweltfreundlichen Fortbewegung in den bayerischen Alpen.

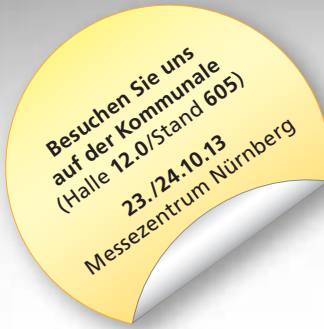
Positiver Akzent

Die Installation und Ausweisung von Ladestationen bedeutet, dass die Vision einer klimafreundlichen Mobilität im Achenal Wirklichkeit werden kann. Das bestehende Infrastrukturnetz wird also erweitert und die Lebensqualität in der Region gesteigert. Durch den Ausbau eines Netzes mit Ladestationen, Einsatz von E-Mobilität und einer Ausweisung der Stationen über Internetportale und Karten wird für Gäste wie Einheimische ein positiver Akzent für die ganze Region gesetzt.

www.lemnet.org

Die Ladestationen können bald auf den Webseiten des Chiemgau Tourismus, der Gemeinden, des Ökomodell Achenal und unter www.lemnet.org eingesehen werden. Zudem wurden verschiedene Angebote für den Innen- und Außenbereich entwickelt. Für Gewerbetreibende gibt es Sonderkonditionen bei namhaften Firmen für Elektrotankstellen.

Interessenten können sich bei ihrer Gemeinde oder in der Geschäftsstelle des Ökomodells Achenal unter 08649/986655 melden. □



ENERGIE

Ohne uns fehlt Ihnen was.



LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Wir fördern die Energiewende – für die Zukunft Bayerns.

Sie investieren in Energieeinsparung oder umweltfreundliche Energieträger? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de



Ausweitung erfolgreicher Partnerschaften:

Kraft-Wärme-Kopplungsanlage im Crana Mare in Betrieb genommen

Die Stadtwerke Kronach setzen weiter auf Energieeffizienz und haben die Bayernwerk Natur GmbH mit der Errichtung einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK) mit einem Investitionsvolumen von rund 120.000 Euro für das Erlebnisbad Crana Mare beauftragt.

Die bestehende Heizungsanlage für das Crana Mare, zwei Erdgas-Heizkessel mit einer Leistung von insgesamt 952 Kilowatt, wurde ebenfalls von der Bayernwerk Natur bzw. deren Rechtsvorgängerin E.ON Bayern Wärme GmbH errichtet und wird als Wärme-Contracting-Anlage betrieben. Die Bayernwerk Natur GmbH ist damit zuständig für die Gasbeschaffung sowie für den Betrieb, den Unterhalt und die Wartung der Anlage. Zudem liefert sie die gesamte Wärmeenergie für das Crana Mare an die Stadtwerke Kronach.

Die neue KWK-Anlage wurde in das bestehende Heizsystem des Crana Mare integriert und ging im April 2013 in Betrieb. Die kom-

plette Anlage wurde von der Bayernwerk Natur geplant und projektiert. Das hocheffiziente Blockheizkraftwerk nach dem neuesten Stand der Technik erzeugt 630 Megawattstunden Wärme jährlich und daneben rund 350 Megawattstunden Strom, die zu rund 95 % im Crana Mare verbraucht werden. Die restlichen fünf Prozent werden in das öffentliche Netz eingespeist.

Außerst positiv ist die Umweltbilanz der neuen Anlage: Die Rauchgase werden durch einen Dreiwege-Katalysator gereinigt und unterschreiten die geforderten Emissionswerte. Das nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeitende Herzstück der Anlage, ein hocheffizienter Erdgas-

motor, gekoppelt mit einem Stromgenerator und einem Wärmetauscher, erreicht einen Gesamtnutzungsgrad – dies ist das Verhältnis der nutzbaren zur eingesetzten Energie – von über 90 Prozent. Somit wird deutlich weniger Energie benötigt, als bei getrennter Erzeugung von Heizwärme und des elektrischen Stroms nötig wäre. Durch diese Technik vermeiden die Stadtwerke Kronach zudem den Ausstoß von circa 139 Tonnen CO₂ im Jahr.

Die optimale Auslegung und Dimensionierung der Anlage mit einer möglichst hohen Laufzeit und Verfügbarkeit war Maßgabe für dieses Projekt. Die gesamte technische Realisierung konnte ohne Unterbrechung und Störung des Badebetriebes durchgeführt werden.

„Diese moderne und hochgradig wirtschaftlich arbeitende Anlage ist ein weiterer wesentlicher

Beitrag zur Energiewende in Kronach“, freuen sich Bürgermeister Wolfgang Beiergrößlein, Stadtwerkeleiter Peter Maaß und der Geschäftsführer der Bayernwerk Natur GmbH, Werner Dehmel.

Bürgermeister Beiergrößlein betont, dass die eingesetzte Kraft-Wärme-Kopplungsanlage weitgehend sei und neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch Umwelt- und Klimaaspekte in vorbildlicher Weise berücksichtige. Er hob auch die gute Zusammenarbeit mit der Bayernwerk Natur hervor. Die Stadt Kronach erstellt derzeit einen Energienutzungsplan, in dessen Rahmen die Möglichkeit der Realisierung weiterer innovativer Projekte ausgelotet wird. Bis Ende 2013 sollen die Ergebnisse vorliegen.

Erfolgreiche Zusammenarbeit

Zufrieden ist das Stadtoberhaupt auch mit der langjährigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kronach und der Bayernwerk AG. Diese wird durch Abschluss eines neuen Konzessionsvertrags für die Versorgung mit Gas bis 2022 fortgesetzt. Im Zuge der nahezu 45-jährigen Partnerschaft im Gasbereich hat der Energiedienstleister in Kronach ein rund 88 Kilometer langes Gasnetz mit rund 1.840 Hausanschlüssen, 2.520 Gasdruckreglern und 37 Gasstationen errichtet.

Zuverlässiger Service

Ludwig Schiebeler, Mitglied der Geschäftsleitung der Bayernwerk AG, sicherte der Stadt Kronach weiterhin den zuverlässigen Service seines Unternehmens zu: „Unsere Teams sind umgehend einsatzbereit und kümmern sich im Falle einer Störung rund um die Uhr um eine schnelle Behebung. Unsere Mitarbeiter kommen aus der Region und leben dort und kennen sich dadurch mit den örtlichen Gegebenheiten bestens aus.“

Allein in Franken beschäftigt Bayernwerk rund 720 Frauen und Männer, 35 davon kommen aus dem Landkreis Kronach. Seit vielen Jahren hat Bayernwerk auch eine Anlaufstelle in der Industriestraße 15. Dort kümmern sich 14 Service-Monteure und ein technischer Sachbearbeiter, die durch die lange Kooperation das Netz intensiv kennen, zuverlässig um eine sichere Strom- und Gasversorgung in der Stadt und der Region. □

Stabile Erdgaspreise für E.ON-Kunden bis Frühling 2014

Die aktuellen Temperaturen erinnern uns daran, dass Herbst und Winter auch in diesem Jahr bestimmt kommen werden. Hierfür erhalten E.ON Kunden schon heute gute Nachrichten: Das Unternehmen hält die Erdgaspreise für Privatkunden bis mindestens 31. März 2014 stabil. „Wir garantieren unseren Kunden konstante Erdgaspreise über den gesamten Winter“, sagte Rolf Fouchier, Vorsitzender der Geschäftsführung des deutschen E.ON-Vertriebs. Die Preise lägen noch immer unter dem Niveau von Ende 2008. Davon profitieren die E.ON-Kunden auch in der kommenden Heizperiode.

Fouchier ergänzt: „Wir freuen uns, dass wir unseren Kunden mit stabilen Erdgaspreisen schon heute Planungssicherheit bis zum nächsten Frühjahr bieten können.“ Für Kunden, die sich noch weiter absichern möchten, bietet das Unternehmen mit dem Vertrag E.ON OptimalErdgas 2015 eine Preisgarantie bis 30. Juni 2015.

Wege zur Kostenersparnis

Mit ein paar einfachen Tipps und Tricks kann jeder die eigenen Heizkosten selbst senken. Beispielsweise lassen sich rund sechs Prozent einsparen, wenn man die Raumtemperatur um ein Grad absenkt. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden Erdgas kann man damit bis zu 100 Euro im Jahr sparen. Als Richtwerte gelten für das Badezimmer 23 Grad, tagsüber für die Wohnbereiche 20 bis 22 Grad und für das Schlafzimmer 15 bis 18 Grad. Weil sich das Temperaturempfinden im Winter auch etwas ändert, kann die Raumtemperatur sogar um ein bis zwei Grad niedriger angesetzt werden. Das spart zusätzlich Energie.

Unabhängig von der Raumtemperatur kann auch richtiges Lüften zusätzlich über 50 Euro im Jahr sparen. Gekippte Fenster sollte man grundsätzlich vermeiden. Richtig ist das sogenannte Stoßlüften, bei dem ein bis zweimal am Tag alle Fenster fünf bis maximal zehn Minuten weit geöffnet werden, bis ein kompletter Luftaustausch stattgefunden hat. Dadurch kühlen die Möbel und die Wände nicht so stark aus. Der genaue Zeitpunkt des kompletten Luftaustausches ist dann erreicht, wenn die Außenseiten der Fenster nicht mehr beschlagen. □

Bayernwerk Natur:

Doppelte Effizienz für Kliniken

Hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung ist besonders umweltschonend, senkt den Energieverbrauch und die Betriebskosten. Die Johannesbad Reha-Kliniken AG & Co. KG in Bad Füssing nutzen die innovative Technologie gleich in zwei Blockheizkraftwerken. Die dezentrale Energielösung hat die Bayernwerk Natur entwickelt.

In einer Reha-Klinik mit seinen verschiedenen Einrichtungen besteht ganzjährig ein hoher Wärmebedarf. Ideale Voraussetzung für den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW), die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) arbeiten. Sie nutzen die eingesetzte Primärenergie gleich zweifach – um damit Strom zu erzeugen und die anfallende Abwärme zum Heizen zu nutzen. Der Brennstoffwirkungsgrad liegt bei KWK-Anlagen zwischen 80 und 90 Prozent, bei der getrennten Strom- und Wärmeerzeugung hingegen bei lediglich rund 40 Prozent.

Erdgasmotor als Herzstück

Herzstück der Anlagen in Bad Füssing ist ein hocheffizienter Erdgasmotor, Rauchgase werden durch einen modernen Dreiwege-

Katalysator gereinigt. „Uns liegt viel daran, über energieeffiziente Lösungen den Energieverbrauch und damit Kosten zu senken. Gleichzeitig wollen wir ein deutliches Signal für den Klimaschutz setzen und zur regionalen Energiewende beitragen. Mit Bayernwerk Natur haben wir einen erfahrenen und kompetenten Energiedienstleister an unserer Seite, mit dem die Zusammenarbeit hervorragend klappt. Außerdem kennt er sich mit innovativen, umweltschonenden Technologien bestens aus“, erklärt Johannesbad-Vorsitzender Helmut Karg.

Dezentral unabhängig

Durch den Einsatz der beiden Blockheizkraftwerke erzeugen die Kliniken künftig 6.875 Megawattstunden (MWh) Strom pro Jahr sowie 7.345 MWh MWh/a Wär-

me. Die gesamte Wärme wird von der Kurklinik selbst genutzt. Der erzeugte Strom wird zum Teil auch in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Da zusätzlich Bioerdgas für den Betrieb genutzt wird, beläuft sich die CO₂-Einsparung auf jährlich knapp 4.000 Tonnen. Das entspricht einer jährlichen CO₂-Einsparung von etwa 500 Haushalten.

Erweiterte Förderung von KWK-Anlagen

„Wegen seiner vielseitigen Vorteile eignet sich die KWK-Technologie optimal als dezentrale Energielösung“, so Bayernwerk Natur-Vertriebsleiter Robert Budde. Um die Energiewende zügig voranzubringen und den Ausbau von KWK-Anlagen zu beschleunigen, hat die Bundesregierung die Förderung von KWK-Anlagen ausgeweitet. Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 ihren Anteil an der Stromerzeugung auf 25 Prozent zu steigern. **Quelle: Bayernwerk Kommunalinfo** □

Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei nahezu 50 Prozent. Bis heute haben wir über 230.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

www.bayernwerk.de

bayernwerk



Rund 400 Vorstände und Geschäftsführer von Stadtwerken sowie renommierte Experten aus der Energiewirtschaft erörtern beim VKU-Stadtwerkekongress in Dresden die Rolle der Stadtwerke in der Energiewende. Laut Ivo Gönner, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen, ist eine erfolgreiche Energiewende nur mit starken kommunalen Partnern zu erreichen. Doch schon jetzt sei absehbar, dass die mit der Wende notwendige Neugestaltung und -ausrichtung des Energiesystems die Stadtwerke vor völlig neue Herausforderungen stellt.

Für Gönner ist der Handlungsbedarf in der Energiewirtschaft nach der Bundestagswahl angesichts ökonomisch schwieriger Investitionsprojekte, insbesondere neuer Kraftwerke, groß. Gönner forderte, dass die EEG-Anlagenbetreiber sich an den Kosten für die Voralterung dieser Kraftwerke beteiligen und auch einen Unterstützungsbeitrag beim Ausbau der Netze leisten müssen. Die Bereitstellung der Energiesicherheit müsse bezahlt werden, was mit Blick auf die Versorgungssicherheit des Wirtschaftsstandorts Deutschland von großer Wichtigkeit sei.

Faktische Enteignung

VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck sprach gar von einer faktischen Enteignung der Branche. Er forderte die Politik auf, im Energiesektor zum Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren. Dies betonte er mit Blick auf die Überforderung und den Kostenanstieg der erneuerbaren Energien und die daraus folgende Unwirtschaftlichkeit neuer kommunalwirtschaftlicher Kraftwerksinvestitionen. Unter den derzeitigen Bedingungen seien viele Fragen ungeklärt. Vor allem benötigten kommunale Unternehmen dringend Planungs- und Investitionssicherheit. Reck forderte ein neues Strommarktdesign. Hierfür gebe es einen großen Konsens in der Energiewirtschaft.

Für rasche EEG-Reform

Der Präsident des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, warnte vor Schnellschüssen. Er plädierte für eine rasche EEG-Reform als Notmaßnahme. Dabei sollte man den Einspeisevorrang

abschaffen, die Standortauswahl der EEG-Anlagen staatlicherseits steuern und eine verpflichtende Direktvermarktung im Bereich der Neuanlagen einführen. Die Förderung der erneuerbaren Energien sollte Wettbewerblich ausgestaltet werden.

Auch sprach sich Mundt dafür aus, dass die EEG-Anlagenbetreiber einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten müssen. Dies solle über Lieferverpflichtungen passieren. Insgesamt plädierte der Präsident dafür, durch weniger Förderung das Tempo aus der Energiewende herauszunehmen.

Komplexes Modell

Skeptisch äußerte sich Mundt gegenüber der Einführung eines Kapazitätsmarktes. Ein solches Modell sei sehr komplex, sehr regelungsintensiv und unflexibel. Als Alternative bevorzuge er eine strategische Reserve, da diese sich besser in einen Energy-only-Markt einfüge. Mit Blick auf die Rekommunalisierung stellte er fest, dass das Bundeskartellamt nichts gegen den kommunalen Netzbetrieb im Energiebereich habe. Es dürfe allerdings keine Bevorzugung von kommunalen Unternehmen bei der Konzessionsvergabe geben.

Hinsichtlich des vom Gesetzgeber neu eingeführten Ausschlusses der kartellrechtlichen Missbrauchskontrolle auf öffentlich-rechtliche Gebühren und Beiträge stellte Mundt fest, dass die kommunale Seite hier sehr erfolgreich beim Gesetzgeber gewesen sei. Allerdings sehe er die Gefahr einer Regulierung der 6.000 Wasserversorger, wenn „überzogen werde“. **DK**

Wettbewerb „Die co2maus – Wir retten unser Klima“

3.300 Tonnen Treibhausgas eingespart – Sechs Schulklassen aus Gaimersheim erhalten Geldpreise

Die dickste „co2maus“ kommt dieses Jahr aus Gaimersheim. Im Rahmen des Wettbewerbs „Die co2maus – Wir retten unser Klima“ haben die Schülerinnen und Schüler der Klasse 7b von der Mittelschule Gaimersheim im vorangegangenen Schuljahr die größte Einsparung des Treibhausgases Kohlendioxid erzielt.

In Rahmen einer feierlichen Urkunden- und Preisübergabe wurden die Kinder zusammen mit fünf weiteren Klassen aus Bayern von Bernd Sibler, Staatssekretär im Staatsministerium für Unter-

richt und Kultus, und Rainer Fürhaupter, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, für ihren Einsatz ausgezeichnet. Ziel des Wettbewerbs ist es, junge Menschen zu einer klimabewussten und nachhaltigen Lebensgestaltung zu motivieren und „Ener-

gieelefanten“ in „co2mäuse“ zu verwandeln.

Verantwortung übernommen

„Die jungen Teilnehmer waren bereit, Gewohnheiten zu überdenken und Verhaltensweisen zu ändern. Sie haben damit Verantwortung für die Umwelt übernommen und gezeigt, dass jeder Einzelne seinen Teil zum Klimaschutz beitragen kann. Meinen Respekt dafür“, sagte Sibler bei der Preisverleihung in der Mittelschule Gaimersheim.

Dominoeffekt

Rainer Fürhaupter, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, die das Projekt als Sponsor seit der ersten Stunde begleitet, lobte das Klima-Engagement, da es zugleich Bewusstsein und Persönlichkeit der Schüler bildet: „Es ist immens wichtig, den Klimaschutz aktiv und früh in Bildungseinrichtungen zu leben. Hier

entsteht ein guter Dominoeffekt: Schüler können Achtsamkeit im Alltag entwickeln und zugleich Einfluss auf ihr Umfeld, auf Familie und Freunde nehmen.“

Hilfreiche Tipps und Tricks

Rund 2.200 Schülerinnen und Schüler aus 270 Klassen haben beim Wettbewerb im Schuljahr



Rainer Fürhaupter.

2012/2013 insgesamt 3.300 Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid eingespart und diese auf der Online-Plattform www.co2maus.de gegen virtuelles Mäusefutter eingetauscht. So haben sie beispielsweise den Energieverbrauch gesenkt, indem sie viele Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt oder langes Duschen vermieden haben. Zusammen mit ihren Eltern konnten sie unter anderem durch den Einsatz von Energiesparlampen im Bereich Energieeffizienz punkten oder verzichteten auf Ferienreisen mit dem Flugzeug.

Auf der Online-Plattform beka-

men die Schülerinnen und Schüler zudem viele hilfreiche Tipps und Tricks, wie man möglichst viel Energie einsparen kann und konnten mitverfolgen, wie ihre „co2maus“ immer größer wurde, je mehr sie vom Treibhausgas einsparten.

Die Gaimersheimer Buben und Mädchen erhielten als Energiesparmeister 1.000 Euro für eine Klassenfahrt, den anderen fünf ausgezeichneten Klassen fließen je 200 Euro für ihren Einsatz als Klimaschützer in die Klassenkasse zu.

Die diesjährigen Sieger im Überblick: Mittelschule Gaimersheim, Klasse 7b; Richard-Wagner-Gymnasium Bayreuth, Klasse 5c; Staatliche Realschule Pfarrkirchen, Klasse 5d; Otto-von-Taube-Gymnasium Gauting, Klasse 6d; Michael-Ende-Schule Raubling, Klasse 7a; Dr.-Johanna-Decker-Gymnasium Amberg, Klasse 8a.

Erste Wettbewerbsrunde im Jahr 2009

Der Wettbewerb „co2maus – Unser Klima retten“ fand zum fünften Mal statt. Seit der ersten Wettbewerbsrunde 2009 haben insgesamt rund 45.000 Kinder und Jugendliche in Bayern zusammen mit ihren Eltern und Lehrern über 40.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Die landesweite Initiative „co2maus“ steht unter der Schirmherrschaft von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle sowie Umweltminister Dr. Marcel Huber und wird seit ihrem Beginn auch von der Versicherungskammer Bayern unterstützt.

Gleich im ersten Jahr wurde die Initiative mit dem Deutschen Klimapreis ausgezeichnet. Initiiert wurde das Projekt vom Erlanger Realschullehrer Martin Aufmuth.

GAB-Altlastensymposium in Regensburg:

Gewinne für die Umwelt

Mit knapp 300 Teilnehmern war das Altlastensymposium 2013 der Gesellschaft für Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) in Regensburg erfreulich gut besucht. Als Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch führte die zweitägige Veranstaltung erneut Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen.

Im August 2012 startete bei der GAB das neue Förderprogramm „Alte Lasten – Neue Energien“ mit großer Nachfrage. Entsprechend widmete sich ein Themenschwerpunkt des diesjährigen Symposiums dem Thema Erneuerbare Energien bei Altlasten und Deponien. Darüber hinaus gab es aktuelle Informationen zu neuen rechtlichen Entwicklungen. Auch wurde das Thema Sanierungsverträge als Alternative zur Sanierungsanordnung eingehend erörtert. Übersichtsvorträge zum Entwicklungsstand innovativer Sanierungsverfahren und Beiträge über Sanierungen und Sanierungskonzepte von Altlasten, insbesondere von Altablagerungen boten einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Stand der Altlastensanierung in der Praxis. Insgesamt wurden sechs Themenschwerpunkte behandelt.

Erneuerbare Energien bei Altlasten und Deponien

Nach einführenden Worten von Dr. Thilo Hauck, GAB, und Gerhard Weber, Bürgermeister der Stadt Regensburg, ging Bayerns Umweltstaatssekretärin Melanie Huml zunächst auf das aktuelle Thema „Erneuerbare Energien bei Altlasten und Deponien“ ein. Nach ihren Worten besteht eine gute Nachfrage bei dem zum 1. August 2012 bei der GAB gestarteten Förderprogramm „Alte Lasten – Neue Energien“ trotz veränderter Rahmenbedingungen und sinkender Vergütung nach dem EEG. Das Förderprogramm, dem bis 2014 pro Jahr rund 2 Mio. Euro zur Verfügung stehen, konnte seit Beginn von insgesamt 37 gestellten Anträgen 12 Projekte mit insgesamt 2,04 Mio. Euro fördern.

Kosten kompensieren

Huml wies darauf hin, dass mit diesem Förderprogramm die Errichtung von Photovoltaikanlagen (PVA) auf vorgenutzten Flächen wie Altlasten und stillgelegte gemeindliche Hausmüll- und Landkreisdeponien gelenkt werden

kann. So könnten erhöhte Kosten, die bei der Errichtung einer PVA auf einer Altlast oder Deponie entstehen, kompensiert werden. Man erreiche damit einen doppelten Gewinn für die Umwelt: zum einen eine Erhöhung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und zugleich Förderung des Flächenrecyclings, zum anderen die Wiedereingliederung vorge nutzter, brachliegender Flächen in den Wirtschaftskreislauf.

Finanzierungsfragen

Mit Blick auf das Thema Konversion erklärte die Staatssekretärin, dass sich im Freistaat die Fälle mehrten, in denen sich betroffene Gemeinden an das Umweltministerium um finanzielle Unterstützung bei der Sanierung von Altlasten auf Konversionsliegenschaften wenden. Hierbei stellte sie klar, dass Finanzierungsinstrumente wie die Finanzzuweisungen nach Art. 7 Abs. 4 FAG oder auch der GAB nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn kein zahlungsfähiger Verpflichteter greifbar ist.

Im Falle der Konversionsliegenschaften stehe aber der Bund in der Pflicht, zumindest vor Verkauf der Liegenschaft. Nach dem Verkauf liege es in der Regel allein an der Vertragsgestaltung, ob der Bund oder der neue Eigentümer für die Kosten der Altlastensanierung aufkommen müsse oder nicht.

Praxisbeispiel

Anhand eines Praxisbeispiels im Landkreis Traunstein zeigten Eckhard Haubrich, Ingenieurgruppe RUK GmbH, und Dr. Birgit Seeholzer, Landratsamt Traunstein, beim Themenschwerpunkt 1 („Erneuerbare Energien bei Altlasten und Deponien“) die Entwicklung einer Photovoltaikanlage (PVA) auf einer Deponie von der Machbarkeitsstudie zum konkreten Planungsprojekt auf.

In einem im Jahr 2012 abgewickelten Projekt wurden im Auftrag des Bayerischen Landesamts für Umwelt 40 bayerische Deponien (DKI/II) in der Nachsorgephase betrachtet. Hierbei standen die fachlichen Fragen zur Ausweisung von als PVA-Flächen geeigneten Deponiebereichen, zur Gründungstechnik, zur Befahrbarkeit und zur Freihaltung der deponietechnischen Einrichtungen sowie planungsrechtliche Fragen im Zentrum des Interesses. Es ging um die Möglichkeiten der Realisierbarkeit von PVA auf Deponieflächen, die als Konversionsflächen im Sinne des EEG einzustufen sind. Dabei wurden auch Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt.

Der Landkreis Traunstein plant nun auf einem dieser Standorte die

Errichtung einer PV-Anlage. Hierbei sind laut Birgit Seeholzer die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden und eine frühzeitige Bürgerinformation und -beteiligung sehr wichtig.

Dem zweiten fachlichen Themenschwerpunkt des diesjährigen Altlastensymposiums „Der Öffentlich-rechtliche Sanierungsvertrag: Vorteile für alle Beteiligten“ widmete sich Dr. Klaus Köppl vom Umweltamt der Stadt Nürnberg. Er schilderte die Erfahrungen einer Behörde mit Sanierungsverträgen am Beispiel der Norisstadt. Der weitaus größere Teil der Sanierungsmaßnahmen im Stadtgebiet Nürnberg wird hier ohne Vertrag abgewickelt. Seit Inkrafttreten des Bundes-Bodenschutzgesetzes 1999 hat die Stadt Nürnberg jedoch sieben Altlastensanierungsverträge abgeschlossen.

Sanierungsvertrag

Der Auslöser für einen Vertrag ist nach Köppls Worten bisher häufiger die Verhältnismäßigkeit einer Sanierungsmaßnahme als die wirtschaftliche Verwertung des Grundstückes. In fast allen Fällen sei vor Vertragsabschluss bereits über viele Jahre hinweg mit großem Aufwand saniert worden.

Nach Köppls Ansicht muss bei Abschluss eines Sanierungsvertrages eine verantwortliche Risikoeinschätzung möglich sein. Voraussetzung dafür sei eine umfassende Daten- und Gutachtenlage, die auch Aussagen über das verbleibende Schadstoffpotenzial und eine Prognose der Gefährdungsentwicklung ermögliche. Für eine erfolgreiche Vertragsumsetzung seien eine qualitativ hochwertige gutachterliche Tätigkeit und die behördliche Begleitung unverzichtbar.

Dr. Gerdt Pedall, Dr. G. Pedall Ingenieurbüro GmbH, stellte im Rahmen des Themenschwerpunkts V („Sanierung von Altablagerungen“) die Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie „Haldenstraße“ in Marktrechwitz vor. Diese Sanierung mit geschätzten Kosten von rund 5 Mio. Euro stellt den größten aus dem Unterstützungsfonds geförderten Sanierungsfall dar.

Teil der Energiewende

Peter Swoboda, R&H Umwelt GmbH, berichtete seinerseits anhand aktueller Beispiele über die Erfahrungen bei der Sanierung von Altlasten und Deponien mit Errichtung einer Photovoltaik-Anlage. Insgesamt betrachtet stelle diese trotz rückläufiger Gewinnmargen eine sinnvolle und nachhaltige Nutzungsmöglichkeit für diese Flächen dar und sollte als Bestandteil der Energiewende in die Prüfung entsprechender Flächen einbezogen werden.

„Altlastensanierung in der Praxis“ lautete schließlich der VI. Themenschwerpunkt. Hermann Kirchholtes, Amt für Umweltschutz der Landeshauptstadt Stuttgart, stellte hierzu das Projekt MAGPlan (www.magplan-life.eu) vor. Das

VER SICHER KAMMER BAYERN UNGS

Ein Stück Sicherheit.

Hey! Das Leben ist ein Abenteuer!

Wir kümmern uns um das nötige Stück Sicherheit.
www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

Jeden Tag hält das Leben neue Abenteuer für Sie bereit. Egal ob große, kleine, lustige oder herausfordernde – je sicherer Sie sich fühlen, desto mehr können Sie es genießen. Deshalb kümmern wir uns um das nötige Stück Sicherheit. Unsere besondere Sicherheit entsteht durch eine Kombination aus Nähe, Erfahrung, Solidität und Service:

Sicherheit durch Nähe Unsere bayerischen Wurzeln und über 4.000 Beratungsstellen machen uns zu Ihrem echten Nachbarn.

Sicherheit durch Erfahrung Unsere Wurzeln reichen bis 1811 zurück: Seitdem haben wir viel erlebt und gelernt. Dieses wertvolle Wissen setzen wir für Ihr Wohl ein.

Sicherheit durch Solidität Als öffentlicher Versicherer in Bayern und der Pfalz stehen wir für Zuverlässigkeit und Stabilität.

Sicherheit durch Service Unsere Überzeugung: Bei jedem Kontakt spüren Sie, dass wir uns um Ihre Belange kümmern, als ginge es um unsere eigenen.

Und so erhalten Sie genau die Sicherheit, die Sie für Ihr Abenteuer Leben brauchen.

Neuer GAB-Geschäftsführer

Nach zehn Jahren fand zum 1. August 2013 ein Wechsel in der Geschäftsführung der GAB statt. In einer kleinen Feierstunde verabschiedete Umweltschaatssekretärin Melanie Huml den bisherigen Geschäftsführer Thilo Hauck. Die Gesellschafterversammlung übertrug die Geschäftsführung an Michael Kremer, der bis dahin als Baudirektor im Bayerischen Umweltministerium tätig war. **DK**

Recyclingbaustoffe:

Mehr Information - schnell, einfach, kompetent!

Von Stefan Schmidmeyer, Geschäftsführer, Baustoff Recycling Bayern e.V

Die Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen und Bodenmaterial wird für öffentliche, gewerbliche und private Bauherren zunehmend schwieriger und kostenintensiver. Die gesetzlichen Anforderungen steigen, die verfügbaren Verfüll- und Deponiekapazitäten schwinden und die gesetzlichen Vorgaben verpflichten mehr und mehr zum Recycling.

So verstärkt auch die zum 01. August 2013 in Kraft getretene Änderung des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes (Bay-AbfG) diesen Trend. Das Bay-AbfG legt die Ziele für Maßnahmen der Abfallvermeidung und der Abfallbewirtschaftung in Bayern fest. In Artikel 1 Abs. 1 wird dort die vom § 6 KrWG vorgegebene Abfallhierarchie

1. Abfallvermeidung
 2. Vorbereitung zur Wiederverwendung
 3. Recycling insbesondere für Glas, Papier, Metall, Kunststoff und Bauschutt
 4. sonstige Verwertung, insbesondere Verfüllung, und
 5. Beseitigung nicht verwertbarer Abfälle
- übernommen und explizit festgeschrieben, dass die Rangfolge der Abfallbewirtschaftung in der o.g. Reihenfolge zu erfolgen hat.

Pflichten der Öffentlichen Hand

Das Gesetz richtet sich dabei an die Erzeuger, Besitzer und Entsorger von Abfällen: „Jede einzelne Person soll durch ihr Verhalten dazu beitragen, dass die Ziele der Abfallbewirtschaftung erreicht werden“ (Artikel 1 Abs. 2). Das Bay-AbfG regelt aber insbesondere auch die Pflichten der Öffentlichen Hand (d.h. von Staat, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken und sonstigen Personen des öffentlichen Rechts) im Bereich der Abfallwirtschaft. Vorbildhaft soll die Öffentliche Hand dazu beitragen, die Ziele der Abfallbewirtschaftung zu erfüllen. Und sie ist dazu verpflichtet, „vor allem im Beschaffungs- und Auftragswesen und bei Bauvorhaben, möglichst Erzeugnisse zu berücksichtigen, die ... aus Abfällen hergestellt worden sind“ (Artikel 2 Abs. 2).

Aufbereitung

Die ökologisch und ökonomisch sinnvollste Alternative zur Verfüllung und Deponierung von Bau- und Abbruchabfällen sowie Bodenmaterialien ist deren Aufbereitung zu geprüften, güteüberwachten und zertifizierten Recyclingbaustoffen. Solche

Recyclingbaustoffe sind vielfältig einsetzbar und erfüllen alle einschlägig geforderten bau- und umwelttechnischen Anforderungen der Bauwirtschaft.

Informationsportal

Doch wie mit Recyclingbaustoffen richtig umgehen? Welche Anforderungen müssen beachtet werden? Fragen, denen sich Bauherren, Planer, Architekten



und Bauunternehmen zukünftig stellen müssen.

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. hat deshalb seine Internetseite zu einem umfassenden Informationsportal umgestaltet. Unter dem Punkt „Mineralische Abfälle“ können sich nun Bauherren, Bauunternehmen, Abbruch- und Erdbauunternehmen über die verschiedenen Arten von mineralischen Bauabfällen, ihre Herkunft und deren Wege hin zu einer schadlosen und ordnungsgemäßen Entsorgung informieren. Der Menüpunkt „Baustoffrecycling“ zeigt Ihnen die Rolle unserer Recyclingbetriebe bei der Erreichung der Ziele der Abfallbewirtschaftung und die einzelnen Schritte ordnungsgemäßen Recyclings auf.

Vielfältige Einsatzgebiete

Neu ist der Punkt „Einsatzmöglichkeiten“, der Architekten, Planern, Bauherren, Entscheidern und Baufirmen anhand von vielen Beispielen auf die vielfältigen Einsatzgebiete von RC-

Baustoffen hinweist. Durch die Aufspaltung in Anwendungsgebiete finden Sie zudem alle Informationen über die jeweils zu beachtenden Regelwerke und spezielle Recyclingprodukte.

Gütesicherung

Durch die „Gütesicherung“ (= Qualitätssicherung und Zertifizierung) wird der Einsatz von Recyclingbaustoffen denkbar einfach für den Anwender. Nach den Richtlinien des Baustoff Recycling Bayern e.V. zertifizierte Recyclingbaustoffe gewährleisten die bau- und umwelttechnische Konformität mit

den Anforderungen der einschlägigen Regelwerke. Dazu können ab sofort alle Zertifikate des BR-Bayern auf der Webseite auf ihre Gültigkeit (max. 12 Monate) hin überprüft werden.

Online-Handbuch

Die Richtlinien des Baustoff Recycling Bayern e.V. zur Anwendung und Güteüberwachung von mineralischen Ersatzbaustoffen in Bayern sind zudem ab sofort auch als Online-Handbuch verfügbar. Dieses kann jederzeit unter richtlinien.baustoffrecycling-bayern.de eingesehen werden. Anwender, Entscheider und Aufbereiter können so sicher sein, stets auf die neueste Fassung der Richtlinien Zugriff zu haben. Natürlich werden die Richtlinien über die Geschäftsstelle auch weiterhin als Lose-Blatt-Sammlung zur Verfügung gestellt und kostenlos per Post aktualisiert.

Mehr Information - schnell, einfach, kompetent! auf www.baustoffrecycling-bayern.de. □



Hier kann geübt werden: Krankenpflegeschülerin Tatjana (2. von rechts) zeigt Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger (daneben) im Beisein von Schulleiter Fridolin Bruckner (ganz links), an welchen Stellen eine Demonstrationspuppe Öffnungen zum Üben hat. Bild: Häfele/Klinikum Memmingen

Klinikum Memmingen:

Neue Schule in alten Posträumen

An lebensgroßen Demonstrationspuppen zeigen die Berufsfachschüler für Kranken- und Kinderkrankenpflege am Klinikum Memmingen den zahlreichen Besuchern am Tag der offenen Tür, wie sie Magensonden legen oder Thrombosespritzen geben. Im April war die Schule wegen Umbauarbeiten auf dem Klinikgelände ins Postgebäude beim Bahnhof gezogen. Jetzt präsentieren die Schüler ihre neuen, lichtdurchfluteten Klassenzimmer und Übungsräume.

„Ich bin kein Büromensch und mag die praktische Arbeit im Krankenhaus“, sagt Helen aus dem ersten Lehrjahr über ihren Traumberuf: Gesundheits- und Krankenpflegerin. Die Schülerin und ihre Klassenkameraden zeigen beim Tag der offenen Tür den vielen neugierigen Besuchern die Schwerpunkte ihrer dreijährigen Berufsausbildung mit 2500 praktischen Stunden in allen Fachbereichen des Klinikums und 2100 Stunden theoretischem Unterricht in Blockphasen.

Gepflegte Arbeitskleidung

Sie verdeutlichen, wie schwer es ist, seine Hände gründlich zu desinfizieren, ohne dass noch Bakterien auf der Haut zurückbleiben. Sie demonstrieren am eigenen Leib, wie gepflegte Arbeitskleidung im Krankenhaus aussieht: Schmucklos, mit zu-

sammengehenden Haaren, kurzen, unlackierten Fingernägeln und flachen, gut abwischbaren Schuhen. Die angehenden Gesundheits- und Krankenpfleger führen vor, wie man schwere Patienten mit der entsprechenden Technik heben kann oder Kranke mit Wundliegegeschwüren richtig betten muss. Außerdem zeigen sie den Besuchern stolz ihre neuen Schulräume, die von der Memminger Wohnungsbaugenossenschaft MEWO innerhalb von nur drei Monaten aus alten, verstaubten Behördenräumen der Post hergerichtet wurden. Das individuelle Farbkonzept in den Tönen Rot und Orange entwarfen Mitarbeiter der Berufsfachschule selbst.

Gute Ausstattung

„Absolut sportlich und ganz hervorragend wurden hier inner-

Regensburg:

Spatenstich für neue Berufliche Oberschule

Auf dem Gelände der ehemaligen Regensburger Nibelungenkaserne soll künftig auch baulich der Schritt in die Bildungslandschaft vollzogen werden. Bis September 2016 werden insgesamt 53 Klassenräume samt Aufenthaltsräumen für etwa 1.400 Schüler entstehen, erklärte Oberbürgermeister Hans Schaidinger bei der Grundsteinlegung für den Neubau einer Beruflichen Oberschule. Damit trage die Stadt Regensburg der zunehmenden Attraktivität dieses Schultyps Rechnung.

Mit rund 65 Mio. Euro werde der Neubau der Beruflichen Oberschule das bislang teuerste Schulbauprojekt in der Geschichte der Stadt Regensburg sein, betonte Schaidinger. Entstehen wird ein barrierefreies Schulgebäude mit einer sehr werthaltigen und langlebigen Fassadenkonstruktion. Das Gebäude wird so konstruiert, dass die Raumzuschnitte über den gesamten Lebenszyklus der Schule veränderbar bleiben und so flexibel auf aktuelle Nutzerbedürfnisse angepasst werden können.

Kammartige Struktur

Der Neubau bekommt eine kammartige Struktur, die die drei Bildungsbereiche Technik, Wirtschaft und Sozialwesen abbildet und sich der abfallenden Topographie des Geländes anpasst. Durch diese Staffelung des Gebäudes wirkt das große Bauvolumen optisch weniger monumental. Die Kammstruktur schafft zudem unterschiedliche Ruhe-

und Kommunikationsbereiche, tribünenartige Sitzstufen erzeugen einen fließenden Übergang zu den tiefer liegenden Sportflächen, an die sich eine Sporthalle anschließt.

Quartiersbildung

Das neue Gebäude schafft in seiner Funktion als öffentliche quartiersbildende Einrichtung auch Platz für außerschulische Bildungs- und Veranstaltungsangebote. Insbesondere die großzügige Pausenhalle und der Speisesaal sind für multifunktionale Veranstaltungen ausgelegt und können flexibel zusammengeschaltet bzw. in den Außenraum erweitert werden.

Die Themen Nachhaltigkeit und Energie sollen durch ein ganzheitliches und im Schulbetrieb erlebbares Energie- und Technikkonzept die Schüler für die Themen Energieeinsparung und nachhaltiges Wirtschaften sensibilisieren, beispielsweise durch eine Photovoltaikanlage

halb kürzester Zeit tolle Räume für unsere Schüler geschaffen“, betont Schulleiter Fridolin Bruckner beim offiziellen Teil am Tag der offenen Tür und lobt die zentrale Lage und die gute Ausstattung der neuen Räume. Auf circa 700 frischrenovierten Quadratmetern im Postgebäude an der Lindentorstraße 22 befinden sich nun vier Klassenzimmer, ein Demonstrationsraum, Gruppenräume, Pausenraum, Büros der Lehrkräfte und weitere Funktionsräume. „Die Handwerker, die noch hämmerten und bohrten, als der Unterricht schon wieder lief, wurden von uns mit Leberkäsemmeln, Kaffee und Schokolade bei Laune gehalten“, erzählt Bruckner schmunzelnd.

„Dank einem treuen Stamm an Firmen, die jedes Wochenende durchgearbeitet haben, konnten wir die Sanierung sehr schnell über die Bühne bringen“, erklärt MEWO-Vorstand Hans-Peter Fischer. Dabei sei mit 340.000 Euro Renovierungssumme der Kostenansatz sogar unterschritten worden.

Aufwändiger Umbau

„Ich freue mich zu hören, dass alles so schnell und gut gelaufen ist“, sagt auch Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und wünscht den Schülern und Lehrern in ihren neuen Räumen alles Gute. Grund für den aufwändigen Umzug der Schule waren die umfangreichen Umbauarbeiten auf dem Klinikgelände (wir berichteten bereits), im Zuge derer in den kommenden Jahren unter anderem der Operationstrakt modernisiert, die Kinderklinik erweitert und die Intensivstationen zusammengelegt werden. Weil zur Unterbringung verschiedener Klinikabteilungen während der Bauarbeiten ein Interimscontainer an die bisherigen Schulräume der Berufsfachschule angebaut wurde, fiel ein großes Klassenzimmer weg.

Karitative Einrichtung

„Die verbliebenen Räume reichten für einen ordentlichen Unterrichtsbetrieb nicht mehr aus“, so Bruckner. Die Einnahmen durch die Verpflegung am Tag der offenen Tür kommen einer caritativen Einrichtung zugute. □

auf dem Dach des Parkhauses. Bereits zum Schuljahr 2015/16 werde der erste Bauabschnitt mit Sporthalle bezugsfertig sein, stellte Schaidinger fest.

Hoher Fördersatz

Bürgermeister Gerhard Weber bezeichnete es seinerseits als „besonders erfreulich, dass es gelungen ist, diese große Schule nunmehr – fast – in einem Zug zu bauen und nicht wie lange Jahre geplant in zwei Bauabschnitten“. Zudem habe OB Schaidinger es geschafft, den Freistaat Bayern zu einem außerordentlich hohen Fördersatz von rund 45 Prozent zu bewegen, wenn beide Bauabschnitte gleichzeitig verwirklicht werden.

Modellschule

„Ich bin auch fest davon überzeugt, dass hier eine Modellschule des 21. Jahrhunderts entsteht. Unsere Kinder und Jugendlichen sind die Garanten unserer Zukunft, sie gestalten die Gesellschaft von morgen“, fuhr Weber fort. Der Spatenstich markiere den Endpunkt eines „jahrelangen Kampfes.“ Die bewegte Geschichte der Beruflichen Oberschule finde nun in Kürze ein gutes Ende. DK

Recyclingbaustoffe aus Bayern



BAUSTOFF
RECYCLING
BAYERN

**Der Umwelt zuliebe
nur mit diesem Zeichen!**

- sind geprüft, güteüberwacht und zertifiziert.
- gewährleisten die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung gemäß KrWG
- garantieren die Übereinstimmung mit bau- und umwelttechnischen Regelwerken
- schaffen Vertrauen zwischen Hersteller, Anwender und Behörden

www.baustoffrecycling-bayern.de

HUCK Seiltechnik auf der FSB in Köln:

Neue Farb- und Spielkombinationen

Auf der internationalen Fachmesse für Freiraum, Sport- und Bäderanlagen FSB (22.-25.10.2013) präsentiert die HUCK Seiltechnik GmbH auf dem Kölner Messegelände in Halle 3.2 eine Vielzahl von Kombinationen rund um Kletter-, Spiel- und Schaukelgeräte für Spielplätze und Parkanlagen, Freizeitanlagen und Kindergärten und weitere Anwendungsfelder.

Im Mittelpunkt steht beispielsweise der neue Vogelneestbaum „Adlerhorst“ in den extravaganten Seilfarben grau und schwarz, kombiniert mit schwarzen Vogelneestern. Bei einer Gerätehöhe bis 6 m thronen die Kinder wie in einem echten Nest an einem hohen Pfosten. Sie können in luftigen Höhen – gut abgesichert durch Kletternetze – die Aussicht genießen und haben den ganzen Spielplatz im Blick. Diverse Auf- und Abstiegsvarianten wie Kletternetze, Seile und Leitern sorgen für spannende Klettervariationen und jede Menge Abenteuer.

Engmaschiges Geflecht

Den Kern des neuen Vogelneestbaumes bildet das Original HUCK Vogelneest, ein rundes engmaschiges Korbgeflecht mit nestförmig ausgebildetem Boden und seilumwickeltem Stahlring im Durchmesser 190 cm. Im Gegensatz zu Netzböden bleiben Schmutz und Nässe nicht im Material stehen, die Kleidung der

Kinder bleibt sauber und trocken. Die Original HUCK Vogelneest-Körbe sind in unterschiedlichen Farben erhältlich.

Netzkippen machen jede Menge Spaß

Wippen hatten immer schon einen hohen Spaßfaktor. Dabei kann es schon mal turbulent zugehen. Als Variante zur erfolgreichen Netzkippe mit Douglasie-Leimbindern präsentiert HUCK deshalb eine Netzkippe mit einer hochwertig feuerverzinkten und lackierten Stahlrahmen-Konstruktion an, die auch Erwachsene „verkräftet“. Das Spielgerät ist 4 m lang und 90 cm breit. Eine stabile Wippmechanik sorgt für ungetrübten Spaß. Haltebügel an den beiden Enden sowie Handlaufseile geben den Kindern Sicherheit – selbst beim stürmischen Wippen. Zwei in den Boden eingelassene Gummireifen dämpfen die Stöße gezielt. Im Stahlrahmen sitzt ein Netz



Bei einer Adlerhorst-Gerätehöhe von bis zu sechs Metern thronen die Kinder im Original HUCK Vogelneest des Vogelneestbaumes hoch über dem Spielplatz. (Bild: HUCK)

aus den bekannten und sehr robusten Herkules-Seilen (16 mm Ø, sechslitzig, mit Stahleinlage), das in den Farbtönen grün, gelb, rot, schwarz, grau, hanf oder bunt verfügbar ist – auf dem Messestand in der eleganten Grau/Schwarz-Kombination zu sehen. Eine neue, aufregende Erweiterung der HUCK

Netzkippen-Serie ist die Ausführung mit zusätzlichem Netzdach: Hierdurch kann die Wippe auch als Krabbeltunnel, Liegenetz oder Ruheplatz mit umschließender Netzhöhle genutzt werden.

Weitere Informationen unter: www.huck.net

möglich. Ihr Ausbau in Bayern wäre damit ernsthaft gefährdet.“

Energiewendepakt

„Wir regen an, in Bayern einen umfassenden Energiewendepakt mit klaren Verpflichtungen abzuschließen, um die Energiewende mit integrierten Systemlösungen zu meistern.“ So Geiger weiter. „Mit der Einnahme auf Energieeffizienz gerät der Pakt in Gefahr, nur punktuell Maßnahmen zu fördern.“ Es fehle ein Bekenntnis zur forcierten Schaffung dezentraler Energieversorgungsstrukturen in Bayern. Zudem rege die Bayerische Bauindustrie an, bestehende Förderprogramme wie das bayerische Jahreskrankenhausbauprogramm stärker auf die Einsparung von Energiekosten auszurichten. Die Höhe der Förderung gegenüber den kommunalen Krankenhausträgern sollte von anspruchsvollen Energieeinsparzielen abhängig gemacht werden. Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sollte gekoppelt werden mit dem Bau von Kleinwasserkraftwerken oder den an der TU München entwickelten Schachtkraftwer-

Günzburg:

Kommunalforum beleuchtet Energiepotenziale

Kann sich ein Blockheizkraftwerk in einem Unternehmen auf die gesamte Energiebilanz einer Gemeinde auswirken? – Es wird nicht nur sichtbar, sondern es kann die Bilanz massiv verändern, wie das Beispiel der Günzburger Landkreisgemeinde Dürrlauren zeigt. Auch die CO2-Emissionen gehen hier massiv zurück.

Solche und ähnliche Fragen wurden beim ersten von vier Kommunalforen im Landkreis Günzburg in der Kapuzinerhalle Burgau von den Bürgermeistern und Energieverantwortlichen diskutiert. Im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Günzburg wurden vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) Energiebilanzen und Potenzialanalyse für jede Gemeinde berechnet. „Jetzt ist es wichtig zu erfahren, was wir mit den Fakten anfangen können“ so Bürgermeister Karl Oberschmid aus Winterbach.

Gezielte Ansprache

Die Bilanz zeigt zum Beispiel, welche Unternehmen Strom als auch größere Mengen an Wärme benötigen und sich damit für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung eignen. Hier kann die Ge-

meinde dann aktiv werden und die Betriebe gezielt ansprechen. Es ist auch interessant zu sehen, wie viel Potenziale die Solarenergie auf den Gebäudedächern noch bereit stellt. Sobald sich Speicherlösungen in Form von Batterien für Privathaushalte durchsetzen, was laut Ansicht von Dr. Hans-Jörg Barth (eza!) in zwei bis drei Jahren der Fall sein wird, kann der Eigenverbrauch von selbst erzeugter Energie auf gut 60-70 % ansteigen.

„Dann brauchen wir auch keine neuen Stromautobahnen von der Nordsee nach Bayern mehr“ ist das Fazit von eza!. Die Diskussion zeigte neben vielen Zahlen, dass die Gemeinden einige Handlungsoptionen haben und das Thema nun anpacken müssen. Der Energiepakt mit dem Landkreis Günzburg ist eine wichtige Basis, die nun mit Leben gefüllt werden muss. **hj**

„Ort schafft Mitte“

Fachtagung der Städtebauförderung in Bayern am 28. November 2013 im Kurhaus in Freyung

Die diesjährige Fachtagung der Städtebauförderung in Bayern behandelt vor allem die Leerstandsproblematik in Ortsmitten. Denn gerade die Stadt- und Ortskerne sind für kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum als räumliche und soziale Identifikationsorte von großer Bedeutung.

Die eintägige Veranstaltung richtet sich vor allem an die Bayerische Kommunalpolitik, die kommunalen Verwaltungen und an Stadtplanungs-, Architektur-, Landschaftsarchitektur- und Ingenieurbüros. Vortragende und Teilnehmer an den Diskussionsforen sind insbesondere Vertreterinnen und Vertreter von Kommunalpolitik und Wissenschaft, von Architektur- und Stadtplanungsbüros sowie Projektbeteiligte von Modellkommunen. Die Fachtagung führt die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern in Kooperation mit der Bayerischen Architektenkammer durch.

Anmeldung (bis 21. November 2013) und weitere Informationen unter: monika.robl@stmi.bayern.de

ken mit Fischklappen und einem zusätzlichen Fischeinfang.

Quartierssanierung

Statt punktuell einzelne Gebäude energetisch zu sanieren, sollte das Prinzip der Quartierssanierung sein: ein systemischer Ansatz mit regionalen Wertschöpfungsinitiativen, abgestimmter zentralisierter Wärmeversorgung und in-

novativen Versorgungskonzepten.

Ingenieurskompetenz

Geiger abschließend: „Die bayerische Bauindustrie kann mit ihrer Ingenieurskompetenz und ihrem Bau-Knowhow entscheidend zum Gelingen der Energiewende beitragen. Der Staat muss dafür aber die Rahmenbedingungen richtig setzen.“

Mehr Verlässlichkeit in der bayerischen Energiepolitik

„Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die bayerische Bauindustrie aktiv verbunden und verpflichtet fühlt. Unsere Ingenieurkompetenz wird dazu beitragen, dass integrierte Systemlösungen zur Geltung kommen, weil nur so die gesetzten Ziele erreicht werden können“, sagte Dipl.-Ing. Josef Geiger, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, als Begründung dafür, dass die Bayerische Bauindustrie den von der Staatsregierung initiierten Energieeffizienzpakt nicht unterzeichnen wird.

„Uns fehlt im bayerischen Energieeffizienzpakt der Gedanke gegenseitiger Verpflichtungen nach dem Vorbild des Bayerischen Umweltpaktes“, so Geiger weiter. Zwar würden einige

Staatsministerien die Umsetzung diverser Projekte zusagen. Das seien aber keine Zusagen verlässlicher Rahmenbedingungen, an denen sich die Wirtschaft ausrichten könnte.

Mindestabstandsflächen zu Windkraftanlagen

„Insbesondere stört mich, dass Bayern die Mindestabstandsflächen zu Windkraftanlagen deutlich vergrößern will.“ Auf keinen Fall dürfe diese auf das Zehnfache der Turmhöhe, bei großen Anlagen wären das 2 km, ausgeweitet werden: „Da muss ein vernünftiger Kompromiss gefunden werden. Sonst wäre Windkraft nur noch auf 0,05 % der bayerischen Staatsfläche

BayernLB finanziert Logistik- und Seniorenimmobilien

Zusammenarbeit mit Hellmich-Unternehmensgruppe

Dinslaken/München - Die BayernLB finanziert für die Hellmich-Unternehmensgruppe den Neubau von mechanisierten Zustellbasen, die als Paketverteilzentren für die Deutsche Post AG / DHL eingesetzt werden. Weiterhin steht die BayernLB der Hellmich-Unternehmensgruppe als Finanzierungspartner für den Neubau von HEWAG Seniorenstiften zur Verfügung. Das Dinslakener Unternehmen wird von der NRW-Niederlassung der BayernLB in Düsseldorf betreut.

Die spezialisierten Logistikimmobilien dienen dem Mieter, der Deutschen Post AG / DHL, als Paketverteilzentren, in denen der letzte Paket-Sortiertvorgang vor der Versendung in die Zustellbezirke erfolgt. Die mechanisierten Zustellbasen verfügen über Hallen-, Büro- und Sozialflächen. Sie befinden sich im Ruhrgebiet in verkehrsgünstigen Lagen, die über unmittelbare Autobahnanschlüsse verfügen.

Steigender Online-Handel

Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen beträgt rund 33 Mio. Euro. Nach Fertigstellung der Logistikzentren durch die Hellmich-Unternehmensgruppe erfolgt der Einbau der Paketverteiltechnik durch den Mieter. Die Hellmich-Unternehmensgruppe begleitet damit die Expansion

der Deutschen Post AG / DHL, die den Ausbau ihres bundesweiten Paketnetzwerkes aufgrund des steigenden Online-Handels als wichtiges Ziel fokussiert hat.

34 Millionen Euro Investitionsvolumen bei Seniorenimmobilien

Die Hellmich-Unternehmensgruppe ist außerdem seit vielen Jahren mit dem Unternehmensbereich „Leben und Gesundheit“ bzw. HEWAG Seniorenstifte als Investor und Betreiber von Seniorenimmobilien tätig und expandiert kontinuierlich. Die BayernLB konnte das Unternehmen auch in diesem Bereich als Finanzierungspartner für den Neubau von drei HEWAG Seniorenstiften begleiten. Das Gesamtinvestitionsvolumen im Bereich der Seniorenimmobilien beträgt rund 34 Mio. Euro.

bilien beträgt rund 34 Mio. Euro.

Familienunternehmen

Die Hellmich-Unternehmensgruppe ist ein durch Herrn Walter Hellmich seit 1967 geführtes mittelständisches Familienunternehmen in zweiter Generation, das ein umfassendes Angebot im Baubereich bietet: Schlüsselfertigbau, Hochbau, Projektentwicklungen, Industriebau, Straßen- und Brückenbau, Sportstätten, Lärmschutz, Sanierung, Einzelhandels-, Senioren- und Logistikimmobilien.

Immobilienfinanzierung

Die BayernLB gehört seit vielen Jahren zu den wichtigen Immobilienfinanzierern in Deutschland. Mit ihrem Konzern-Netzwerk bietet die BayernLB darüber hinaus umfangreiche Dienstleistungen rund um die Immobilie, die von M&A Beratung über Bewertungsdienstleistungen und Facility-Management reichen. Die BayernLB versteht sich als Unternehmensfinanzierer der deutschen Wirtschaft und als Partner der Sparkassen. □

HUCK
Seiltechnik

Vertrauen Sie nur dem Original

Höchste Sicherheit und jede Menge Spielspaß für die Kids – das gibt es nur beim Original HUCK Vogelneest®. Viele Größen, Farben und Ausstattungen sowie lange Lebensdauer und TÜV-Prüfung sind selbstverständlich.

Besuchen Sie uns:
FSB in Köln
Halle 3.2 | Stand A020/B021

www.huck.net
www.seilwelten.de



HUCK Seiltechnik auf facebook:
[facebook.com/huck.seiltechnik](https://www.facebook.com/huck.seiltechnik)

Qualität.
Sicherheit.
Spaß.

Kronimus Urnenbauwerke in Bayern:

Würdevoll wirtschaftlich bestatten

Der Trend zur Urnenbestattung hat inzwischen eine Bedeutung erlangt, die vor wenigen Jahren unvorstellbar schien. Doch wurden bundesweit 2011 erstmals mehr Menschen in der Urne als im Sarg beigesetzt. Auch die Kommunen und Friedhofsämter im Freistaat stellen sich zunehmend der Herausforderung, dieser Entwicklung verantwortungsvoll zu begegnen. Gelungene Urnenbauwerke zeigen von Traunstein bis Hof: Die Verbindung aus Tradition, Moderne, Wirtschaftlichkeit und Würde ist planbar.

Immer weniger Menschen in Deutschland wollen nach Ihrem Tod in einem Sarg bestattet werden. Gleichzeitig wächst der Wunsch von Hinterbliebenen nach einer leicht pflegbaren Grabstätte – eine unmittelbare Folge des demographischen Wandels und des sich ändernden Arbeitsmarktes. Kaum eine Kommune kann sich dieser strukturellen Herausforderung heute länger verschließen. Zu den Gemeinden, die sie bereits gemeistert hat, gehört Oberkotzau im Landkreis Hof.

Individuell angefertigte Glaselemente

Hier wurde eine außergewöhnliche Urnenanlage mit 24 Einzelnischen für 28 Bestattungspplätze in aufgelockerter

Stelenform realisiert: Individuell angefertigte Glaselemente der Kunst- und Bauglaserei Poiger aus Windberg machen die Urnenanlage auf den ersten Blick zu einem Unikat. Auf den zweiten Blick offenbaren sich jene technischen Feinheiten, die erklären, warum Kronimus als Anbieter von Urnensystemen nach wie vor eine Ausnahmestellung hat. Langlebige Betonsteinkorpuse werden hier nach individuellen Wünschen mit hochwertiger Natursteinveredelung kombiniert und mit einem innovativen Verschlusssystem, das gänzlich ohne sichtbare Halterungen oder Verschraubungen auskommt. Gute Argumente für eine dauerhaft wirtschaftliche Investition, die auch andernorts im Freistaat „ankommen“.

Beratung vor Ort

Zum Beispiel in Pittenhart im Kreis Traunstein oder im mittelfränkischen Oberasbach bei Bauamtsleiterin Angelika Weisel: „Die persönliche Beratung vor Ort, das detaillierte Planungskonzept, das individuelle Design hat uns im Gesamtpaket komplett überzeugt. Noch dazu haben wir mit der neuen Anlage praktisch keine Unterhaltungskosten“.

Lange Lebensdauer

Die Investitionskosten von Kronimus Urnenwandssystemen sind durch ihre lange Lebensdauer bei einer gewöhnlichen Gebührenordnung bereits nach drei Ruhezeiten zu 100 Prozent amortisiert. Drei Basis-Systeme, Urnenwände, Urnensäulen und Urnenstelen, warten mit vielfältigen Ausstattungsdetails, über 25 verschiedenen Farbtönen und 20 unterschiedlichen Verschluss-



Kronimus Urnenanlage in Oberkotzau im Landkreis Hof. □

platten aus Naturstein auf.

Breites Spektrum an Zubehör

Daneben bietet der Betonsteinhersteller ein breites Spektrum an passendem Zubehör, wie zum Beispiel Blumenbänke, Sitzelemente, Pflanztröge, Brunnen, Pflastersteine, Platten, Stufen, Palisaden, Pfosten, Poller

und Grünwandssysteme, die im selben Material und in gleichen Farben erhältlich sind. Alle Systeme sind modular aufgebaut und werden von Kronimus komplett aus einer Hand geliefert, von der Planung, über die Produktion, Lieferung, bis zur Montage. Mittlerweile haben sich Urnensysteme von Kronimus bereits auf rund 650 Friedhöfen bundesweit bewährt. □

Der neue Holder X 30:

Ein Fahrzeug – X Anwendungen

Mit seinem 2-Besen-Kehr-Saugsystem und dem dreifach nutzbaren Multifunktionsbehälter setzt der neue Holder X 30 Maßstäbe in der 30-PS-Klasse. Ob Kehrsaugen, Mähsaugen oder Bewässerung, der X 30 erledigt verschiedenste Jobs im Kommuneinsatz wie zum Beispiel in der Friedhofspflege, ohne den Behälter absetzen oder wechseln zu müssen. Ein komplettes Anbaugeräteprogramm sowie Pakete mit perfekt abgestimmten Anbaugeräten runden das Angebot sinnvoll ab.

Das speziell für den Holder X 30 entwickelte Kehr-Saugsystem verfügt über ein voll bewegliches 2-Besensystem mit Beseneinzelsteuerung, über eine Saugmundbreite von 600 mm, einen Saugschlauchdurchmesser von 160 mm, eine Kehrbreite von bis zu 2050 mm sowie einen multifunktional einsetzbaren Behälter aus Edelstahl.

Größtmögliche Flexibilität

In der Fahrzeugklasse der kleinen knickgelenkten Geräteträger ist diese Funktionalität bemerkenswert – sie ermöglicht beste Reinigungsergebnisse bei größtmöglicher Flexibilität. Tauscht man das Kehrsystem mit wenigen Handgriffen gegen ein Mähwerk aus, ist der Holder X 30 mit seinem Multifunktionsbehälter für die Rasenpflege bereit. Mit dem sehr groß dimensionierten Unterdruck-Sauggebläse wird in Verbindung mit dem langen Saugrohr ein hoher Befüllgrad des Behälters erreicht – für lange Arbeitsintervalle ohne Unterbrechung. Genauso einfach funktioniert der Wechsel zu den Anwendungen Gießen, Schwemmen oder Hochdruckreinigen. Durch das intelligente Wasserbefüllsystem und das ausgeklügelte Tank-in-Tank Verbindungskonzept wird der Frischwassertank mit dem Behältertank direkt verbunden.

Absolut wintertauglich

Auch für den Winterdienst liefert der Holder X 30 ein perfekt abgestimmtes Anbaugeräteprogramm. Von unterschiedlichen Räumschildern über Frontkehrwalze und Pritsche bis hin zu Aufsattelstreuer und Anbaustreuer. Das robuste Holder-Ankuppelsystem ermöglicht den Einsatz weiterer Anbaugeräte aus dem Holder-Programm, auch ausgewählte bestehende Anbaugeräte können einfach und problemlos verwendet werden.

Großzügige Kabine

Die großzügige Kabine und deren durchdachte Ausstattung setzen Bestmarken in Sachen Komfort, leichter Bedienung, kurzer Einlernzeit und Arbeitssicherheit. Die Kabine verfügt

über Ausstiege rechts und links und ein Schiebefenster. Optional ist die Kabine mit dem luftgefederten Gesundheitssitz inkl. Sitzheizung sowie einer Klimaanlage mit intelligenter Luftführung wählbar. Durch die mitschwingende Multifunktions-Armlehne und den großen Holder-Multifunktions-Joystick kann die Maschine mit nur einer Hand und ohne umständliches Umgreifen bedient werden.

Kundenwünsche

„Bei der Entwicklung des X 30 wurde sehr genau auf die Wünsche der Kunden gehört und die Schwerpunkte auf die Bereiche Bedienung und Fahrkomfort, Multifunktionalität, perfekte Arbeitsergebnisse sowie Robustheit und Zuverlässigkeit gelegt – ähnlich wie auch schon bei den Erfolgsmodellen der C-Reihe. Zusammen mit dem ideal auf das Fahrzeug abgestimmten Anbaugeräten darf man sich auf ein in dieser Fahrzeuggröße neuartiges und weltweit einzigartiges Multifunktions-Arbeitssystem freuen“, erläutert Matthias Bienert, Leiter Produktmanagement und Marketing der Max Holder GmbH. Im Pflichtenheft standen als zentrale Entwicklungsziele die Themen Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz.

Sämtliche Merkmale dieser Entwicklung laufen bei Holder unter dem Überbegriff Holder Green-Efficient-Technology – kurz Holder G.E.T.



Ein Multitalent für den Universaleinsatz: Der Holder X 30. □

HOLDER feierte rundes Jubiläum

Seit 1888 baut Holder Geräte, Maschinen und Allrad-schlepper. Heuer, 125 Jahre später, blickt das Unternehmen auf eine abwechslungsreiche Vergangenheit zurück und voller Optimismus in die Zukunft. Gerechtfertigt wird dieser Optimismus durch die sehr positiven Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre, in denen das Unternehmen auf ganzer Linie in die Erfolgsspur zurück gefunden hat. Zu verdanken ist dies der Rückbesinnung auf alte Stärken, dem engagierten Einsatz aller Mitarbeiter und natürlich dem Vertrauensvorschuss der Händler und Kunden.

Bilder des großen Jubiläumsfestes mit Oldtimertreffen, das im September 2013 am Firmensitz in Metzingen stattfand, sind unter www.max-holder.com zu sehen. □

Evangelischer Friedhof in Marl:

Die Kreuzstele überzeugt

Oberirdische Bestattungsalternativen wie die Beisetzung in Urnenstelen stoßen trotz vieler offensichtlicher Vorteile – etwa dem geringeren Kosten- und Pflegeaufwand im Vergleich zu herkömmlichen Bestattungsformen – nicht immer auf ungeteilte Zustimmung. So war es dann auch in der im nördlichen Ruhrgebiet gelegenen, fast 90.000 Einwohner zählenden Stadt Marl.

„Die Anmutung von Urnenwänden ist oft so nüchtern, dass man nicht mehr das Gefühl hat, im Sinne der Friedhofssatzung zu handeln“, begründet Pfarrer Peter Neumann van Doesburg, Vorsitzender des Friedhofsausschusses des Evangelischen Friedhofs in Marl, seine anfänglichen Berührungsgänge. Denn in der Satzung heißt es, der Friedhof mit seinen Grabstätten und seinem Schmuck habe die Aufgabe, „die Verkündigung sichtbar zu bezeugen“ und auf „die Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit eines jeden Menschen vor Gott“ hinzuweisen.

Kreuzsymbol im Zentrum

Erst nach längerer Recherche hat Pfarrer Neumann van Does-

burg schließlich eine Lösung gefunden, die sowohl zur Friedhofssatzung passt als auch die Ausschussmitglieder der Gemeinde überzeugt: eine Kreuzstele, eingerahmt von zwei Einzelstelen, aus dem Hause des Friedhofsausstatters PAUL WOLFF.

Hohe Akzeptanz

Das Kreuzsymbol im Zentrum, das bei anbrechender Dunkelheit stimmungsvoll beleuchtet wird, verkörpert den christlichen Heilsgedanken in angemessener Weise und konnte die anfängliche Skepsis schnell überwinden. Der Anlage wurde sogar ein Platz an exponierter Stelle gegenüber dem Haupteingang eingeräumt, da dieser auch noch Raum für wei-



Eine Kreuzstele, eingerahmt von zwei Einzelstelen von PAUL WOLFF in Marl. □

tere Stelen bietet und ohnehin neu gestaltet werden musste.

Die hohe Akzeptanz seitens der Bevölkerung spricht für das Konzept: Bereits in der Bauphase wurden vier Kammern vorverkauft. Inzwischen sind sechs von 22 Kammern belegt und Peter Neumann van Doesburg zeigt sich zuversichtlich, innerhalb der nächsten sechs Monate alle Kammern verkaufen zu können.

Das Mönchengladbacher Unternehmen PAUL WOLFF ist mit dem Gütezeichen RAL-GZ 502/3 für Urnenbestattungssysteme zertifiziert und entspricht damit den sehr strengen Normen der deutschen RAL-Gütegemeinschaft Friedhofssysteme e. V. □





Neues Prospekt!
jetzt bestellen unter:
vertrieb@kronimus.de

95145 Oberkotzau, Urnenstelen Typ S

www.kronimus-urnensysteme.de

Neue Euro VI Unimog-Generation:

Konsequent sauberer, effizienter und stärker

GZ-Gespräch mit Henne-Unimog-Verkaufsleiter Rainer Partelly
Leistungsschau 2013 vom 16. bis 18. Oktober in Heimstetten

Der Unimog ist eines der wenigen Fahrzeuge, die zu Recht als automobile Legende gelten. Seit über 60 Jahren im Markt, beweist sich „der John Wayne unter den Nutzfahrzeugen“ seither täglich als kraftvoller und hoch wirtschaftlicher Partner für Kommunen, Organisationen und Unternehmen. „Effizient in die Zukunft“ – dieses Motto setzt die neue Generation des Unimogs - der Euro VI Unimog - konsequent um. Allein die Implementierung der neuen Abgasnorm Euro VI erforderte massive Eingriffe in die Fahrzeugtechnik. Ein guter Anlass, das gesamte Fahrzeug zu verbessern und noch effizienter, praxisorientierter und produktiver auszuliegen, wie Rainer Partelly, Verkaufsleiter der Henne-Unimog GmbH, Heimstetten bei München, im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte.

Mercedes-Benz hat die Umstellung auf die Abgasnorm Euro VI ab Januar 2014 zum Anlass

weniger) mit strenger Abgasreinigung und erreichen, dass auch der Unimog - trotz des hohen konstruktiven Aufwands zur Einhaltung von Euro VI - insgesamt effizienter unterwegs ist. Die neuen Unimog punkten zudem durch eine hohe Lebenserwartung und Zuverlässigkeit sowie lange Wartungsintervalle. Das zählt sich für den Kunden aus.

Ebenfalls unter die Lupe genommen wurde das Kabinendesign: Tagfahrlicht, Frontkamera zur besseren Kontrolle montierter Arbeitsgeräte, neue Stoßfänger und jetzt oben montierte Scheibenwischer sind das Kennzeichen der neuen Generation des Mercedes Unimog. Auch innen wurde aufgerüstet, unter anderem mit neuen Instrumenten, Lenkstockhebeln für die Getriebe- und Motorbrems-Bedienung und einer verbesserten Klimatisierung.

Neuer synergetischer Fahrtrieb

Präzise auf den Einsatz abgestimmt ist der neue synergetische Fahrtrieb. Die Vorteile beweisen sich in der Praxis: Die Arbeitsgeschwindigkeit von 0 bis 50 km/h kann unabhängig von der Motordrehzahl stufenlos eingestellt und mit der Tempomatfunktion gehalten werden. Beim Umsetzen zwischen den Einsatzorten oder beim Rangieren kann während der Fahrt einfach zwischen stufenlosem und mechanischem Antrieb gewechselt wer-

für die größte Produktoffensive in seiner Geschichte genommen. Trotz der entstandenen Herausforderungen konnten die Vorteile des Unimog Fahrzeugkonzepts weiter ausgebaut werden: Die neue Generation des hochgeländegängigen Unimog und des Geräteträger Unimog überzeugen Partelly zufolge durch eine deutliche Steigerung von Leistung, Effizienz und Bedienkomfort.

Im Kommunaleinsatz

Der Unimog Geräteträger, geschätzt für seinen weit verbreiteten kommunalen Einsatz, bietet neue Motoren für alle Baureihen. Einstiegsmodelle sind künftig die Versionen U 216 und U 218, größte und stärkste Geräte-Träger-Variante der U 530. Die neuen BlueEfficiency Power Medium-Duty Motoren mit vier- und sechs Zylindern zwischen 115 kW (156 PS) und 220 kW (300 PS) kombinieren niedrigen Kraftstoffverbrauch (bis zu 3 Prozent

den. Das System erleichtert damit die Arbeit für den Bediener und steigert die Produktivität.

Seit Anfang September läuft die Produktion des Euro VI Unimog im Mercedes-Benz Werk Wörth. „Inzwischen liegen sehr viele Anfragen vor“, so Partelly. Die ersten Vorführfahrzeuge mit entsprechenden Aufbauagern in Aktion erleben kann man bei der Henne-Unimog-Leistungsschau 2013 vom 16. bis 18. Oktober auf dem Firmengelände in Heimstetten bei München.

Bei dieser Veranstaltung wird nach Partellys Worten das gesamte Unimog-Produktprogramm abgebildet. Zwar liege der Schwerpunkt auf der Präsentation der neuen Euro VI Unimog-Generation; jedoch werde auch die Vorgänger-Baureihe mit allen Exponaten ausgestellt.

Hauptabnehmer der Unimog-Geräteträger sind der öffentliche Dienst, kommunale Unternehmen, die Bau- und Energiewirtschaft sowie die Industrie. Entsprechend sind deren Repräsentanten auf der Leistungsschau herzlich willkommen.

Multihog neu im Programm

Freuen können sich die Besucher auf eine Neuheit im umfangreichen Henne-Programm: „Analog zu unserem Unimog-Verkaufsgebiet übernimmt Henne jetzt auch die Vertretung der irischen Firma Multihog und deren Fahrzeuge“, informierte Partelly. Beim Multihog handelt es sich um einen sehr stabilen, kraftvollen Geräteträger aus Irland mit innovativer Technik,



Henne-Unimog-Verkaufsleiter Rainer Partelly im Verkaufsraum in Heimstetten.

Langlebigkeit und Qualität. Das mit hochwertigen Komponenten aus Deutschland ausgestattete Fahrzeug ist ein Knicklenker und überzeugt durch seine extreme Wendigkeit. Verfügbar ist der Multihog ab einer Leistungsklasse von ca. 90 PS (bis 125 PS) und in einer Fahrzeugbreite von 1,30 bis 1,80 Meter mit verschiedenen Kabinenvarianten.

Ebenso wie der Unimog ist der multifunktionale Geräteträger Multihog eine Lösung für das ganze Jahr und für zahlreiche Anwendungen. Er ist mit einer nahezu unbegrenzten Auswahl an Zusatzgeräten für Straßensanierung, Wartung und Pflege im Bankett- und Barrierenbereich, Kehren, Grasmähen und Heckenschneiden, Schneeräumen, Salz-, Sand- oder Splittstreuen und vieles mehr einsetzbar.

„Diese Art von Geräteträger wurde von unseren Kunden verstärkt nachgefragt“, machte Par-

telly deutlich. „Deren spezielle Bedürfnisse können wir hier komplett abdecken. Produkt, Konzept und Personal haben uns letztlich überzeugt.“

Apropos individuelle Bedürfnisse: Das Unimog Gebrauchtfahrzeug Center (UGC), das die Gebrauchtfahrzeuge der autorisierten Mercedes-Benz Unimog-Generalvertretung Henne-Unimog GmbH vermarktet, wartet an den Standorten Kirchheim und Martinsrieth mit einer Fülle lohnender Alternativen zum Neukauf auf.

Mit über 100 Gebrauchtfahrzeugen und den passenden –geräten wie zum Beispiel Anhänger, Seilwinden, Schneepflüge oder Ladekrane bietet das UGC für jeden Einsatz die richtige Lösung. Mit ihren eng vernetzten, internationalen Kontakten ist Henne auch auf dem Gebrauchtssektor weltweit führend mit einem Exportanteil von immerhin ca. 50 Prozent. **DK**

Highlights des Unimog-Geräteträgers

Wirtschaftlich:

- Einsatz als Ganzjahres-Allrounder mit über 1.000 Anwendungsmöglichkeiten
- Niedriger Verbrauch bei Kraftstoff, AdBlue und Motoröl
- Modernste, effiziente und großserienprobte Mercedes-Benz Antriebstechnologie
- Niedrige Wartungskosten durch verlängerte Wartungsintervalle
- Neues, wartungsfreundliches Kühlsystem
- Kraftvolle Premium-Motorbremse
- Sehr guter Korrosionsschutz

Umweltfreundlich:

- Neue saubere BlueEFFICIENCY Power-Motoren-Generation nach Euro VI-Abgasnorm
- Drastische Reduktion von Emissionen und Partikeln um bis zu 90 % gegenüber bisherigen Euro V-Motoren

Leistungsstark:

- Durchzugsstarke Motoren bis 220 kW (300 PS)
- Leistungsgesteigertes Getriebe mit praxisgerechter Abstufung
- Größere Produktivität durch stärkere Leistungshydraulik VarioPower(R)
- Höhere Nutzlast durch höhere Lastwerte und
- Gewichtsoptimierung
- Vollproportionale Arbeitshydraulik für feinfühliges Gerätesteuern
- Fahrgeschwindigkeit bis 90 km/h

Praxisorientiert:

- Großzügiges Freisichtfahrhaus
- Attraktives Exterieur mit neu entwickeltem Front-Design
- Neues Frontkamera-Monitoring-System für verbesserte Sicht im Nahbereich
- Aktives und passives Sicherheitspaket
- Neue oben positionierte Scheibenwischeranlage

Kompakt und wendig:

- Noch kompaktere Abmessungen für Manövrieren auch auf engstem Raum
- Kurze Radstände ab 2.800 mm
- Kleiner Wendekreis für optimale Rangierfähigkeit und Wendigkeit
- Hinterachs Zusatzlenkung (auf Wunsch)

Bedienerfreundlich:

- Neues intuitives Bedienkonzept
- Neues Multifunktions-Lenkrad
- Modernes und ergonomisches Interieur
- Verstellbare Lenksäule
- Optimierte Heizungs- und Kühlanlage

- Optionale Reifendruck-Regelanlage tirecontrol plus mit praxisgerechten Voreinstellungen

Innovativ:

- Neu entwickelter synergetischer Fahrtrieb für stufenloses Arbeiten von 0 bis 50 km/h
- Fliegender Wechsel zwischen Arbeits- und Fahrmodus. **DK**

Dritte Baureihe von Lindner

Der Tiroler Landmaschinenspezialist Lindner präsentiert nach dreijähriger Entwicklungszeit seine dritte Baureihe.

Der neue Lintrac 90 ist der erste stufenlose Mähtraktor mit mitlenkender Hinterachse und vereint die Merkmale von Standardtraktor, Hangmäher und Hoflader in einem Fahrzeug. Über die technischen Details des neuen Lintrac informiert Lindner am 23. Oktober im neuen Innovationszentrum am Weinberg 25 in 6250 Kundl.

Das Programm mit den Geschäftsführern Hermann, Stefan und Rudolf Lindner beinhaltet eine Vorstellung des neuen Lintrac Modells inklusive einer Erklärung des neuen stufenlosen Getriebes TMT09. Aus organisatorischen Gründen wird um Anmeldung unter office@wiko.cc gebeten. **□**

Intelligente Ladestation für Elektrofahrzeuge

TU München und Energie Südbayern kooperieren bei Entwicklung von Elektrotankstelle

Ein Projekt der Technischen Universität München befasst sich mit der Entwicklung intelligenter Tankstellen für Elektrofahrzeuge. Energie Südbayern engagiert sich schon lange im Bereich der alternativen Antriebe und Kraftstoffe und unterstützt das ambitionierte Studienprojekt als Kooperationspartner.

Bis 2020 will die Bundesregierung eine Million Elektroautos auf die deutschen Straßen bringen. Um dieses ehrgeizige Ziel erreichen zu können, muss eine Integration dieser Fahrzeuge in die Stromversorgung gewährleistet werden. Ein entsprechendes Lademanagement sorgt für eine kostengünstige Energiebeschaffung und die Vermeidung zusätzlicher Lastspitzen in den Stromnetzen.

Energie Südbayern engagiert sich bei der Forschung in diesem Bereich. „Um die Auslastung der Ladestationen planen zu können, sind integrierte Informationssysteme notwendig, die dem Nutzer einen Überblick über verfügbare Stationen sowie die Möglichkeit geben, eine passende Station zum Laden seines Fahrzeugs zu suchen“, erläutert Dr.-Ing. Peter Tscheuschler vom Lehrstuhl für

Energiewirtschaft und Anwendungstechnik an der TU München.

Die Energie Südbayern GmbH unterstützt dieses ambitionierte Studienprojekt und stellt der TU München als Projektpartner ein Elektro-Fahrzeug der Marke Citroën sowie einen Elektroroller der Marke Nanjing E-Max zur Verfügung. „Energie Südbayern beschäftigt sich bereits seit Ende der 90er Jahre mit dem Einsatz neuer Antriebsmittel in Verbindung mit alternativen Kraftstoffen“, erklärt Andreas Ludeck, Technischer Leiter Neue Technologien bei Energie Südbayern: „Mit seinem regionalen Netz aus zwölf Erdgas-Tankstellen und einer Fahrzeugflotte mit verschiedenen Erdgas- und Elektro-Autos setzt das Unternehmen bereits umfassend auf zukunftsweisende Kraftstoffe und Antriebe.“ **□**

Zukunftsweisend.

Der neue Unimog mit BlueTEC-6-Technologie.

Überzeugt mit zahlreichen Innovationen und setzt Maßstäbe in Sachen Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienerfreundlichkeit. Mehr unter www.neuerunimog.com

Erleben Sie die neue Unimog Generation!

Besuchen Sie die Henne-Unimog – Leistungsschau 2013 vom 16. – 18.10.13 in 85551 Heimstetten, Hürderstr. 6



Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Interkommunale Energiewende mit Bürgerbeteiligung

„Die Energiewende hört nicht an der Gemeindegrenze auf.“ Diesen Satz hört man in dieser oder anderer Form immer häufiger von kommunalen Mandatsträgern. Bürgermeister und Landräte arbeiten daher beim Umstieg auf regenerative Energien zusammen.

In den Kreisen Neustadt a. d. Waldnaab oder Regensburg etwa greifen die Beteiligten bereits auf die Rechtsform der Genossenschaft zurück. Jüngstes Beispiel ist die noch sehr junge „Regenerative Energie Ebersberg“, kurz Rege. In der Genossenschaft haben sich unter anderem fast alle Landkreisegemeinden zusammengeschlossen, um gemeinsam die Energiewende umzusetzen.

Über das ehrgeizige Ebersberger Projekt sprach für die Bayerische Gemeindezeitung Christoph Spöckner vom Genossenschaftsverband Bayern mit Rege-Vorstand Hans Gröbmayer.

GZ: Herr Gröbmayer, Sie sind der Klimaschutzmanager des Landkreises Ebersberg. Was genau ist Ihr Tätigkeitsfeld?

Gröbmayer: Im Jahr 2006 hat der Kreistag beschlossen, dass Ebersberg bis 2030 unabhängig von fossilen und nicht regenerativen Energiequellen sein soll. Da das nicht von selber passiert, hat man die Stelle des Klimaschutzmanagers geschaffen. Dieser soll zum Beispiel die dazu notwendigen Strukturen schaffen, Netzwerke aufbauen und die Bürger beteiligen.

GZ: Warum ist das Eintreten für Energiewende und Klimaschutz für Landkreise und Kommunen eine Notwendigkeit?

Gröbmayer: Früher oder später wird die Energiewende ein Selbstläufer werden. Bis es allerdings soweit ist, muss sie sinnvoll geplant und umgesetzt werden. Das passiert in den Kommunen – denn dort sind die Gebäude, die als Standorte für Photovoltaikanlagen dienen und deren Energieeffizienz verbessert werden kann, sowie die Flächen, auf denen man Windräder oder Biogasanlagen bauen könnte.

GZ: Warum bietet es sich an, dass Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung der Energiewende zusammenarbeiten?

Gröbmayer: Wenn man miteinander an der Realisierung der Energiewende arbeitet, hebt das entsprechende Synergieeffekte und Kostenvorteile. Die Probleme, denen Bürgermeister und Landräte beim Ausbau der erneuerbaren Energien begegnen, ähneln sich – und können gemeinsam viel besser und schneller gelöst werden.

GZ: Inwiefern helfen Genossenschaften den Kommunen dabei?

Gröbmayer: Heute würde ich sagen, dass Genossenschaften zur Umsetzung der Energiewende dazugehören – insbesondere bei der Beteiligung der Bürger. In unserem Fall war die Rechtsform allerdings nicht von Anfang an klar.

Der Landkreis hat zwei Energiekonferenzen durchgeführt und einen Arbeitskreis gegründet, der sich mit der finanziellen Umsetzung der Energiewende befasst. Auf mehreren Informationsveranstaltungen haben wir uns einen Überblick über die Möglichkeiten verschiedener Rechtsformmodelle verschafft. Dann war relativ schnell klar, dass es bei uns in Richtung Genossenschaft gehen würde.

GZ: Vor wenigen Monaten wurde die Rege gegründet. Welche Aufgaben soll diese

Genossenschaft erfüllen?

Gröbmayer: Wir haben uns für das Modell einer Dach- und einer Bürgergenossenschaft entschieden. Die Rege als Dachgenossenschaft soll die Umsetzung der Energiewende koordinieren sowie größere Projekte planen und umsetzen. Dazu gehört zum Beispiel die Stromvermarktung oder die Gründung eines regionalen Energieversorgungsunternehmens, die wir langfristig anstreben. Zur Beteiligung der Menschen in der Region wollen wir noch eine Bürgerenergiegenossenschaft gründen. Diese soll kleinere Projekte selbst umsetzen.

Darüber hinaus sind zwei bereits bestehende Energiegenossenschaften aus dem Landkreis Mitglieder der Rege geworden. Sie werden in ihren Gemeinden ebenfalls die Energiewende vorantreiben. Bei dem Modell mit Dach- und Bürgergenossenschaft haben wir uns die Neue Energien West eG (NEW) und die Bürger-Energiegenossenschaft West aus Grafenwöhr zum Vorbild genommen.

GZ: Wie sollen die verschiedenen Akteure zusammenspielen und Projekte umsetzen?

Gröbmayer: Wie die Zusammenarbeit konkret laufen wird, muss sich erst noch zeigen. Die Rege tritt jetzt erst einmal an, um durch erfolgreich umgesetzte Projekte das Vertrauen der Bürger weiter auszubauen. Das ist heute nicht mehr ganz einfach: Die etablierten Energiegenossenschaften konnten schnell Photovoltaikanlagen bauen, weil die Rahmenbedingungen früher noch stabiler waren. Bei der unsicheren Zukunft des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist das mittlerweile wesentlich problematischer geworden. Wir werden uns jetzt zunächst einmal auf Contractingangebote zur Energieeinsparung und auf Nahwärmenetze konzentrieren.

GZ: Nochmal kurz zurück zu der Bürgerenergiegenossenschaft, die Sie gründen wollen. Wie ist der derzeitige Planungsstand?

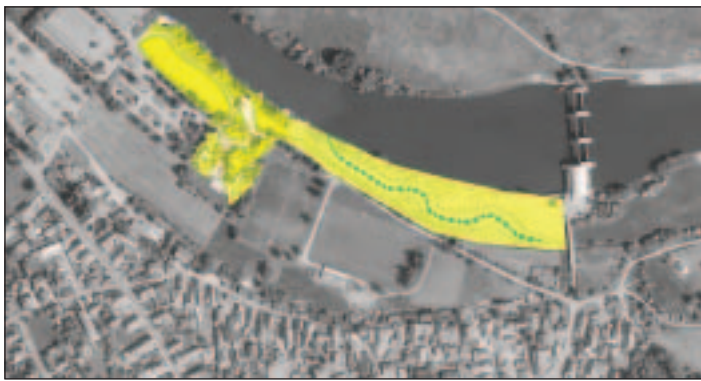
Gröbmayer: Wir haben Ende September das Konzept auf einer öffentlichen Info-Veranstaltung den Bürgern vorgestellt. Ein Satzungsentwurf liegt bereits in der Schublade. Jetzt müssen wir nur noch die ein oder andere Anregung aufnehmen und Personen finden, die sich engagieren wollen. Die Gründungsversammlung soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Die bisherige Resonanz bei den Bürgern und in den Medien war ausschließlich positiv, weil ein gutes Konzept dahintersteht, das sich in ähnlicher Form andernorts bereits bewährt hat.

GZ: Rechnen Sie damit, dass sich weitere Energiegenossenschaften im Landkreis gründen, die sich der Rege anschließen?

Gröbmayer: Ich freue mich über jede Genossenschaft, die uns dabei hilft, die Energiewende zu meistern. Über unseren Erfolg wird aber nicht die Anzahl der Genossenschaften entscheiden, sondern die Qualität unserer Arbeit. Und die werden wir jetzt angehen.

GZ: Herr Gröbmayer, vielen herzlichen Dank für das Gespräch!



Plan-Fotomontage Seitenarmvernetzung Stöckigsbach.

Umgestaltung des Stöckigsbachs beim Mainkraftwerk Knetzgau:

Landratsamt genehmigt ökologische Aufwertung

Die ökologische Aufwertung des Areals zwischen der Gemeinde Knetzgau und dem Main kann begonnen werden. Das Landratsamt Haßberge genehmigte dieser Tage die Umgestaltung des Stöckigsbachs beim Kraftwerk Knetzgau von einem wenig strukturierten, geraden Graben in ein für Fische aus dem Main zugängliches Raugerinne mit einem leicht kurvigen Verlauf und einer Vielzahl von beckenförmigen Abschnitten, das Fischen und anderen Wassertieren neue Lebens- und Schutzräume bietet.

Prof. Dr. Dominik Godde, Direktor der E.ON Kraftwerke GmbH und verantwortlich für die Wasserkraft in Deutschland, sowie Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG (RMD), der das Wasserkraftwerk Knetzgau gehört, dankten den Behörden für die zügige Genehmigung dieser Umweltmaßnahme. Sie sei ein weiterer Baustein im Rahmen der ökologischen Verbesserungsprogramme von RMD und E.ON an der Kraftwerkskette der bayerischen Mainkraftwerke.

Auch Knetzgaus Erster Bürgermeister Stefan Paulus zeigte sich mit den Planungsergebnissen sehr zufrieden: „Mit der Umsetzung des Vorhabens noch in diesem Herbst erhalten wir in unserer Gemeinde nicht nur ein attraktives Seitengewässer mit einer fischfreundlichen Verbindung zum Main, sondern auch ein wertvolles Naherholungs- und Lebensraum für Wassertiere. Auch können die Fische sich dann bei den kommenden Main-Hochwässern in diesen Schutzraum zurückziehen. Die ökologische Umgestaltung des Stöckigsbachs leistet daher einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und Schutz der Fischpopulation.“



Oben: Richard Eding (Werksärztliche Abteilung LSW); Unten v. l.: Martin Miller (3. Blutspende), Christine Spingler (25. Jubiläumsspende), Klaus-Peter Hochhuber (stellv. BR-Vorsitzender), Marcel Mohsman (Leiter Personalmanagement). Foto: Lech-Stahlwerke

Vorbild im Landkreis Augsburg:

LSW und SGL helfen Leben zu retten

Vor kurzem fand in Meitingen eine gemeinsam von der Lech-Stahlwerke GmbH mit der SGL CARBON GmbH organisierte Blutspendenaktion statt. Ergebnis der sehr erfolgreichen Aktion: insgesamt 90 Teilnehmer spendeten nach dem Motto „Helfen steht jedem gut!“ für die dringend benötigten Blutpräparate und unterstützen damit die Arbeit des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK).

„Allein in Bayern benötigen etwa 2.200 Patientinnen und Patienten Blutkonserven – täglich! Leider kommt diesem Bedarf immer noch nicht die nötige gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu. Daher sind wir sehr dankbar, wenn sich auch Unternehmen in dieser Form gesellschaftlich engagieren. Wir würden uns wünschen, dass möglichst viele Unternehmen diesem Vorbild folgen“, so Michael Gorum, zuständiger Gebietsreferent des BRK-Blutspendedienstes.

In Zusammenarbeit mit dem BRK-Blutspendedienst wurde den Mitarbeitern beider Unternehmen die Möglichkeit gegeben, in einem vor Ort aufgestellten Blutspendemobil während ihrer Arbeitszeit Blut zu spenden und damit einen wesentlichen Beitrag zur Lebensrettung von Unfallopfern und kranken Menschen zu leisten.

Vorbild für die Region

Mit Ihrer Aktion sind beide Unternehmen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von SGL und LSW Vorbild für die gesamte Region Augsburg-Land: Im Jahr 2013 ist diese Aktion einmalig im gesamten Landkreis. Kein anderes Unternehmen hat bislang eine solche Blutspendenaktion durchgeführt.

Beispielhafte Energieprojekte aus den Kommunen

Schon jetzt sind die Türme nicht mehr zu übersehen: In Denkersdorf (Landkreis Eichstätt) entsteht derzeit Oberbayerns größter Bürgerwindpark. Läuft alles nach Plan, werden sich ab Dezember mitten im Naturpark Altmühltal fünf Windräder drehen. Zusammen hat die Anlage nach ihrer Fertigstellung eine Leistung von rund zwölf Megawatt. Insgesamt wird sie letztlich 19,6 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen, was dem Jahresverbrauch von ca. 5.000 Drei-Personen-Haushalten entspricht.

Wasserkraftwerk Hammer

Vor kurzem hat die N-ERGIE Aktiengesellschaft am Wasserkraftwerk Hammer an der Pegnitz mit dem Bau einer Fischtreppe begonnen. Die Fischtreppe ist eine rund 77 Meter lange Rinne mit 22 übereinanderliegenden Becken, die insgesamt einen Höhenunterschied von knapp drei Metern überwinden. Der Standort für die Fischtreppe am Südufer der Pegnitz zwischen dem Wasserkraftwerk und dem Industriegut Hammer wurde so gewählt, dass er in größtmöglicher Entfernung von den Gewinnungsanlagen für die Trinkwasserversorgung liegt.

Windpark Illschwang

Ende Juli 2013 wurde der Windpark Illschwang offiziell eingeweiht. Der Windpark Illschwang besteht aus fünf Anlagen mit Nabenhöhen von 120 und 141 Metern. Mit einer Gesamtleistung von ca. 12 Megawatt (MW) erzeugen die Anlagen insgesamt rund 36 Mio. Kilowattstunden (kWh) ökologischen Strom. Dies entspricht dem Jahresverbrauch von über 10.000 Dreipersonenhaushalten.

Eigentümer des Windparks ist die Flemma W1. Energie GmbH & Co. KG, an der die N-ERGIE Regenerativ GmbH, ein Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, die Stadtwerke Schwabach GmbH, die infra fürth gmbh, die Stadtwerke Amberg GmbH, die Flemma GmbH & Co. KG sowie die Gemeinde Illschwang Anteile halten. Zudem sind Bürger über eine GbR (Gesellschaft bürgerlicher Rechts) am Windpark Illschwang beteiligt.

LED-Straßenleuchten für Witzmannsberg

Die Gemeinde Witzmannsberg im Landkreis Passau hat das Bayernwerk beauftragt, 66 Straßenleuchten, die bisher mit Quecksilberdampfleuchtmitteln oder Leuchtstoffröhren ausgestattet waren, auf moderne LED-Leuchten umzurüsten. 33 Pilzleuchten und 33 Peitschen- und Kofferleuchten mit bisherigen Leistungen zwischen 89 Watt und 137 Watt wurden durch LED-Leuchten mit einer Leistung von 17 bis 51 Watt ersetzt.

Von der Modernisierung der Straßenbeleuchtung durch das Energieunternehmen Bayernwerk AG profitiert die Gemeinde Witzmannsberg ökonomisch und ökologisch: Die neuen LED-Module erzeugen gegenüber der bisherigen Leistung von 89 Watt mit nur noch 17 Watt die gleiche visuelle Lichtmenge.

Die Umrüstung der Straßenleuchten bringt damit pro Jahr eine Stromeinsparung von gut 21.000 Kilowattstunden mit sich. Durch die Einsparung amortisiert sich die kommunale Investition in Höhe von 28.000 Euro rein rechnerisch innerhalb von knapp sieben Jahren. Zudem verringert sich der CO₂-Ausstoß in Witzmannsberg ab sofort

pro Jahr um rund 10,6 Tonnen.

Solarpark Ermetzhofen

Nach Inbetriebnahme der Fotovoltaikanlage der Bürgerenergie Ermetzhofen-Ergersheim eG im Juli sorgte der Solarpark im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim bereits nach dem ersten Monat für erfreuliche Ergebnisse: Begünstigt durch die hohe Sonnenscheindauer und der Ost- und Westausrichtung der Solarmodule erzeugte die Anlage in diesem Zeitraum 1,1 Mio. Kilowattstunden Strom. Bis Ende September hatten Genossen aus ganz Deutschland die Möglichkeit, sich bei der Finanzierung zu beteiligen.

Mit rund 10 MW Peak Spitzenleistung und einem erwarteten jährlichen Ertrag von 9,2 Mio. Kilowattstunden, was der Energieversorgung von rund 2.700 Einfamilienhäusern entspricht, ist der Solarpark in Ermetzhofen Deutschlands größte Fotovoltaikanlage mit nach Osten und Westen ausgerichteten Solarmodulen.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ € 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Seminar in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL):

Unterstützung neuer Formen der Nachbarschaftshilfe

Der anhaltende Strukturwandel im ländlichen Raum verändert Arbeits- und Lebenswelten. Kaum noch findet man den Drei-Generationen-Haushalt. Heute jedoch lebten die Menschen die Vier-Generationen-Familie mit wenigen Nachkommen in getrennten Haushalten, erklärte Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

Ländliche Gemeinden sind gefordert, neue Varianten der Nachbarschaftshilfe und alltagsnahe Unterstützungsleistungen zu organisieren, die nicht immer kostenlos sein können. Dennoch, die Gemeinden profitieren davon, das soziale Miteinander im Dorf wird gestärkt, es werden Arbeitsplätze geschaffen und Infrastruktur bleibt erhalten. „Wir“, so Gerlinde Augustin, „wollen diese Entwicklung unterstützen durch Informationen, Tipps und mitmachende Beispiele.“

Nachbarschaftshilfe ist keine soziale Feuerwehr

Was früher die Familie oder Nachbarn leisten konnten, muss heute aufgrund des großen Zeitdrucks, unter dem viele Menschen stehen, anders organisiert werden, erklärte Prof. Theresia Wintergerst. Um den Seniorinnen und Senioren ein selbstbestimmtes Leben zu Hause möglichst lange zu erhalten, brauchen sie alltagsnahe Unterstützung, z. B. beim Fensterputzen, im Garten, beim Schneeäumen, bei Einkaufsfahrten oder um die Mülltonne rauszustellen. Die Nachbarschaftshilfe soll mehr sein als eine soziale Feuerwehr, die im Notfall unentgeltlich und unkompliziert hilft. Vielmehr muss sie als dauerhafter Partner in länger dauernden Sorgearrangements verstanden werden, die nicht unentgeltlich in Anspruch genommen werden kann.

Zahlreiche Ratschläge

Viele Tipps, wie man eine Nachbarschaftshilfe aufbauen und Fördergelder in Anspruch nehmen kann, gab Karin Larsen-Lion, Rechtsanwältin und Leiterin des Koordinationszentrums für bürgerschaftliches Engagement im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. Jede Gemeinde muss sich individuell für eine an ihre räumlichen Strukturen angepasste Variante der organisierten Nachbarschaftshilfe entscheiden. Die Trägerschaft übernehmen idealerweise Gemeinden, Kirchen oder Wohlfahrtsverbände. Fingerspitzengefühl bei der Auswahl der Mithelfer und der Koordination der Aufträge, Verschwiegenheit und Respekt vor dem persönlichen Lebensumfeld des Hilfesuchenden sind das A und O. Besonders wichtig sei, so Larsen-Lion, die Anerkennung durch die Kommune, die sich u. a. in der Unterstützung für Mittel für Fort- und Weiterbildung zeigen soll.

Generationenvertrag

Das Dorf übernimmt den Generationenvertrag: Unter diesem Motto hat sich in der knapp 4.000-Einwohner-Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl 1998 der Verein „Bürgergemeinschaft Eichstetten e.V.“ gegründet. Als Leitbild gilt „Alt werden in gewohnter Umgebung“. Für dieses Ziel hat die Bürgergemeinschaft ein Netz aus ambulanter Nachbarschaftshilfe, betreutem Wohnen im „Schwanenhof“, einer Tagesgruppe sowie der Pflegegruppen „Adlergarten“ geschaffen.

Wo in diesem System Bedarf besteht, wird ganz gezielt auf die Hilfe von Pflegediensten zurückgegriffen. So können Kosten gespart werden, erläuterte

Sabine Lais, hauptamtliche Koordinatorin. Die Bürgergemeinschaft organisiert u. a. in Kooperation mit der Caritas eine Kernzeitbetreuung an Kindergarten und Schule. Zudem wurde ein integratives Tagescafé ins Leben gerufen, in dem Menschen mit und ohne Handicap zusammenarbeiten. Lais zufolge entstanden eine gefestigte, dörfliche Sozialstruktur und ein neues Miteinander von Alt- und Neubürgern.

Betreutes Wohnen zu Hause

In der Stadt Geiselhöring im Landkreis Straubing-Bogen bietet „in domo – Betreutes Wohnen zu Hause“ seit 2007 alle Betreuungs- und Dienstleistungen an, die den Senioren ein höchstmögliches und sicheres Maß an eigenständiger Lebensführung in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Die Leiterin dieser alternativen Wohn- und Betreuungsform, Helene Giglberger, stellte das Leistungsspektrum vor, bestehend aus persönlicher Betreuung, Haushalts-, Einkaufs- und Gartenhilfen, Fahrdiensten sowie Vermittlung

von Hausnotruf und Essen auf Rädern. Außerdem werden Informations- und Beratungsleistungen für pflegende Angehörige sowie regelmäßige Veranstaltungen für Senioren angeboten. Die organisierte Unterstützung von Senioren im Alltag ermöglicht ihnen ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld und bietet zeitweise Entlastung für die pflegenden Angehörigen.

Ein Service für Senioren

Der „Bürgerservice Bachtal“ der Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein im Landkreis Dillingen ist ein Beispiel für eine kommunal gegründete Nachbarschaftshilfe und besteht seit 2010. Entstanden ist die Idee im Rahmen eines integrierten Ländlichen Entwicklungskonzeptes, das vom Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben unterstützt wurde.

Der Bürgerservice versteht sich als zentrale Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren und deren Angehörige, erklärte die Koordinatorin Andrea Zink-Edelmann. Hier wird dank der gut funktionierenden Vernetzung mit sozialen Einrichtungen in der Region gezielte und individuell abgestimmte Hilfe geleistet.

Weitere Informationen unter www.sdl-inform.de

Nürnberg Projekt:

„Lernort Zeppelinfeld“

OB Maly: Besonderes nationales Erbe erhalten

Nürnberg ist als „Stadt der Reichsparteitage“, aber auch als Ort des Internationalen Kriegsverbrecherprozesses wie keine zweite Stadt mit der Epoche des Nationalsozialismus und der juristischen Aufarbeitung durch die Alliierten verknüpft. Daraus erwächst auch eine besondere Verantwortung. Seit rund 30 Jahren setzen sich Stadt und Bürger intensiv mit der NS-Vergangenheit auseinander.

Monumentale NS-Hinterlassenschaften wie das Zeppelinfeld sind Zeugnisse eines diktatorischen Regimes, das in Nürnberg die vermeintliche „Volksgemeinschaft“ auf den verheerenden Zweiten Weltkrieg einstimmt. Da der Status Quo, der auch nachfolgenden Generationen die Möglichkeit zur eigenen Auseinandersetzung lässt, gesichert werden muss, hat sich die Stadt Nürnberg laut Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly entschlossen, die maroden Bauten am Zeppelinfeld instand zu setzen. Dabei gehe es weder um eine Rekonstruktion noch um eine „Verschönerung“.

Vor kurzem nun haben Expertenuntersuchungen an ausgewählten Flächen begonnen. Sie sind Grundlage für erste Instandsetzungsarbeiten im Jahr 2014. Derzeit geht die Kommune von geschätzten Kosten in Höhe von 60 bis 75 Millionen Euro aus. Da es sich um ein nationales Erbe handelt, setzt die Stadt Nürnberg auf eine erhebliche finanzielle Förderung von Bund und Land. Mit

dem Erhalt der architektonischen Zeugnisse der ehemaligen NS-Reichsparteitage möchte die Kommune das historische Areal als authentischen Lernort erhalten.

Neues Besucher-Erschließungskonzept

Ein verstärktes Informationsangebot soll zugleich dem wachsenden nationalen und internationalen Interesse an diesen Bauwerken und ihrer Geschichte gerecht werden. Schon jetzt erkunden gezielt rund 150.000 Personen jährlich das Zeppelinfeld. Die Instandsetzung ist Voraussetzung für ein neues, umfassendes Besucher-Erschließungskonzept, das der Kulturratsschuss des Stadtrats 2011 beschlossen hat.

Schon 2004 hatte der Stadtrat in Leitlinien zum Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände festgelegt, „die Zeugnisse der NS-Zeit (...) als Denkmäler und Geschichtsquellen in ihrem heutigen Aussehen (...) zu bewahren.“

DK

Stichwahl-Ergebnisse

Der Landwirt Georg Reitsberger von den Freien Wählern ist zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten (Landkreis Ebersberg) gewählt worden. Er gewann die Stichwahl mit 55,8 Prozent der Stimmen gegen die CSU-Politikerin Brigitte Littke, die 44,2 Prozent auf sich vereinen konnte. Die Wahl war nötig geworden, weil der bisherige Rathauschef Robert Niedergesäß für die CSU das Amt des Landrats im Kreis Ebersberg geholt hatte. Neuer Bürgermeister der Gemeinde Kirchdorf am Inn im Landkreis Rottal-Inn ist der 52-jährige Verwaltungsbeamte Johann Springer von der neu gegründeten Bürgerliste Kirchdorf. Springer setzte sich gegen seinen Mitbewerber Walter Unterhuber (Freie Wähler) mit 50,5 Prozent der abgegebenen Stimmen durch. Die Wahlbeteiligung betrug etwas über 60 Prozent. Die Wahl war erforderlich geworden, weil das bisherige Gemeindeoberhaupt Joachim Wagner von der CSU im Sommer verstorben war.

□

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Eins ist sicher: Die einzig zuverlässige Meinungsumfrage findet am Wahlsonntag statt, und zwar von 8 bis 18 Uhr.“ Mein Chef, der Bürgermeister, mischte sich in meine Diskussion mit einer Kollegin ein, in der wir die Frage thematisierten, ob es sinnvoll ist, wenn Meinungsumfragen noch kurz vor dem Wahltermin veröffentlicht werden dürfen.

Bei den letzten Bundestagswahlen haben sich die Meinungsforschungsinstitute ja geradezu eine eigene Form der Mutter aller Schlachten geliefert. Gefühlt jeden Tag war ein anderes Institut auf dem Markt, die Stimmungslage der Republik wurde mit der Goldstaubwaage vermessen und jede Volte des Wahlkampfs sah sich abgebildet: Frau Merkel trägt die „Schland-Kette“ aus schwarz-gold-rot? Stimmung rauf! Steinbrück zeigt der Welt mittels Mittelfinger, wo es mit ihm langgehen

Manipulation und Meinungsmache

soll? Absturz mit Ansage! Ihren Lesern zugetane Zeitungen haben in Ihrem Webangebot stets aktualisierte Vergleichstabellen mit den Ergebnissen der verschiedenen Institute abrufbar gehalten, um den Überblick zu erleichtern. Dann konnte der politisch interessierte Zeitgenosse in halben Prozentpunkten genau die Fieberkurven verfolgen, die die augenblicklichen Stimmungen jeweils aus den Zahlen der Parteien machten.

Ich frage mich, was es mir als Stimmbürgerin bringen soll zu wissen, ob Gabriels Tempo 120-Vorstoß der SPD geschadet oder Frau Merkels Streuselkuchenbeichte der Union genutzt hat. Klar, als Spin-Doktor in einer Parteizentrale ist dieses Wissen überlebensnotwendig. Publizisten, die sich selbst als Sprachrohr bestimmter Ideologien oder Interessengruppen verstehen, brauchen sie wie die Luft zum Atmen, um zu prüfen, ob die eigenen Argumente auf fruchtbaren Boden fallen oder ob es gilt, einen Agitationszahn zuzulegen. Aber für uns Normalverbraucher? Es könnte uns eigentlich egal sein - vorausgesetzt, wir wetten nicht auf den Wahlausgang.

Mal ehrlich, ödet mich die Engstirnigkeit der AfD weniger an, wenn ich sie sicher unter 5 Prozent weiß? Wähle ich die FDP oder nicht, wenn Allensbach sie über 5 Prozent sieht? Werde

ich zum Steinbrück-Fan, weil er sich im Fernsehduell wacker geschlagen hat oder weil mir die Meinungsforscher sagen, dass die meisten Deutschen glauben, er hätte sich wacker geschlagen? Wähle ich die CSU, weil ich für eine Verkehrsinfrastrukturfinanzierung mittels PKW-Maut bin oder weil 80 Prozent der Menschen das ähnlich sehen?

Da erhebt er sein hässliches Haupt, der Begriff der Meinungsmache. Oder die bösartigere Variante Manipulation. Denn klar ist, der Mensch als soziales Wesen steht nicht gerne alleine auf weiter Flur, auch nicht mit seiner politischen Meinung. Und so liegt es nahe, in Umfragen zu gucken, was zurzeit so en vogue und mehrheitsfähig ist. Bildungsungerechtigkeit? Kann man unbedingt dafür sein. Eine sichere Hand in der europäischen Staatsschuldenkrise? Wichtiger als alles andere! Wer waren noch mal die Parteien, die dafür stehen?

Mündig wählen bedeutet, sich die Parteien, Programme und Personen genau anzusehen und dann in der Wahlkabine bei den Kandidaten das Kreuz zu machen, bei denen man die meisten Übereinstimmungen sieht. Was soll das Schielen auf Koalitionen? Ebenso sollte man die häufig vermutete Wahlabstinenz, weil die Emnidallensbachinfratestforschungsguppe die eigene Lieblingspartei unaufholbar in Führung sieht, im Keim ersticken. Genau wie die finale Wahlmotivation, weil sie ohne meine Stimme gnadenlos abloost. Nein, meiner Meinung nach sollten die Medien sich selbst verpflichten, wieder eine Woche vor der Wahl keine Umfragen mehr zu veröffentlichen.

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß mit Blick auf die Kommunalwahlen im März, dass in einer Stadt wie unserer eh nur eine Meinungsumfrage wirklich zählt: Das Ohr bei den Leuten – sonntags in der Bäckerei, in der Bürgerversammlung, beim Stadtfest. Zur Ermunterung für den beginnenden Wahlkampf schicke ich dem Chef einen sarkastischen Satz des früheren französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau aufs Handy: „Das Regieren in einer Demokratie wäre viel einfacher, wenn man nicht immer wieder Wahlen gewinnen müsste.“

the
Sabrina

Denkmal- und Kulturpreise des Bezirks Oberpfalz:

Vielfältiges Schaffen

Zusammen mit dem erstmals vergebenen Denkmalpreis ist in Berching (Landkreis Neumarkt) der Kulturpreis des Bezirks Oberpfalz 2013 verliehen worden. „So wie Kulturschaffende von der Region, in der sie leben und arbeiten, geprägt werden, so prägen die Kultur und die Künstler auch eine Region. Und die Oberpfalz ist reich an Kultur.“ Mit diesen Gedanken begrüßte Bezirksstadtspräsident Franz Löffler die zahlreichen Festgäste und die diesjährigen Preisträger verdeutlichten mit Musik, Lesung und Kunstwerken, wie vielfältig das Kulturschaffen in der Region ist.

Die ersten Preisträger des mit 5.000 Euro dotierten Denkmalpreises sind die Berchinger Altstadtfreunde e. V., die ein ehemaliges Ackerbürgerhaus in der Innenstadt von Berching vorbildlich saniert haben. „Bayerns oberster Denkmalschützer“, Generalkonservator Prof. Dr. Egon Johannes Greipl vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege würdigte in seiner Laudatio die Arbeit des 2005 gegründeten Vereins als „beeindruckendes Beispiel bürgerschaftlichen Engagements“. Durch den Einsatz der Mitglieder sei ein für die Region typisches Zeugnis des Lebens und Arbeitens vergangener Zeit bewahrt worden.

Besonders freute sich Greipl, dass das frisch sanierte Gebäude am Reichenaplatz als Ort der Begegnung von vielen Menschen genutzt werden wird: „Sie haben gezeigt, dass es um die Sorge für die Geschichte geht und nicht um Entsorgung ihrer Zeugnisse. Sie sind wahre Denkmalpfleger.“

Nach fünfjähriger Instandsetzungsarbeit war das „Soifererhaus“ im August eingeweiht worden. 2008 hatte der Verein das Denkmal erworben, das seit 1983 leer gestanden hatte und zuneh-

mend verfallen war. In enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege restaurierten die Altstadtfreunde das Haus. Greipl würdigte die rund 5.500 Stunden an Eigenleistung, rund 80.000 Euro flossen in den Bau. Die Altstadtfreunde hätten dafür gesorgt, dass die historische Holzkonstruktion weiterverwendet wurde. Sie wurde nicht erneuert, wo eine Reparatur nicht mehr möglich war. „Das Projekt ist bemerkenswert in seiner Qualität, aber auch in der Art und Weise, wie es zustande kam“, konstatierte Bezirksstadtspräsident Franz Löffler.

Bereits zum 14. Mal wurde der Kulturpreis des Bezirks Oberpfalz 2013 verliehen. In der Kategorie Literatur ging dieser an den Amberger Schriftsteller Friedrich Brandl, in der Sparte Orchester an das Orchester am Singrün aus Regensburg sowie in der Sparte Bildhauerei an Erwin Otto aus Reuth bei Erbendorf (Landkreis Tirschenreuth). Die Sparten sind mit jeweils 3.500 Euro dotiert.

In der Kategorie Literatur überzeugten die Lyrik- und Prosawerke Friedrich Brandls die Jury „mit klarer, schöner und unterhaltsamer Sprache sowie prägnanter Wort-

wahl“. „Der von ihm immer wieder praktizierte Wechsel von Hochsprache und Oberpfälzer Dialekt wirke nicht aufgesetzt, sondern verleihe seinem Werk eine unvergleichliche Note“, hob Laudator Peter Braun, Kulturreferent des Bezirksstags, hervor.

Das überwiegend aus Laienmusikern bestehende Orchester am Singrün aus Regensburg hat sich einen Ruf der Extra-Klasse erarbeitet. Die rund 70 Musiker spielen nicht nur bekannte Werke der klassischen Literatur, sondern auch weniger bekannte und moderne Stücke, darunter Werke des Dirigenten Lutz Landwehr von Praggenau. Diesem gelingt es „durch sein Fingerspitzengefühl immer wieder, das Orchester zu Höchstleistungen anzuspornen“, würdigte Bezirksheimatpfleger Dr. Tobias Appl. Die Musiker blieben dabei nicht auf den Regensburger Raum begrenzt, sondern konzertierten in der gesamten Oberpfalz.

Der Bezug zur Natur und zur Heimat prägt wiederum das künstlerische Schaffen von Erwin Otto aus Reuth bei Erbendorf. Entsprechend verwendet der Künstler nur heimische Materialien wie Granit, Glas, Metall und Wasser. „Für Erwin Otto ist die wahre Aufgabe eines Künstlers: Grundthemen des Lebens und der Natur zu durchdringen, zu hinterfragen und zu verstehen, den eigenen Horizont zu erweitern und auch seine Mitmenschen zum kritischen Hinterfragen ihrer Umwelt anzuregen“, machte Bezirksstadtspräsident deutlich. **DK**

Demografieprojekt in Buch a. Erlbach:

Bürgerbeteiligung als Erfolgsfaktor

Im vergangenen Jahr hat die Gemeinde Buch a. Erlbach als bayerische Modellkommune ein Demografieprojekt durchgeführt, das nunmehr abgeschlossen ist. Das „Integrierte Entwicklungskonzept – Demografiegerechtes Buch a. Erlbach“ befasste sich beispielhaft mit den Problemen einer ländlichen Kommune, die sich aus zurückgehenden Geburtenraten und zunehmender Alterung der Bevölkerung ergeben.

Für die Erarbeitung des integrierten Entwicklungskonzepts, das alle gesellschaftlichen Gruppen der niederbayerischen Gemeinde einbezog, beauftragte diese das Beratungsbüro KlimaKom e.G., München/Bayreuth und das Planungsbüro EGL in Landshut. KlimaKom organisierte die Bürgerbeteiligung und sorgte für die fachliche Fundierung im Themenbereich demografischer Wandel und Ortsentwicklung. EGL steuerte die städtebauliche Expertise bei. Ziel des Entwicklungskonzepts ist es, einen strategischen Handlungsplan zu erstellen, der es ermöglicht, alle Bereiche des Lebens an die Folgen des demografischen Wandels anzupassen sowie die Lebensqualität und die Wirtschaftsperspektiven der Gemeinde zu sichern und zu erhöhen.

Da der demografische Wandel unterschiedliche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge betrifft, ist das Integrierte Entwicklungskonzept ganzheitlich ausgerichtet, d. h. es geht auf alle für die

Gemeinde relevanten Themenfelder ein. In Buch sind dies: 1. Ortskern, Einzelhandel & Gastronomie, 2. Verkehr, Erreichbarkeit & Mobilität, 3. Wohnen & Wohnumfeld, 4. Soziale und kulturelle Infrastruktur & Daseinsvorsorge, 5. Freizeit, Vereine, Zusammenhalt & soziale Netzwerke, 6. Wirtschaft, Arbeit & Ausbildung, 7. Natur, Umwelt & Klima, 8. Ortsteile, interkommunale Kooperation & kommunales Demografiemanagement.

In der öffentlichen Auftaktveranstaltung im Januar 2012 wurde das Projekt vorgestellt. In zwei Zukunftskonferenzen im März und Juni 2012 trafen sich 60 lokale Experten und entwickelten basierend auf einer Positionsbestimmung für alle Themenbereiche Zukunftsvisionen und Vorschläge zur Ortsentwicklung. Dass die Arbeit an der Entwicklung von Zukunftsvorstellungen für die Heimatgemeinde auch Freude bereiten kann, zeigte das Visionenspiel: Die Teilnehmer unternahmen hierbei eine gedank-

liche Zeitreise, versetzten sich in das Jahr 2030 und präsentierten in Sketchen, Geschichten und Theaterstücken ihre Vorstellungen eines idealen, demografiegerechten Buch am Erlbach.

Die Zukunftskonferenzen waren das „Herzstück“ des Partizipationsprozesses. Hier wurden die Leitlinien der künftigen Gemeindeentwicklung sowie innovative Projekte erarbeitet. Auch fand ein eingehender Austausch aller beteiligten Akteure statt. In den im November und Dezember 2012 stattfindenden Expertenrunden wurden die Maßnahmenvorschläge der Zukunftskonferenzen auf Machbarkeit geprüft und nochmals vertieft. Auch konnten Ansprechpartner für einzelne Projekte gewonnen werden. Sie zeichnen für die Umsetzung der Projekte verantwortlich. Zuständigkeiten liegen damit nicht mehr nur bei der Verwaltung, sondern auch bei der engagierten Zivilgesellschaft.

Der Gemeinderat wurde in die Erarbeitung des Entwicklungskonzepts kontinuierlich einbezogen. In seiner Klausurtagung im April 2013 wurden die Zielsetzungen und Leitprojekte intensiv diskutiert.

Besondere Berücksichtigung im Partizipationsprozess erfuhren der Ortskern, die Siedlung am Einberg und der Weiler Holzen im Außenbereich. Zunächst wurde festgestellt, dass Buch keine erkennbare Ortsmitte aufweist. Zum Wunsch-katalog zählten neben einem Café die erlebbare Gestaltung des Erlbachs. Darüber hinaus wurde die Schaffung geeigneter Gehwege und Straßenübergänge angeregt, die auch mit Gehhilfen bewältigt werden könnten.

Mit Blick auf die in die Jahre gekommene Wohnbausiedlung „Am Einberg“ wurde festgestellt, dass sie nicht mehr den heutigen Standards entspricht, vor allem in energetischer Sicht. Auch das Durchschnittsalter sei dort höher als in Buch insgesamt. Viele lebten nun allein oder zu zweit in viel zu großen Häusern, die sie kaum mehr unterhalten könnten. Eine altersgerechte Ausstattung gebe es kaum. Ebenso spreche die Topographie der Siedlung gegen ein altersgerechtes Wohnumfeld: Die Hügellage erschwere die Bewirtschaftung der Häuser und Grundstücke massiv und erschwere den älteren Menschen, schnell den Ortskern zu erreichen.

Als Ziel wurde eine Umzugsbörse formuliert. Damit sollen den Bewohnern Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie sie in den Ortskern in ein demografiegerechtes Wohnumfeld ziehen können und wie ihre Immobilien am Einberg durch Familien genutzt werden können.

Auch der dritte Schwerpunkt, der Weiler Holzen, soll demografisch fit gemacht werden. Dies soll geschehen durch die Einrichtung von Buslinien oder Taxis.

Zahlreiche weitere Ideen wurden bereits eingebracht, darunter die Gründung einer kommunalen Wohnungsbau-genossenschaft, die Aufwertung von Bushaltestellen oder die Ehrung Ehrenamtlicher. Einige Projekte aus dem Demografieprojekt befinden sich bereits in der Umsetzung. So entwickelte sich eine Gruppe zur Stärkung der MINT-Fächer, die bereits mehrere Veranstaltungen an der Schule durchführte. Auch mit dem Bau altersgerechter Wohnungen hinter dem Seniorenzentrum wurde begonnen. Ein Generationenpark für Jung und Alt ist geplant.

Wie Bürgermeister Franz Göbl bilanzierte, habe sich das Projekt durchaus gelohnt. Man sei auf viele neuralgische Punkte aufmerksam gemacht worden. Die hohe Bürgerbeteiligung gebe Anlass zu großer Zufriedenheit. **DK**

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der AdKomm Software GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Ein Teil der Projektgruppe Tourismus - von links: Erster Bürgermeister Konrad Rupprecht, Wolfgang Stolzenberg, Karin Münzer, Petra Fischer, Rosemarie Silber, Ulrich Lohse, Alexander Hommel, Manuela Silberhorn. □

Neuer Flyer:

„Der Markt Feucht stellt sich vor“

Druckfrisch liegt der neue Tourismus-Flyer beim Markt Feucht vor. Informationen über Freizeit, Kultur, Sport und Gastronomie sollen besonders Gäste von auswärts für einen Besuch gewinnen und den hiesigen Tourismus ankurbeln.

Die Publikation ist ein Gemeinschaftsprojekt von Ortsmarketing-Beirat, Projektgruppe Tourismus und der Verwaltung des Marktes Feucht. Vor zwei Jahren wurde in der PG Tourismus der Anstoß zu einem Tourismusflyer gegeben. Nach längerer Ausarbeitung und Überlegung für ein besonderes Design präsentiert sich nun das Faltblatt in der Form einer Bienenwabe.

In seiner handlichen Taschenform zeigt der Flyer übersichtlich eine Auswahl von Höhepunkten des Marktes Feucht. Bürger und Gäste sind gleichermaßen eingeladen, mit diesem Flyer Bekanntes oder Unentdecktes zu erkunden.

Bilder, Beschreibungen und Informationen zu Öffnungszeiten, Eintrittspreisen und Führungen werden vorgestellt. Sie werden eingeladen Sehenswürdigkeiten kennenzulernen, sich zu entspannen, die Seele baumeln zu lassen, das Abenteuer zu suchen oder einfach nur zu genießen.

Wer sich noch umfassender informieren möchte, findet im Flyer entsprechende Internetadressen.

Der kostenlose Tourismus-Flyer ist im Rathaus Markt Feucht erhältlich und wird auch in Zukunft auf Messen publiziert.

Der Flyer kann auch unter www.feucht.de heruntergeladen werden. □

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 24. Oktober 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommalfinanzen
- Wasser · Abwasser
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauenbergstr. 73 · 80443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen

Unimog und Ersatzteile
Fa. Donnerbauer, Tel. 0170-5729733
www.donnerbauer.com

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler

Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher / Babyätzchen oder auch bedruckte Babyhandtücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/93 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger • Fax: (02773) 821218
Telefon: (02773) 821256 • www.hailo-professional.de

Software für Behörden

TopCash Gebührenkasse für EC-Zahlungen
GEVE 4 Gewerbesteuer- & Erlaubniswesen
eArchiv Kompakt DMS
www.edv-ermtraud.de 02635/9224-0

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Sportgeräte

www.benz-sport.de

100% **PROFI** ORIGINAL **BENZ SPORT**

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (08171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE

Einzelhandelskonzepte | Auswirkungenanalysen | Frequenzanalysen
Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren

SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DELW DEUTSCHE ENERGIE-LEISTUNG WERKE

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung - planung - vertrieb
grünware - lichtschlauch - led

deko-jochum

bachhofstraße 8
91233 Neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
fax: 09123/99 812 96
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Herzlichen Glückwunsch zum **Advent**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Schluss mit komplizierter Verwaltung. **adKOMM Schriftverkehr**



Wir freuen uns
auf Ihren Besuch
an unserem
Stand!



NÜRNBERG 2013
KOMMUNALE

23. - 24. Oktober 2013 - Nürnberg, Germany



Halle 12.0
Stand 332

ad
KOMM MoVe
www.modern-verwalten.de

www.adKOMM.de

Es ist Zeit für eine neue Generation Verwaltungssoftware. Es ist Zeit für eine neue Sichtweise. Es ist Zeit für eine neue Arbeitsweise.
adKOMM MoVe - entwickelt für neue Ansprüche!

Der adKOMM Schriftverkehr

EINFACH SCHREIBEN, EINFACH FINDEN!

Machen Sie Schluss mit komplizierten Arbeitsabläufen! Mit adKOMM Schriftverkehr ist einfaches Briefe schreiben und das (Wieder) Finden von Schreiben endlich möglich. Nutzen Sie das Potenzial Ihrer Mitarbeiter für die wirklich wichtigen Verwaltungsaufgaben!

IHRE VIER SCHRITTE ZUM ERFOLG!

1. Bestandsaufnahme - Welche Briefvorlagen gibt es?

Zusammen mit Ihnen wird ermittelt, welche Briefvorlagen Sie aktuell in Ihrer Verwaltung nutzen. Alle Vorlagen werden daraufhin auf Aktualität und Nutzung analysiert. Basierend auf dem Ergebnis dieser Analyse wird entschieden, welche einheitlichen Briefvorlagen in Ihrer Verwaltung zukünftig verwendet werden.

2. Kalkulieren Sie Ihre Zeitersparnis jetzt!

Kalkulieren Sie mit unserem Kosten-Nutzen-Kalkulator die Umstellung Ihres Schriftverkehrs und erfahren Sie, wie viel Zeit und Geld Sie durch den Einsatz von adKOMM Schriftverkehr einsparen können. www.adKOMM.de/Kalkulator

3. Erstellen eines Vorlagenpools mit einheitlichem Design

Ihre zukünftig benötigten Briefvorlagen werden im adKOMM Schriftverkehr eingerichtet. Dabei berücksichtigen wir Ihre individuellen Wünsche. So kann zum Beispiel Ihr Wappen direkt in den Briefkopf eingebunden und auch der Briefuß voreingestellt werden - für Ihren einheitlichen Auftritt.

4. Einfach anwenden - Schreiben und Finden

Machen Sie sich die Vorteile zu Nutze. Schon nach kurzer Einarbeitung wird Sie adKOMM Schriftverkehr täglich unterstützen: Einfach Briefe schreiben und auch einfach (wieder)finden. Beschäftigen Sie Ihre Mitarbeiter mit den wirklich wichtigen Aufgaben.



TESTEN SIE UNSEREN KALKULATOR LIVE AN UNSEREM STAND 332, HALLE 12.0 UND ÜBERZEUGEN SIE SICH SELBST VON DER KOSTEN-NUTZEN KALKULATION!

adKOMM MoVe
www.modern-verwalten.de

adKOMM Software GmbH & Co. KG

Stadtweg 14, 85134 Stammham, Tel.: 08405-9286-0, Fax: 08405-9286-10, poststelle@adKOMM.de, www.adKOMM.de